

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1.10 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteigtes Blatt außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepolte Kolonizelle oder deren Raum 20 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenprüche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 24. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Ein Polizeigesetz gegen die Sozialdemokratie.

Vielleicht gibt es vertrauensvolle Leute, die da gemeint haben, das preussische Abgeordnetenhaus werde sich am Freitag mit Wahlreformarbeit befassen. Die Letztäre der Verhandlungsberichte dürfte ihnen eine erbarmungslose Enttäuschung bereiten. Nicht Wahlreform war der Verhandlungsgegenstand, sondern ein einfaches Polizeigesetz, ein Gesetz zur Verhütung sozialdemokratischer Obstruktion bei den Landtagswahlen 1908 stand auf der Tagesordnung. Ein Erfolg — wenn man es so nennen soll — der sozialdemokratischen Arbeit bei den Wahlen 1903.

Die Junker wollen keine Wahlreform. Der geschäftsführende Ausschuss der Junker, die preussische Regierung, will selbstverständlich auch keine. Laut und herrisch haben sie es gestern abermals dem preussischen Volke, dem fordernden preussischen Proletariat zugerufen, mit eiserner Stirn ist erklärt worden, daß die Grundlage des preussischen Staates das politische Heiligtum der Rasse, die politische Entrechtung der Arbeitenden ist und bleiben soll alle Zeit, daß kein Titelchen ihrer plutokratischen Vorrechte von den Herren Preussens gutwillig aufgegeben wird. Wir wollen nicht am preussischen Wahlrecht rütteln lassen, rief Herr v. Jeddlich, wir brauchen Ruhe, auf daß nicht alle Augenblicke Wahlrechtsfragen aufgerollt werden können. Die Edelsten und Besten wollen in Ruhe den Zollraub und die Benefizien, die ihnen ihre Herrschaft im Staate gibt, verzehren. Die Proletarier sollen deshalb den Mund halten oder ihn mit blauen Bohnen gestopft erhalten.

Keine Wahlreform! war die Losung vom Ministertisch und von den Bänken der Rechten. Aber diese eine Herausforderung genigte den Herren Junkern nicht. Sie konnten auch in dieser Stunde den grimmigen Haß gegen das Reichstagswahlrecht nicht verleugnen. Wie haben sie demonstriert, die Feinde sozialdemokratischer Demonstrationen, als Freiherr v. Jeddlich seinen abgetriebenen Gaul der Reichstagswahlrechts-Sparte demonstriert mit Wraborsen, die kein Ende nehmen wollten! Wie wurden sie warm, die Junker, da der Polizeiminister zum sonnbühnlichen Male erklärte, daß die Regierung die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen mit eiserner Festigkeit ablehne. Ähnliche Weisheitswörter gab es nur, wenn die Sozialdemokratie angegriffen wurde. Sie und das Reichstagswahlrecht sind das, was die Junker auf Erden am grimmigsten hassen.

Mögen sie! Sie wissen was sie wollen, und sie wissen auch, warum sie es wollen. Das Proletariat Preußens mag sich ein Beispiel an ihnen nehmen. Brutaler als es in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses geschah, können ihm die Junker kaum sagen, daß das Recht im preussischen Junkerstaate die Macht ist, können sie es nicht lehren, daß eine Klasse, die etwas durchsetzen will im Staate, Macht besitzen muß. **Wahlrechtskampf!** muß die Antwort der preussischen Arbeiter sein.

In knapp 4 Stunden war die erste Lesung des Gesetzesentwurfes erledigt. Müßig, leidenschaftslos wie etwa eine neue Körordnung. Man lese die Beratung des österreichischen Abgeordnetenhauses über die österreichische Wahlreform. Die Verhandlungen eines Parlaments, das sicher nicht den Ruf einer geistig erleuchteten, einer kulturell besonders hochstehenden gesetzgebenden Körperschaft genießt, das häufig der Schauplatz unangar roher und alberner Kämpfe gewesen ist. Eins wird man diesen Beratungen nicht abstreiten können: es steckt Temperament darin. Es ist wirklich ein Kampf von Meinungen, wenn auch nicht gerade ein Geisteskampf. In der preussischen Landesduma gibt es solche polizeiwidrigen Dinge bei Erörterung der Wahlreformvorlage nicht. Die herrschende Partei der Junker simuliert eine frostige Gleichgültigkeit, deren Unechtheit sich freilich verrät, wenn ein Hinweis auf die Sozialdemokratie ihre wahren Gefühle des Hasses auslöst, die aber in sich wieder eine besondere Herausforderung des Proletariats darstellt. Für Zentrum und Nationalliberale ist die Wahlreform mehr Verlegenheit denn Herzenssache, und die Freisinnigen bringen im Gefühl ihrer Ohnmacht und Angst vor der Sozialdemokratie energische Töne nur noch in unechter Bildung heraus. Bei solchen Akteuren kommt es nicht zum Kämpfen, nur zum Reden.

Der Ministerpräsident hatte sich bei so unwichtiger Gelegenheit natürlich nicht bemüht. Herr Bethmann-Hollweg hielt die Laufrede. Er sprach als korrekter Bureokrat modernen Stils. Der Altentmann mit den Formen des Weltmannes, einige Blüten der neuesten Feuilletonweisheit im Knopsloch. Nüchtern und trocken, nonchalant bald die eine, bald die andere Hand in der Hosentasche, teilte der Herr Polizeiminister mit, daß die Regierung keine Wahlreform will, daß sie selbst die zahlenmäßige Fixierung am Dreiklassenwahlrecht, die Zentrum und Nationalliberale in früheren Sessionen vorschlugen, nicht will, ja daß schon eine wesentliche Aenderung der beiden Entwürfe sie der Regierung unannehmbar machen würde. Auf die Einzelheiten der Vorlage ging er nicht ein, was bei ihrer geringfügigkeit verständlich ist. Er begnügte sich zu erklären, daß die Aenderungen notwendig seien, um sozialdemokratischer Obstruktion, wie sie 1903 vorgekommen, die Handhaben zu nehmen. Er hätte sich ruhig sagen dürfen, daß das Dreiklassenwahlrecht und besonders die komplizierten Bestimmungen des Wahlverfahrens

die Beteiligung der Volksmassen an der Wahl überhaupt nicht vertragen. Daß sie nur als Wahlrecht kleiner Klassen lebensfähig sind. Dann folgte eine Kritik jener Bildvorschläge des Zentrums und der Nationalliberalen, deren Quintessenz war, daß sie die Kuriosa, die jene Parteien heute am Dreiklassenwahlrecht tabeln, nicht beseitigen können; das Eingeständnis, daß dies Wahlrecht überhaupt nicht zu reformieren ist, daß dies Wahlrecht in jeder Ausprägung den Unsinn produziert!

Zum Schluß gab Herr Bethmann-Hollweg einen gefärbten Viskum. Die Zuhörer bekamen ein Stück verdünnter Treitschkescher Gesichtspphilosophie zu hören, mit dem Pathos des besorgten Familienvaters vorgelesen. Sonderbar malt sich in preussischen Bureaokratentöpfen die Welt! Unsere Zeit, so sagt der preussische Polizeiminister, wird einst in der Geschichte gefeiert werden als das glänzende Zeitalter des edlen Strebens, den Schwachen zu helfen. In demselben Atemzuge donnert er gegen den angeblichen Mißbrauch sozialpolitischer Institutionen zu parteipolitischen Zwecken und verteidigt er die Politik, die die Vertreter der nicht Besizenden aus dem Parlamente Preußens fernhalten will. Ribellierung alles Großen und Erhabenen nennt er das Ziel der sozialdemokratischen Politik und sieht nicht, wie der Kapitalismus mit nibelirender Wolge über die Lande fährt, alles eigenständige Wachstum erlösend, alles Aufstreben aus der Tiefe niederhaltend, alle Kräfte der Tiefe erlösend. Die ganze Wissenschaft, oder besser gesagt, ihre Etiketten schleppt er an, um die „nibelirenden Kräfte“ ins Unrecht zu setzen. Selbst die Naturphilosophie wird von ihm mißbraucht und muß ihm dienen, alles, um dann mit väterlicher Miene und fromm gefalteten Händen den Herren von der Linken sagen zu können, ob es denn wohl Schwärmerei sei zu glauben, daß die Kräfte, die für unsere Nation bestimmt sind, nicht die Höhen abtragen wollen, sondern zu Höhen streben. In nüchternes Deutsch überseht ist das nichts weiter als die Proklamierung der vom Machtbewußtsein der Herrschenden geborenen Anschauung, daß sie die Herrenklasse sind, bestimmt, die elende Menge, die urteillose Masse zu regieren. Der Herr Polizeiminister würzte seine Rede mit allerlei kräftigen Wörtern gegen die deutsche Sozialdemokratie, die die ewigen Gesetze der Treue und Liebe zerstöre usw., wobei ihm auch die hyperbolische Stillschleife unterließ, die Umsturzpartei wolle alles Menschliche vernichten. Das Dreiklassenhaus merkte den Unsinn nicht und lachte nicht, aber es koste Weisfall. Mit der tröstlichen aber etwas nebelhaften Versicherung, daß Wahlrecht der Zukunft werde sich aufbauen auf die zur Höhe strebenden Kräfte des Volkslebens, schloß der Minister unter dem lebhaften Applaus der Junker, in das sich schwaches Zischen der Linken mischte.

Der ganze Jammer der preussischen Zustände offenbart sich in dem Wiederhall, den diese Rede in der Opposition fand. Einer von denen trat auf, die Eugen Richter am Grade Gesolgshaft geschworen haben, Herr Fischbed. Er redete ohne gehört zu werden, denn die Rechte konvertierte ungeniert. Er redete seinen Stiefel herunter, ohne auch nur einen Funken von innerer Empörung, von leidenschaftlichem Grimm verspüren zu lassen. Hat man Herrn Fischbed gehört, so glaubt man nicht mehr an eine freisinnige Wahlrechtsbewegung. Bezeichnend ist, daß ein großer Teil der Rede dem Bestreben galt, den Freisinn volksparteilicher Couleur als durchaus sozialistenrein und ordnungsfremd nachzuweisen. Zu diesem Zwecke wurde nicht einmal eine scharfe Abfage an die freisinnige Vereinigung verschmährt, die angeblich die sozialdemokratische Schwiegermutter mit in die freisinnige Ehe bringen will. Ein Stiz, den die Junker wohlwollend belachten, wie denn überhaupt dieser Teil der Fischbedschen Rede von der Rechten applaudiert wurde. Ohne ein Wort gefunden zu haben, das über den Wortschatz des Werkeltages hinausgeht, ein Wort, das dem außerordentlichen Moment gerecht geworden wäre, endete Herr Fischbed.

Herr Irmer von den Konfervativen ist ein besserer Redner. Man hört aus ihm das Selbstgefühl des preussischen Junkers sprechen, der weiß, daß dieser Staat sein ist und der entschlossen ist, diese Herrschaft zu behaupten. Mit Sentimentalitäten gibt er sich nicht ab, das hat er nicht nötig. Scharf und klar setzt er seine Worte, er braucht ja nicht den modernen, den „wahren Fortschrittsmann“ zu mimen, wie die Herren von der Regierung. Ganz ohne Teufelei und Heuchelei geht's freilich auch nicht ab. Die Staatskränze wird plötzlich aus himmlischen Höhen herabgeholt, um die nackte Machtspolitik der Junker zu deden.

Ihren besten Redner und besten Mann hatten die Nationalliberalen vorgeführt. Herr Krause-Königsberg darf noch ein Liberaler genannt werden. Bei den bescheidenen Ansprüchen, die wir in Deutschland in dieser Hinsicht zu stellen gewöhnt sind. Er fand von allen Rednern das bezeichnende Wort für die Vorlage, er nannte sie ein Bildwerk allergeringsten Grades. Er brachte es sogar fertig, allerdings sehr hypothetisch, von einer Volksbewegung zu sprechen, die das Dreiklassenwahlrecht einmal hinweglegen könne. Aber das Reichstagswahlrecht will er natürlich nicht — er fordert ein Pluralwahlrecht. Die Stellung seiner Partei von den beiden Vorlagen ließ er noch unbestimmt. Aber Freiherr von Jeddlich schloß aus seinen Worten ganz richtig, daß die Nationalliberalen nach einigem Zieren zustimmen werden.

Dieser Redner sprach nicht zu den Entwürfen, sondern vom „Wahlrecht der Zukunft.“ Daß eine Wahlreform kommen muß, erkennt er an, aber sie muß auch und vor allem

im Reich kommen. Das Reichstagswahlrecht muß abgewirgt werden, das war der Tenor seiner Rede.

Herr Brömel von der Freisinnigen Vereinigung trug dann zum Teil gut pointierte Worte vor, ohne größeren Eindruck zu machen. Es ist eben nicht zu verhindern, daß der Hörer sich fragt: Was steht hinter dem Manne.

Und dann führte das Zentrum eines seiner diplomatischen Kunststücke auf. Es sandte keinen Redner, sondern ließ eine knapp acht Zeilen lange Erklärung vorlesen, eine platonische Liebeserklärung für ein unbefimmtes „besseres“ Wahlrecht, für das das Zentrum keinen Finger rühren wird. Die katholischen Arbeiter, die noch dem Zentrum folgen, sind wieder einmal schmählich betrogen worden. Der Renommierarbeiter der Ultramontanen, Herr Brust, tat in dieser speziell für die Arbeiter höchst wichtigen Angelegenheit den Mund nicht auf, oder durfte ihn nicht aufstun. Wie übrigens auch der Arbeitervertreter des Freisinn, Herr Goldschmidt, stumm blieb.

Den Schluß machten der Pole v. Dziembowski und Herr Dejer. Beide hatten in ihrer Art Temperament. Der Pole sagte der Rechten und der Regierung gepfeiferte Wahrheiten. Herr Dejer, der einzige Demokrat des Hauses sprach sehr abgemessen, doch merkte man ihm an, daß er mit dem Herzen bei der Sache war. Er war der einzige, der darauf hinwies, daß die Wahlrechtsvorlage nicht nur die preussische Duma, sondern auch das preussische Volk angehe. Der einzige, der die große Bewegung im Volke gegen das Dreiklassenwahlrecht erwähnte.

Damit war der Eifer des Hauses erschöpft. Die Vorlagen wurden einer Kommission überwiesen und der „große Tag“ war gewesen.

Er hat dem preussischen Proletariat keine Enttäuschung gebracht; denn es kennt seine Junker und seine Bourgeois. Aber ein Ansporn zu neuer eifriger Arbeit soll ihm die nichtachtende Behandlung der Wahlrechtsfrage durch die Erforenen des Dreiklassenunrechts sein!

### Die Revolution in Rußland.

Opfer.

Nach den Angaben der Zeitung „Sibir i Sibirskaja“ belief sich die Zahl der Opfer der russischen Freiheitsbewegung im Laufe des vergangenen Jahres — vom 1. Januar 1905 bis 1. Januar 1906 — auf 14 130 Ermordete und 19 524 Verwundete. Diese Zahlen sind nur annähernd richtig, da die Aufzählung auf Grund offizieller und offiziöser Mitteilungen gemacht worden ist und, wie bekannt ist, wird dort die Zahl der Opfer entweder vertuscht oder absichtlich niedriger angegeben.

Die die Zeitschrift „Voloje“ mitteilt, beträgt die Zahl der Hinrichtungen während des Monats Januar d. J. allein 397.

In den Dsireyprovinzen wurden insgesamt im Laufe der drei verfloffenen Monate (Dezember bis Februar) ungefähr 1000 Mann getötet.

Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache. Was soll man noch hinzufügen?

### Glückliche Flucht.

Nach der Bilnaer „Volkszeitung“ sind am 20. d. Mts. aus dem Hospital des Strafbataillons zu Bobruisk sieben Soldaten, die alle vom Kriegsgericht für politische Verbrechen zum Tode verurteilt waren, glücklich entkommen.

### 16 000 Arbeiter in Lodz entlassen.

Dem „S. L. S.“ wird „von einem besonderen Korrespondenten“ gemeldet:

Lodz, 23. März. Infolge andauernder Kustände und wegen der Nichterfüllbarkeit der Forderungen der Arbeiter haben die Verwaltungen der größten Fabrik-Gesellschaften der Stadt, Scheibler und Pognansky ihre sämtlichen Arbeiter, im ganzen 16 000, entlassen. Die Fabriken sind geschlossen.

Der „besondere Korrespondent“ ist sicher in Arbeitgebetkreisen zu suchen. Die Arbeitslosigkeit wird die herrschende revolutionäre Stimmung nur verschärfen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. März.

### Kolonialkoller im Reichstage.

Der Etat über das südwestafrikanische Kolonialgebiet erhob die Debatte noch einmal zu einer grundsätzlichen Erörterung der offiziellen Kolonialpolitik. Parte der Abgeordnete Erzberger, wie es für einen Zentrumabgeordneten sich ziemt, sehr vorsichtig Fehler dieser Kolonialpolitik kritisiert, so redete demgegenüber Genosse Debel eine offene Sprache und kritisierte scharf die kulturwidrige Wirtschaftsweise der offiziellen Kolonialaktionen, sowie die Haltung der Kolonialbeamten gegenüber den Eingeborenen.

Den Kolonialkoller gewisser Reichstagskreise geißelte er mit heißender Satire. Für die Kolonisierung im Mutterlande haben diese Kreise nichts übrig, aber wenn von unseren überseeischen Kolonien die Rede ist, erfährt sie der Koller; dann — koste es, was es wolle — bewilligen sie alles, was für diese Kolonien gefordert wird und lassen die

Folgen der kulturwidrigen Wirtschaft das deutsche Mutterland büßen, das ungezählte Millionen dafür bleichen muß. Babel hat recht: Wenn die Hälfte der Kolonialkosten der letzten Jahre zur Kultivierung von Debländereien in Deutschland benützt worden wäre, würde das Reich große Vorteile daraus ziehen und eine innere Kräftigung erzielen. Gegen solche Argumente fallen die Schwärmerereien eines Arndt und Laitmann glatt ab.

Nebenbei besprach auch Babel die Beziehungen zwischen der Kolonialverwaltung und der Firma Lippelskirch, die im „Vorwärts“ mehrfach besprochen worden sind. Babel hielt es für die moralische Integrität hoher Regierungsbeamten, wie des preussischen Landwirtschaftsministers v. Pöbbecke, daß sie eine Entscheidung treffen, die sie als Beamte von Geschäften löst, die ihre Firmen mit dem Staat resp. dem Reich abschließen oder daß sie ihren Regierungsposten quittieren. Ueberdies sei es eine Ehrenpflicht der Firma Lippelskirch, falls der Vertrag zwischen ihr und der Kolonialverwaltung künftighin enthält, die der Regierung die Lösung des Vertrages erschwären, daß sie selbst den Vertrag durch Verzicht auf diese Bindung aufgeben. Indessen, das wird wohl die Firma Lippelskirch aus Gründen des Profits unterlassen.

Obgleich Prinz Hohentlohe den Teilhaber der Firma Lippelskirch, den Minister v. Pöbbecke, durch den Hinweis, daß dieser als Minister des Reichs mit jener Firma fernstehe, in Schutz nahm, bleibt doch die Teilhaberschaft aller Firmenangehörigen an diesem Geschäft als eine Lausache bestehen.

Montag: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. —

### Kreuzer „Scharnhorst“.

Der neueste große Kreuzer, der gestern auf der Werft von Blohm u. Voß vom Stapel gelassen wurde, ist auf den Namen „Scharnhorst“ getauft worden. Der Taufakt wurde vom Feldmarschall Grafen Häfeler vollzogen. In seiner Laufrede feierte Graf Häfeler Scharnhorst als einen jener Männer, die zur Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens vor hundert Jahren das Vertrauen auf die Zukunft der Nation nicht verloren, sondern den Grund gelegt hätten für die Befreiung des Vaterlandes vom Joch der Unterdrückung. Zwar habe Scharnhorst die neuerschaffene Armee um den Sieg ringen sehen, aber es sei ihm nicht vergönnt gewesen, „die Früchte seiner langjährigen Arbeit zu schauen“.

Es ist ein seltsamer Akt höfischer Pietät, dergestalt Scharnhorst gewissermaßen zum Schutzpatron unserer Flottenpolitik zu machen, einer dynastischen Weltpolitik, deren abgejagter Gegner gerade Scharnhorst gewesen ist. Und wenn Graf Häfeler davon sprach, daß Scharnhorst die Früchte seines Schaffens nicht habe erleben können, so muß vom Standpunkte der geschichtlichen Wahrheit bemerkt werden, daß Scharnhorst auch bei einem längeren Leben die trübselige Erfahrung hätte machen müssen, daß trotz der Niederwerfung Napoleons den Früchten seines Schaffens keine Reife vergönnt gewesen sei. War doch Scharnhorst, der Bauernjohn, seiner ganzen Auffassung nach der schärfste Gegner jenes absolutistischen und junkerlichen Regiments, das sich gerade nach den sogenannten Freiheitskriegen in Deutschland so unverschämt breit machte und — heute noch breit macht!

Bekanntlich war es Scharnhorst, der den noch heute so viel verklärten Gedanken der Volksmiliz bereits vor dem Jahre 1806 vertrat. Schon vor den zerschmetternden preussischen Niederlagen hatte er eine Denkschrift eingereicht, durch die eine Volksbewaffnung nach dem Muster der französischen Volksbewaffnung vom Jahre 1793 gefordert wurde. Aber diese Vorschläge wurden von den preussischen Kammerherren in den Wind geschlagen. Als dann der junkerliche Hochmut seinen großen Kladderadatsch erlebte, fanden Scharnhorst's Pläne mehr Beachtung. Zwar fanden die Abkömmlinge Scharnhorst's und Gneisenau's keineswegs volle Berücksichtigung, aber es wurden immerhin einschneidende militärische Reformen durchgeführt: Das Offiziersmonopol des Adels wurde beseitigt, die allgemeine Wehrpflicht in gewissen Grenzen eingeführt, der Fahnenjagd nicht dem „Kriegsherrn“, sondern „König und Vaterland“ geleistet, das Spießrutenlaufen und die Prügelstrafe abgeschafft. Die großen Reorganisationsarbeiten Scharnhorst und Gneisenau hatten allerdings viel weiter gehen wollen. Sie hatten gefordert, daß die Soldaten das Recht erhielten, die Unteroffiziere und Offiziere selbst zu wählen; ferner sollte jeder Bauer, der den Krieg bis zu Ende mitgemacht habe, von allen Frondiensten befreit sein. Dagegen sollte der Adel abgeschafft werden, mit Ausnahme derjenigen Personen, die sich im Kriege besondere Verdienste um das Vaterland erworben hätten. Diese durchgreifenden demokratischen Reformen scheiterten ebenfalls an dem Widerstand der Junker, wie die wirtschaftliche Reformgesetzgebung des Freiherrn von Stein. Ganz im Geiste der Scharnhorst, Gneisenau und Stein stellte auch Ernst Moritz Arndt in seinem „Soldatenkatechismus“ Grundzüge auf, die man heute, hundert Jahre später, als Hochverrat betrachtet. Arndt verkündigte nämlich die Auffassung, daß die Soldaten das Recht hätten, einem Fürsten den Gehorsam zu verweigern, wenn er sie dazu mißbrauchen wolle, „das Glück und die Freiheit ihrer Mitbürger zu zerstören“, wenn er sie den Feinden des Vaterlandes zu Hilfe schicke und die eigenen Landsleute bekämpfen ließe. Seinen Begriff der Soldatencheue faßte er in die Worte zusammen: „Du bist ein Mensch, und Du sollst den Menschen nicht aussziehen, wenn Du die Montur anziehst.“

Für solche Ideale kämpfte damals ein Scharnhorst! Diese Ideale aber erfüllten sich nicht. Die Fürsten brachen schmähdlich die dem Volke gegebenen Versprechungen. Und wie liegen die Dinge heute? Wie vor Jena erblinden wir im Offizierskorps die überhebende Renommisterei; das Offiziersmonopol des Adels und des Geldtades steht ungeboren. Statt eines Volkes in Waffen haben wir eine Prätorianerarmee, die noch vor wenigen Wochen gegen das Volk aufgerufen wurde. Die Soldatenschildereien sind noch an der Tagesordnung, die Masse des Volkes ist noch zu derselben Selbstenrolle verdammt wie vor hundert Jahren! Und wie die Marokko-Affäre lehrt, stürzt man sich mit Umgehung des Volkes, ja gegen dessen Willen in dynastische und weltpolitische Abenteuer. Es war deshalb äußerst unvorsichtig, den Geist eines Scharnhorst zu beschwören. Gerade Scharnhorst's Bestrebungen zeigen, welsch verrottete Zustände sich bei uns in Preußen-Deutschland konstatieren haben!

### Eine Verständigung in Algeciras?

Die offiziöse „Agence Havas“ verbreitet folgenden Situationsbericht aus Algeciras, den das deutsche offiziöse Blatt ohne Kommentar wiedergibt:

„Hier herrscht jetzt lebhaftes Treiben. Eine Versammlung von mehreren der am meisten interessierten Delegierten hat bei dem englischen Delegierten Nicolson stattgefunden. Die österreichisch-ungarischen Delegierten sind sehr geschäftig und bemühen sich, ihre neuen Vorschläge mit der allgemeinen Meinung in Einklang zu bringen.“

Wenn man den hier allgemein herrschenden Eindruck nimmt, würde die Verständigung auf folgender Grundlage zustande kommen: Frankreich würde als Ablösung für sein Vorzugsrecht drei Bankanteile, mit seinem Anteil also vier Anteile erhalten; dafür würde Frankreich aber Deutschland gleichfalls in der Bankfrage ein Zugeständnis machen. Doch würde ein solches Zugeständnis nicht in einem weiteren Bankanteile bestehen. — Casablanca würde ebenso wie die übrigen Häfen der französisch-spanischen Kolizei überlassen werden. Die Stellung und die Befugnisse des Inspektors sollen scharf hervorgehoben werden. Gegen die gemischte französisch-spanische Kolizei in jedem Hafen, die von einer auf der Konferenz vertretenen Macht vorgeschlagen worden ist, kann ein stichhaltiger Einwand nicht erhoben werden, ausgenommen gegen ihren vom Standpunkte der Frage, ob eine solche Kolizei wirksam sein wird oder nicht, wenig praktischen Charakter. Wenn die Konferenz auf der gemischten Kolizei besteht, so ist es möglich, daß man sich dahin einigen wird, in Tanger eine gemischte Kolizei zu organisieren und die übrigen Häfen unter die Franzosen und Spanier zu verteilen. — In dem vorstehend Gefagten ist weder etwas Offizielles noch etwas Gewisses; es sind einfache Annahmen, die aber die meiste Wahrscheinlichkeit für sich haben. Man befindet sich bezüglich der Herbeiführung einer Lösung im kritischen Moment, und man kann nur angeben, in welcher Richtung die Lösung anscheinend gefunden werden wird.“

Eine weitere Meldung besagt:

Algeciras, 22. März. Die Ansicht mancher Optimisten, daß eine Einigung schon erzielt sei, trifft nicht zu. Es wird noch einiger Zeit bedürfen, um sie zu erzielen. Das österreichische Projekt wird entweder Freitagmorgen oder Sonnabendvormittag der Komitierung der Konferenz unterbreitet werden. Der gegenwärtige Eindruck ist der, daß der Entwurf in der Gestalt eines Amendements vorgelegt werden wird, das als Grundlage für die Erörterungen dienen und eine für die Lösung günstige Grundlage bilden wird.

### Deutsches Reich.

#### Protest gegen die preussische Volksschulvorlage.

Reichlich spät haben sich endlich mehrere bekannte Professoren deutscher Universitäten zu einem Protest gegen die weitere Verfassung der preussischen Volksschule zusammengeschlossen. Unterzeichnet ist der Einspruch, der zunächst weiteren Professoren der Universitäten und technischen Hochschulen sowie anderen hervorragenden Gelehrten und Künstlern zur Unterschrift vorgelegt werden soll, bevor er dem Abgeordnetenhause übermittle wird, unter anderen von folgenden Herren: Ludwig v. Bar-Göttingen, Julius Baumann-Göttingen, Karl Binding-Weipzig, W. Borchers-Nachen, Lujo Brentano-München, Felix Dahn-Breslau, Rudolf Eucken-Jena, Wilh. Foerster-Berlin, Albert Hänel-Niel, Otto Harnack-Stuttgart, Paul Hensel-Erlangen, Ignaz Jastrrow-Berlin, Georg Jellinek-Heidelberg, Eduard Kohlrausch-Königsberg, Karl Lamprecht-Weipzig, Theodor Lippis-München, Franz v. Liszt-Berlin, Paul Ratorp-Marburg, Theod. Nöldeke-Strasbourg, Karl Pelman-Bonn, Walther Schüding-Marburg, Werner Sombart-Breslau, Franz Tugel-Marburg, Max Weber-Heidelberg, Heim. Wölfflin-Berlin, Wilh. Wundt-Weipzig und Theodor Ziegler-Strasbourg. In dem Protest heißt es:

„Der Grundsatz, von dem die Vorlage ausgeht, daß die Kinder in den öffentlichen Volksschulen in allen Unterrichtsfächern nur von Lehrern ihres Bekenntnisses unterrichtet werden sollten, ist nicht nur praktisch in Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung gar nicht durchführbar, wie die schroffen Widersprüche gegen dies Prinzip in der Vorlage selbst beweisen, sondern er ist als Prinzip zu verwerfen. Im Unterricht jedes Faches sollte das Recht der Sache allein walten, jeder Einfluß partikularreligiöser Tendenzen grundsätzlich ferngehalten werden. Was naturwissenschaftliche, was geschichtliche Wahrheit, was von den Schätzen der deutschen Literatur für die Bildung des Volkes wertvoll ist, ist gemäß den eigenen Gesetzen des Gegenstandes nach pädagogischen Rücksichten zu entscheiden; es ist gerade gegenüber der trennenden Tendenz des religiösen Sonderbekenntnisses die Einheit der humanen und nationalen Bildung in diesem allen um so bestimmter zu wahren. Der partitur-religiösen Vererbung des gesamten Unterrichts wird aber offenbar Vorschub gegeben, wenn gesetzlich bestimmt wird, daß der gesamte Unterricht nach Konfessionen getrennt erteilt werden muß. Nicht nur die katholische, sondern grundsätzlich ebenso die evangelische Orthodoxie beansprucht tatsächlich einen entscheidenden Einfluß der Konfession auf den gesamten Unterricht der Volksschule, und sie weiß diesem Anspruch, besonders durch die geistliche Schulaufsicht, an welcher der Entwurf festhält, schon jetzt überall da Geltung zu verschaffen, wo die Schule, wenngleich ohne gesetzliche Grundlage, doch tatsächlich den konfessionellen Charakter trägt, den die Vorlage allen Volksschulen mit verschwindenden Ausnahmen zwangsweise aufzuprägen möchte. Dabei werden, durch eine dem ganzen Prinzip der bisherigen preussischen Schulgesetzgebung widersprechende Auslegung der Begriffe konfessioneller und gemeinsamer Schulen, alle Volksschulen, die nicht durch besondere Vereinbarung simultan sind, für konfessionell erklärt, ohne Rücksicht auf die tatsächliche konfessionelle Mischung der Schulkinder.“

Freiwillig. Die „Freie Deutsche Presse“ behandelt heute in einem Artikel die Frage der sich durch die Mandatsvermehrung ergebenden Neueinteilung der Berliner Landtagswahlkreise. Sie kommt dabei zu dem furchtbaren Ergebnis, daß es vielleicht der Sozialdemokratie gelingen könne, etliche Mandate zu erobern:

„Hierdurch gewinnt die Vorlage aber auch eine besondere parteipolitische Bedeutung. Denn da die wider sinnige Dreiteilung nach Wahlbezirken in der Wahlrechtsvorlage nicht aufgehoben wird, so gelangen an der Peripherie Berlins Sozialdemokraten leicht auch in der zweiten, zum Teil in der ersten Abteilung zur Mehrheit. Und wenn im Jahre 1903 der 3. Wahlkreis (rechts Sprosser, untere Stadt), trotzdem er außer Moabit, Wedding einen bedeutenden Teil der Innenbezirke umschließt, neben 1300 freisinnigen Wahlmännern 1100 sozialdemokratische wählen konnte, so ist es ungewiss, ob die nach Durchführung der Neueinteilung solche Wahlbezirke wie der erste, der nur den Gesundbrunnen und einen Teil des Wedding, und der zwölfte, der den anderen Teil des Wedding und Moabit umfaßt, für die Sozialdemokratie ein günstiges Arbeitsfeld abgeben werden. Die freisinnige Volkspartei wird daher in diesen Wahlbezirken der Sozialdemokratie gegenüber einen schweren Stand haben und alle Kräfte anspannen müssen, um die Reichshauptstadt dem fortgeschrittenen Liberalismus zu erhalten, zumal da auch andere Parteien Lust haben, ihr bei dieser Gelegenheit in den Rücken zu fallen.“

Es scheint den Erben Richters ein geradezu entsetzlicher Gedanke zu sein, daß es trotz der schwächlichen Dreiklassenwahl durch die Gunst besonderer Umstände auch der stärksten Partei Preußens gelingen könnte, ein oder zwei Mandate zu erobern! So sieht der Freisinn aus, der behauptet, daß er als Arbeiterklasse das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für Preußen erkämpfen wolle! —

#### Ein neues Hundertmillionen-Projekt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht Stimmung für eine Verlängerung des Nordostkanals über Elbe, Weser und Jade hinaus bis zur Ems. Zwar sei ein solches, von dem Abg. Semler ausgebrachtes flottenstrategisches Projekt in der Flottenkommission auch von dem Staatssekretär des Reichsmarineamts abgelehnt worden, allein man könne „weder wünschen noch glauben, daß damit die Sache abgetan sei“.

Bekanntlich wird uns die Umgestaltung des Nordostkanals, um denselben für die 18000 Tonnen-Schiffe fahbar zu machen, schon manche Millionen kosten. Dazu soll nun gar noch eine Verlängerung dieses Kanals bis zur Ems kommen, die Hunderte von Millionen kosten würde. Für den Handel wäre ein solcher Kanal von gar keiner Bedeutung, er diene ausschließlich marinierten Zwecken! Man sieht, wie den Flottenphantasten mit dem Essen der Appetit kommt! —

### Ministerwechsel in Württemberg.

Stuttgart, 21. März. (Fig. Ber.)

Die Veränderungen im württembergischen Ministerium, welche zwar noch nicht vollzogen sind, aber als sicher bevorstehend gelten können, werden demnächst eine Umgestaltung in der Verwaltungsorganisation des Landes zur Folge haben. Der ausscheidende Kriegsminister v. Schnürlein soll durch den Generalleutnant v. Marchtaler ersetzt werden, der eine Reihe von Jahren im Berliner Militärkabinett war und „in Berlin wohlgeübt“ sein soll. Wenn die Ernennung des letzteren dem Landtag mitgeteilt wird, ergibt sich vielleicht Gelegenheit zur Erörterung der Frage, ob das militärische Verhältnis, das zwischen Preußen und Württemberg besteht, es wirklich nötig erscheinen läßt, den Zug eines eigenen württembergischen Kriegsministeriums zu fördern. Daß es eine tatsächliche Bedeutung hat und der württembergischen Volksvertretung einen wesentlichen Einfluß auf die Verhältnisse im Landestruppenteil ermöglicht, wird niemand behaupten wollen.

Berner wird Herr v. Soden, der frühere Gouverneur von Kamerun, auscheiden, der zugleich Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Verkehrs gewesen ist. Das erstere Ressort verliert bei den einzelnen Bundesstaaten naturgemäß immer mehr an Bedeutung und dürfte vielleicht einem anderen Ministerium zur Erledigung mit übertragen werden, zumal das Verkehrsressort in volkwirtschaftlicher wie landespolitischer Beziehung durch den weiteren Ausbau der Post- und Eisenbahnbetriebe von Jahr zu Jahr an Bedeutung wächst und daher eine selbständige Verwaltungsorganisation beansprucht. —

### Existiert doch ein „Tuder“-Brief?

Wir lesen in einem Berliner Blatte: In den letzten Reichstags-Verhandlungen kam auch erneut der Fall Peters und die Angelegenheit des Tuder'schen Briefes zur Sprache. Dieser Brief hat, wie die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, bei der ganzen Untersuchung keine Rolle gespielt, da seine Echtheit bald angezweifelt wurde. Weit wichtiger ist, daß ein Brief von Peters an den Bischof Woodwood von Manila in dem Aktenmaterial vorhanden ist, der mit dem Inhalt des gefälschten Tuder'schen Briefes große Ähnlichkeit hat. Es handelt sich also bei der ganzen Briefsache um eine Namensverwechslung. Daß, wie der Erbprinz Hohentlohe mitteilte, seinerzeit gegen Peters nicht strafrechtlich eingeschritten wurde, hatte lediglich darin seinen Grund, daß damals das deutsche Strafgesetzbuch am Schauplatz der Peters'schen Taten keine Geltung hatte.

### Genossin Luxemburg vor einem Kriegsgericht?

In der „Auff“, der „Kosmos“ und in deutschen bürgerlichen Blättern wird mitgeteilt, unsere Genossin Rosa Luxemburg werde vor ein Kriegsgericht in Warschau gestellt. Unsere Informationen gehen dahin, daß diese Nachricht unzutreffend sein muß. Der Genossin Luxemburg ist bis jetzt noch nicht mitgeteilt, wessen sie eigentlich beschuldigt wird. Auch nach russischem Recht fallen ihr keinerlei strafbare Handlungen zur Last. Ein selbst für russische Verhältnisse ungeheuerliches Justizverbrechen wäre die Ueberweisung der deutschen Staatsbürgerin an ein Kriegsgericht. Diese Ueberweisung würde klar beweisen, daß der Genossin nichts Strafbares zur Last gelegt werden kann. Die Nachricht, daß unsere Genossin vor ein Kriegsgericht gestellt werde, scheint übrigens zuerst in deutschen Blättern vom Schlage der „Post“ gebracht zu sein. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die insamen Hintermänner der „Post“ die Nachricht ausgebreitet haben, weil ihnen bekannt ist, daß in Rußland sich kein Gericht finden würde, das unsere Genossin verurteilen könnte. Es dürfte die Annahme berechtigt sein, daß gegen unsere treffliche Genossin von deutscher Seite der Versuch eines Strafverfahrens angeregt ist. —

### Märzstürme im badischen Landtag.

Zu den Vorgängen im badischen Landtag, über die wir schon kurz nach dem „Wolffschen Bureau“ berichtet, wird uns noch geschildert:

Die Beratung über das Budget des Ministeriums des Innern, des politischen Ministeriums, war fast zu Ende, man war schon mitten in der Spezialdebatte, die sonst nur eine Serie Lokalwünsche und keine Beschwerden zutage fördert, als ganz unerwartet die Verhandlungen einen hochpolitischen Charakter bekamen.

Am Sonnabend, den 17. März, fanden die „Bezirksämter“ (Polizeiverwaltung) zur Debatte, und diese Gelegenheit benützte Genosse Dr. Frankl, um eine neue Polizeivilliar des Mannheimer Polizeidirektors Schäfer festzusetzen. Dieser Schäfer, der schon seit Jahren die Mannheimer Bevölkerung durch allerhand Polizeischikanen gegen sich empört hat, der alle Augenblicke den Arbeiterorganisationen hindernd in den Weg tritt, der am „roten Sonntag“ ganz nach preussischem Muster wirtschaftete, der heute auch versucht, unsere Märzfeier in seine Polizeischablone zu pressen, indem er — noch bevor ein festes Programm für die Erhebung der Mannheimer begrabenen Standrechtsoffer aufgestellt war — Gesang und Reden an den Gräbern verbot und den geschlossenen Aufzug der Arbeiter untersagte. Dieses Vorgehen in dem Augenblick, wo eben im Landtag von verschiedenen Seiten schärfste Kritik an dem „System Schäfer“ geübt worden war, wurde von sozialdemokratischer Seite heftig verurteilt und angekündigt, daß man trotz Schäfer machen werde, was man für gut finde. Der Minister antwortete erregt. Und er wurde noch erregter, als Genosse Krauter der Bekämpfer der Schulpleite sehr warm anmahm und dabei ausführte, daß die Schulpleite, die vor dem „Umsturz“ schützen sollen, ihre einzige Hilfe jetzt nur noch bei den „Umstürzern“ finden.

Die gewohnte Hallfälligkeit verließ den Minister, heftig rief er den Sozialdemokraten zu: „Ich würde es jedem Schuttmann als Pflichtwidrigkeit anrechnen, wenn er bei seinen Beschwerden sich der Vermittlung eines Ihrer Parteigenossen bedienen wollte.“

Dieser für die sozialdemokratischen Abgeordneten beleidigenden Anschauung ist wiederholt vom Regierungstisch aus Ausdruck verliehen worden, aber nie in der heftigen Form. Am Sonnabend brach denn auch der Sturm los. Genosse Adolf Ged, der „rote Big“, betrat dem Minister in sehr lauten Zwischenrufen die „Tribüne“ seiner Grundzüge und alle Ordnungstrufe verbotenen die losbrechende Empörung in der sozialdemokratischen Fraktion nicht zu hemmen. Erschrocken sahen sich die bürgerlichen Abgeordneten und der Minister einem Ausbruch der Entrüstung gegenüber, wie sie ihn im badischen Landtag noch nicht erlebt haben.

Und in recht gedrückter Stimmung gingen unmittelbar nach dem Vorfall die „haatverhaltenden“ Herrschaften auseinander.

Dienstag Fortsetzung! Die Tribunen zum Hören voll befehlt, Hunderte fanden keinen Eintrag. Genosse Eichhorn rechnete mit dem Minister ab. Erst verteidigte er die Revolution und ihre Opfer und dann stellte er fest, daß sich in der bödischen Revolution niemand als höchstens der „Karlitschenprinz“ mit seiner Soldateska mit Schmach bedeckt habe. Und dann die schärfste Zurückweisung der verfassungswidrigen Haltung des Ministers, dem angekündigt wurde, daß die Sozialdemokratie zum Zeichen ihres besonderen Mißtrauens gegen das Budget des Ministeriums des Innern stimmen werde. —

**Agrarische Klagen.** Gegen die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats des Neustettiner landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufvereins ist, wie die „Zeitung für Hinterpommern“ mitteilt, auf Grund des § 147 des Genossenschaftsgesetzes Anklage erhoben worden, weil falsche Bilanzen und Geschäftsberichte veröffentlicht worden sind, um die Verluste der vom Verein verwalteten genossenschaftlichen Kornhäuser zu verdecken. Zu den Angeklagten gehören unter anderem das preußische Herrenhausmitglied Landeshauptmann v. Herzberg-Lottin, der Landrat des Kreises Neustettin v. Bonin-Wangerow und das Reichstags- und Abgeordnetenhausmitglied v. Bonin-Wahrenbusch.

Die gerichtliche Verhandlung verspricht recht interessant zu werden. Die beiden aus Staatsmitteln mit 253 700 M. Kosten erbauten Kornhäuser stehen seit dem 1. Juli 1904 auf Kosten der Steuerzahler unbenutzt da und werden wohl auf Abbruch (1) verkauft werden müssen, da sich bisher keine andere Verwendung hat finden lassen.

### Voreingenommene Justiz.

Der Prozeß, der seit Beginn dieser Woche in Kottbus geführt wird, gestaltet sich von Tag zu Tag mehr zu einer ungeheuerlichen Anklage gegen himmelschreiende Mißstände im Bergwesen des Senftenberger Braunkohlenreviers, sowie gegen die Berginspektion und gegen Organe der Rechtspflege. An anderer Stelle finden unsere Leser den Bericht über die gestrige Verhandlung. In dieser erreichte die Voreingenommenheit und Befangenheit des Vorsitzenden einen solchen Grad, daß der Verteidiger sich zu seiner Ablehnung verpflichtet fühlte. Der Antrag ist aus dem formellen Grunde abgelehnt, weil § 25 der Strafprozeßordnung verlangt, daß das Ablehnungsgesuch vor der Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens angebracht sein müsse. Unter diese Vorschrift können aber nicht solche Fälle eingereiht werden, in denen Handlungen des Richters, die erst nach der Verlesung sich ereignen, die Befangenheit begründen. Mindestens dürften Fälle auszuscheiden sein, in denen seitens der Richter objektiv strafbare Handlungen gegen den Angeklagten oder seinen Verteidiger vorgenommen werden. Eine solche Einreihung verstoße gegen den Grundsatz jedes Strafverfahrens in kulturellen Ländern, daß ein Strafverfahren, das der Abwehr des Unrechts dienen soll, sich nicht selbst auf Gesetzwidrigkeiten aufbauen darf. „Sentiments“ des Vorsitzenden, der wiederholt vor Beginn der Beweisaufnahme mit erhobener Stimme betonte, „dem Angeklagten werde es nicht gelingen, das Aktenmaterial zu entkräften“ oder liebenswürdige Vertraulichkeiten wie die, mit denen der Vorsitzende den Angeklagten Gärtnern, den Verteidiger und die Arbeiterklasse bedachte, sind gewiß keine vom Gesetz gestatteten, oder gar vom Gesetz mit Schutz umgebenen Handlungen. Die Einzelheiten können die Leser aus dem Verhandlungsbericht erfahren.

Zeigt dieser Prozeß sonnenklar, wie die Möglichkeit des Angeklagten, ohne Verteidiger sein Recht wahrzunehmen erschwert wird, und welche außerordentlich schwierige Stellung ein Verteidiger hat, der pflichtgemäß die Wahrheit zu erweisen sich bemüht, so dürfte das Auftreten des Staatsanwalts zu Betrachtungen über den Wert einer Anklagebehörde anregen, deren Träger lediglich auf dem Papier für die vor Gericht begangenen Ausschreitungen in Wort und Handlungen verantwortlich sind. Zur Illustrierung des Kottbusser Gerichtsverfahrens diene außer dem aus unserem Bericht hervorgehenden Tatsachen noch folgender Vorfall: Der Abgeordnete Genosse Hue hatte im Auftrag des Bergarbeiterverbandes dem ersten Verhandlungstage beigewohnt. Da er sich in einer Sitzung der Staatsanwalt und weist den Gerichtsdiener an, einen Boten neben dem im Zubehörraum befindlichen Genossen Hue zu plazieren! Gegen diesen gesetzlich völlig unzulässigen Eingriff in die Leitung der Verhandlungen und in die Öffentlichkeit der Verhandlungen protestierte der Vorsitzende nicht mit einer Silbe. Ein Gerichtsdiener hatte das Berggange, während des Aufenthalts des Abgeordneten Hue im Zubehörraum neben diesem amtlich sitzen zu müssen. —

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Wahlreformvorlage.** Das Abgeordnetenhaus beschloß heute mit überwiegender Majorität, die beiden Wahlreformvorlagen sowie das Gesetz betreffend den Schutz der Wahlfreiheit an einen Wahlreformauschuß von 49 Mitgliedern, das Gesetz betreffend die Immunität an den Verfassungsausschuß, sowie das Gesetz über die Reform der Geschäftsordnung an den Geschäftsausschuß zu verweisen. —

#### Frankreich.

##### Der keritale Militärstreik.

Paris, 20. März. (Fig. Ver.)

Das Army-Urteil des Kriegsgerichts von Rennes, das von den vier Offizieren, die bei der Inventur in Saint-Serban den Gehorsam verweigert haben, dem Major einen Monat, den drei Hauptleuten gar nur einen Tag Arrest — und obendrein mit Strafausschub — zuerkennt, ruft in der radikalen Presse eine erbitterte Kritik hervor. Es ist ja auch zu offenbar, daß die militärische Clique hier der bürgerlichen Gewalt ihre Mißachtung beweisen und bezeugen wollte, daß sie ihre keritale Parteilichkeit höher stellt als den beschworenen Gehorsam gegen das „Vaterland“. Für die Sozialisten ist die Moral der Geschichte leicht zu finden. Jaurès ruft heute in der „Humanité“ den Militärrechtern ein „Morci, Messieurs!“ (Schönen Dank, meine Herren!) zu. Deutlicher konnte es in der Tat nicht kundgegeben werden, daß die im Namen des Vaterlandes geforderte unbedingte Disziplin nur ein Mittel ist, die Armeen zum willenlosen Werkzeug der Privilegierten der Gesellschaft, der Besitzenden, zu machen. Die Disziplin ist eine heilige Sache, wenn sie Arbeiter in Uniform verpflichtet, andere Arbeiter zu erdrosseln, die im Kampfe mit dem Kapital eine menschenwürdige Existenz erringen wollen. In diesem Falle heißt Nachdenken: Hochverrat, Dienstverweigerung, Rebellion! Die Offiziere aber dürfen sich unter dem Schutze ihrer Standesgenossen ausnehmen, um dem gesetzlich erklärten Willen der Nation zum Trotz ein Privilegium der Kirche zu retten. Nebenbei wird jetzt auch der Mannschaft das Streikrecht zugebilligt, sofern sie es zugunsten der Keritale ausüben will. In der „Autorité“ — der Name klingt in diesem Fall etwas sonderbar — war vor einigen Tagen ein Bericht über Inventurversuche zu lesen, bei denen drei Kompanien des 88. Infanterieregiments in Bay und zwei Kompanien des in St. Etienne garnisonierenden 38. Infanterieregiments verwendet wurden. Vor dem Abmarsch belamen die Soldaten Patronen ausgeleert.

Da erklärten die Soldaten des 88. Regiments ganz laut, daß sie niemals auf ihre Eltern, Brüder und Freunde

schießen würden. Sie mischten sich dann unter die Soldaten des 38. Regiments und bekehrten diese mehr als leicht zu ihrer Ansicht, d. h. zur förmlichen Verweigerung des Waffengebrauchs.“

Die Offiziere haben, wie es scheint, gar keine Veranlassung gesehen, diese Streitpropaganda zu hindern und gegen ihre Urheber einzuschreiten. Man vergleiche nun aber mit der Behandlung aller dieser wirklich streikenden Soldaten die barbarische, mit heuchlerischen Phrasen „gerechtfertigte“ Verurteilung der sozialrevolutionären Antimilitaristen, die über die Verbreitung von Meinungen nicht hinausgegangen sind und zudem durch keine Dienstpflicht gebunden werden!

Für die bürgerlichen Republikaner, die noch immer meinen, den traditionellen militärischen „Gloire“-Patriotismus mit der modernen Demokratie veröhnen zu können, sind die jüngsten Ereignisse eine bittere Erfahrung. 36 Jahre nach der Gründung der Republik verfiel die legitime Revolte noch immer über einen festorganisierten Anhang im Offizierskorps! Die Reformen, die die Offiziersausbildung und die Veranziehung demokratischer Elemente zum Soldatenberuf zum Gegenstand hatten, sind bisher fast wirkungslos geblieben infolge der die Armeen umspannenden jesuitischen Organisation, die nur die Schlingel der Keritale vorwärts kommen läßt. Es hat den Bourgeoisrepublikanern nichts genützt, daß sie selbst bei der Erniedrigung der Republik vor der Offiziersclique mitgewirkt haben. Erst jetzt wieder haben sie in der Kammer zum Gaudium der Reaktionen das Wirken André's, dieses einzigen wirklich demokratischen Kriegsministers, der aus dem Heere hervorgegangen ist, beschimpft und verächtigt. Der Kriegsminister des jetzigen, scheinbar so radikalen Kabinetts, Herr Etienne, ist ein Vertreter, der schon zu sehr sozialer Reaktionen ist, um mit denjenigen Leuten, in denen er die Wächter des Kapitals sieht, anzuhängen. Clémenceau allerdings, der eigentliche Leiter der Regierungspolitik, der auch als Minister des Innern vor allem an diesen Vorgängen interessiert ist, hat eine stärkere Energie, sieht aber selbst noch im traditionellen „Patriotismus“.

Die Bourgeoisrepublikaner befinden sich jetzt an einem kritischen Punkt. Sie kann nicht, ohne sich selbst aufzugeben, die Revolte der Keritale tadellos ansehen, aber sie kann auch die Demokratie in der Armeen nicht verwerfen, ohne über die jetzige Verfassung als einen Organismus der sozialen Unterdrückung hinauszugehen. Die logische Entwicklung der Demokratie führt zur Volksherrschaft, als zur Organisation der nationalen Verteidigung. Aber das „Volk in Waffen“ ist nun eben einmal gleichbedeutend mit dem bewaffneten Volk. Und daran kann die Bourgeoisie nicht ohne Grauen denken. —

### Italien.

**Unzufriedenheit der Mannschaften in der italienischen Kriegsmarine.** Dem „Avanti“ wird aus Gaeta berichtet, daß dasselbst an Bord des Kriegsschiffes „Varesa“ so große Gärung unter der Mannschaft herrscht, daß diese wiederholt Kriegsmaterial ins Meer geworfen hat. Kürzlich sollen nun mehrere Matrosen überfallen worden sein, während sie in der Nacht einen Geschützteil im Wert von 500 Lire ins Meer warfen. Die Matrosen wurden sofort verhaftet; die nach dem Geschützteil suchenden Taucher haben ihn zurzeit noch nicht gefunden. Der „Avanti“ weiß, daß ähnliche Fälle aus ähnlichen Gründen bereits an Bord der „Rosini“, „Bombarda“, „Liberto“ und „Garibaldi“ vorgekommen sind, aber verübt wurden. Admiral Gualliero wird nunmehr an Bord der „Varesa“ ein Enquete veranstalten, um die Ursache der Mißstimmung zu ergründen. —

### England.

#### Broadhursts Rücktritt.

London, 20. März. (Fig. Ver.)

Der liberale Arbeiterabgeordnete Henry Broadhurst landete an seine Wähler eine Erklärung nach Leicester, daß er infolge zunehmender körperlicher Gebrechen nicht mehr imstande ist, politisch tätig zu sein und deshalb sein parlamentarisches Mandat in ihre Hände zurücklegt.

Es ist gewiß etwas befremdend, daß er noch vor zwei Monaten bei den Hauptwahlen sich aufstellen ließ, ohne irgend welche Bedenken über seinen Gesundheitszustand zu haben. Vielleicht hat ihn aber die Notiz der vorletzten Nummer der „Clarion“ verletzt, in der erwähnt wurde, daß er Aktionär einiger sehr rentabler Fabriken ist. Es handelt sich um die chemischen Fabriken von Brunner, Mond & Co., deren Inhaber eine führende Rolle in der liberalen Partei spielen und für die Broadhurst seit zwanzig Jahren bei parlamentarischen Wahlen agitierte. Wie er in seiner im Jahre 1901 erschienenen „Autobiographie“ erzählt, wurde er wegen dieser Agitation des öfteren bei Trades-Unionkongressen von Sozialisten angegriffen, aber seine Agitation sei immer im Interesse der Arbeiter gewesen, und er habe „keine Ursache, sein Zusammengehen mit Sir John Brunner zu bedauern.“

Immerhin ist der Rücktritt Broadhursts ein Ereignis, da es sich um den ersten Arbeitervertreter handelt, der in eine Regierung berufen wurde, ebenso um einen typischen Vertreter der jetzt einschwindenden liberalen Arbeiterperiode.

Broadhurst wurde im Jahre 1840 bei Oxford als das erste Kind einer Arbeiterfamilie geboren; sein Vater war Steinmetz. Die Schule besuchte Broadhurst bis zu seinem 12. Lebensjahre; dann wurde er in die Lehre geschickt und ergriff schließlich die Profession seines Vaters, in der er bis zum Jahre 1872 arbeitete. Nach London kam er in den sechziger Jahren und nahm bald lebhaften Anteil an der Gewerkschaftsbewegung. In seiner „Autobiographie“ findet sich darüber folgende kurze Bemerkung: „Wald nach meiner Ankunft in London schloß ich mich einer politischen Organisation an, die „Working Men's Association“ hieß. Dies war die „Internationale Arbeiter-Association“. Sonst findet sich in seinem Buche kein Wort über die Bedeutung und die Arbeit dieser Organisation! Broadhurst hat sie einfach nicht verstanden. Er widmete sich ganz den gewerkschaftlichen und politischen liberalen Fragen. Was vor zwei Monaten an dieser Stelle über Holywell gesagt wurde, gilt auch von Broadhurst: Die aufgestellten englischen Arbeiter der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren sozial-liberal.“

Broadhurst nahm an den großen Wahlreformagitationen im Jahre 1866 und 1884 teil, ebenso an der türkenfeindlichen Bewegung Gladstones in den sechziger Jahren. Sein erster Eintritt ins Parlament fällt ins Jahr 1880. Im Jahre 1886 war er etwa acht Monate Unterstaatssekretär — und somit der erste Arbeitervertreter, der in eine Regierung eintrat. Bei den Wahlen 1892 wurde er wegen seiner Opposition gegen den Achtstundentag geschlagen. Zwei Jahre später ward er in Leicester gewählt und diesen Wahlkreis vertrat er bis jetzt.

Der gegenwärtige König von England gehörte als Kronprinz (Prinz von Wales) zu den besten Freunden Broadhursts. Ebenso Gladstone, Bright und Chamberlain, als letzterer noch liberal war. In seinem Buche, in dem er viel von seinen Bekanntschaften erzählt, spricht er besonders mit großer Anhänglichkeit von Chamberlain, was ja alle früheren Freunde Chamberlains tun, da dieser eine große geistige Gewalt über seine Umgebung ausübte.

In der „Autobiographie“ zeigt Broadhurst sich als ein mittel-mäßig begabter, aber sehr sprachgewandter englischer Arbeiter, der ganz in den liberalen und nonkonformistischen (sektenreligiösen) Ueberlieferungen steht: Fortschritt, Freiheit, tiefe Frömmigkeit, aber auch Verachtung gegen alles, was über diesen Gedankenkreis hinausgeht. Er wurde zuweilen von Sozialisten als Verräter gestempelt, aber er konnte diesen Vorwurf nie begreifen. Broadhurst hat keine Spur von Klassenbewußtsein, er ist vielmehr überzeugt, daß die Arbeiter nur dann auf Erfolg rechnen können, wenn sie mit allen ihnen wohlwollenden Klassen zusammengehen! — Charakteristisch ist folgende Stelle aus seinem Briefe: „Ich fand, daß die Arbeiter in meinem Wahlkreis sehr intelligenter und weitherziger sind. Ihr einziger Wunsch war, daß ich den Sieg davontrage, und um zu siegen, war es — wie sie wohlweislich anerkannt haben — durchaus nötig, die Unterstützung aller Klassen zu erhalten. Obwohl ich in erster Linie ein Arbeitervertreter war, waren meine Arbeiterwähler zufrieden, daß ich die Wahl auf Grund allgemeiner politischer Fragen auskämpfte.“ —

## Parlamentarisches.

### Böle und Verbrauchssteuern.

Die Budgetkommission des Reichstags trat gestern in die Beratung der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern ein. Der Referent, Abg. Dr. Arendt, teilte mit, daß in den 11 Monaten vom 1. April 1905 bis 1. März 1906 501,6 Millionen Mark an Zöllen vereinnahmt worden sind, d. h. rund 110 Millionen Mark mehr, als in den zwölf Monaten des Etatsjahres 1904/05. Die Wirkung der Voreinfuhr, die monatlang vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs einsetzte, wird illustriert durch die Tatsache, daß in der letzten fünf Monaten vor dem 1. März d. J. die Zolleinnahmen 331 Millionen Mark, in der gleichen Zeit des Jahres zuvor nur 239 Millionen Mark betragen hatten. Die Steigerung der Zolleinnahmen durch die Voreinfuhr betrug in den angegebenen Monaten beim Weizen 13, Hafer 10, Gerste 1/2, Tabak 17 Millionen Mark; beim Tabak vermutlich in Anbetracht der von der Regierung geplanten Erhöhung des Zolls auf Tabak. Die Regierung schätzt die Zolleinnahmen für das Etatsjahr 1905/06 auf 500,7 Millionen Mark. Abg. Arendt glaubt aber, daß diese Summe wesentlich überschritten werden wird, so daß die Kommission ruhig 600 Millionen Mark in den Etat einsehen könne. Gegen diesen Vorschlag wendete sich der Abg. Erzberger (Z.), weil in Rückblick auf den Einnahmen speziell im nächsten Jahre durch die starke Voreinfuhr kommen werde. Ein Regierungskommissar gibt der Ansicht Raum: wenn die Summe von 500,7 Millionen Mark verändert werden soll, dann nur so, daß man eine niedrigere Ziffer in den Etat einsetze. Auch der Zentrumsabgeordnete Osel glaubt an eine Verminderung der Zolleinnahmen, weil die heimische Produktion durch die neuen Zollsätze erstarke und die Einfuhr von Ausland herabmindere. Genosse Singer erklärte sich namens der Sozialdemokraten für den Vorschlag Arendt. Vernünftigerweise könne gar nicht anders gehandelt werden, als diesen Vorschlag anzunehmen, während die Ablehnung das blanke Eingeständnis enthalten würde, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien mit dem Zolltarif Schiffbruch gelitten haben, der ja seinerzeit auch damit begründet worden ist, daß er höhere Zolleinnahmen bringen werde. Die Ausrube vom Schutze der heimischen Produktion und der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit sei hinfällig. Dem erstlich könne doch kein Mensch behaupten, daß z. B. die Landwirtschaft schon in den nächsten Jahren ihre Produktivität zu steigern imstande sein werde. Wahrscheinlich opponierte das Zentrum nur deshalb, weil seine Steuerpläne gestört werden, wenn durch Annahme des Arendtschen Vorschlags gezeigt wird, daß das Reich mit höheren, als im Etat vorgesehenen Zolleinnahmen zu rechnen hat. Aus dem sehr übel duftenden Steuerbudget könne dann die eine oder andere jamose Wunde herausgerissen werden. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Budgetkommission in der Regel immer Recht behalten hat, wenn sie höhere Einnahmen einsetzte. Auch in diesem Falle werde die Kommission Recht behalten, wenn sie statt 500 Millionen Mark 600 Millionen Mark in den Etat einsetzt. So habe die Regierung eindrucksvoll vor den Hoffnungen auf eine starke Voreinfuhr gewarnt; jetzt sei sie durch die Tatsachen genau so gründlich widerlegt worden, wie ihr das von der Sozialdemokratie vorausgesagt worden ist. Dieselbe Regierung, die früher nicht an eine starke Voreinfuhr glauben wollte, komme jetzt und behaupte, eben diese Voreinfuhr beeinträchtige in den nächsten Jahren die Zolleinnahmen. Das aber ist wiederum falsch, weil die Voreinfuhr nach Lage der Dinge gar nicht so stark sein kann, wie die Regierung glauben machen will; schon deshalb nicht, weil die Konjunkturen auf dem Markt ausgenutzt werden müssen, also niemand auf Jahre hinaus sich mit Waren versieht. Eine schwere Gefahr sei allerdings vorhanden. Wenn nämlich die von der Steuerkommission beabsichtigte Steuerpolitik weiter gefaßt und ausgedehnt werde, müsse die Konsumtionsfähigkeit der großen Masse der Bevölkerung zurückgehen, dadurch natürlich auch die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Ein Regierungskommissar betonte nochmals, daß die Voreinfuhr in nächster Zeit einen Rückschlag in den Einnahmen bringen werde. Für späterhin rechne jedoch die Regierung mit einer Erhöhung der Zolleinnahmen um 75 Millionen Mark. Unterstaatssekretär Töwe bestritt, daß die Kommission mit der höheren Einsetzung von Einnahmen meistens Recht behalten habe. Abg. Dr. Voss (natl.) sprach für den Vorschlag Dr. Arendt's. Abg. Singer bekämpfte die Regierung und das Zentrum, deren Verhalten darauf hinauslaufe, Steuern auf Vorrat zu bewilligen. Die Kommission stimme schließlich einem Antrage des Abg. Grafen Schwerin-Köwig (L.) zu, statt 500,7 Millionen Mark 550 Millionen Mark Zolleinnahmen in den Etat einzusetzen. — Die Einnahmen aus der Zuckersteuer sind, wie im Einjahre, auf 136 Millionen Mark veranschlagt. Hierzu hatte Abg. Göb v. Olenhusen diese Resolution gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen: 1. dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Zuckersteuer von 14 Pf. auf höchstens 10 Pf. für den Doppelzentner herabgesetzt wird; 2. bei den handelspolitischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika dafür Sorge zu tragen, daß der deutsche Zucker mit dem kubanischen Zucker wie überhaupt mit dem Rohrzucker auf dem amerikanischen Markte gleichgestellt werde.“

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller wurde die Weiterberatung auf nächsten Dienstag vertagt.

### Die Einkommensteuer angenommen.

Der Finanzreformkommission lag gestern folgender vom Zentrum eingebrachter Antrag zur Beschlußfassung vor:

„In Artikel 2 wird hinter Nummer 8 des Tarifes zum Reichs-Stempelgesetz folgende Nummer eingeschaltet: 9. Die Aufstellungen der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung über die Höhe der gesamten Vergütungen (Gewinnanteile, Lohntien, Gehälter, Tagelöhner, Reisegelder usw.), die den zur Ueberwachung der Geschäftsführung bestellten Personen (Mitgliedern des Aufsichtsrats) seit der letzten Bilanzaufstellung gewährt worden sind mit dem Steuerjahr 10 vom Hundert von der Gesamtsumme der Vergütungen. Westel sind Aufstellungen, nach denen die Summe der sämtlichen an die Mitglieder des Aufsichtsrates gemachten Vergütungen nicht mehr als 5000 M. ausmacht.“

Raden führt zur Begründung dieses in erster Lesung abgeleiteten Antrages aus, daß er und seine Freunde bei der früheren Diskussion den Eindruck empfanden hätten, die Mehrheit der Kommission habe ihn nur aus formalen, aber nicht grundsätzlichen Bedenken abgelehnt. Bei ernstlich die tragfähigen Schultern belasten wolle, müsse für den Antrag stimmen, dem jede Härte fehle, da er nur Nebenmaßnahmen aus mangelhaftem Erwerb treffe, und da sei auch eine Steuer von 10 Prozent nicht zu hoch. Demgegenüber weist Büsing (natl.) darauf hin, daß eine solche Steuer doch nichts anders sei als ein Zuschlag zur Einkommensteuer des davon Betroffenen, immerhin nur kleinen Personenkreises. Dabei sei zu berücksichtigen, daß diese Personen von diesem Einkommen schon ihre Einkommensteuer an Staat und Kommune entrichtet haben. Nun sollen sie auch noch zum drittemal für das Reich um gleich mit einem Steuerzuschlag getroffen werden, mindestens zweimal so hoch wie die höchste Staatseinkommensteuer in Deutschland. In Mecklenburg würde danach die Gesamteinkommensteuer für ein Aufsichtsratsmitglied sich auf 33 Pf. stellen.

Für den Antrag trat außer einigen Unterzeichnern nur der Antihemit Raab bedingungslos ein, ihn als „populär“, „Alt ausgleichender Berechtigung“, „den öffentlichen Wünschen entsprechend“ in allen Lokaten preisend.

Unsere Genossen Geier und Wollenbucht vertraten demgegenüber den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie: Einführung einer direkten Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, Ausdehnung der Erbschaftsteuer-Vorlage entsprechend den dazu von uns eingebrachten Anträgen. Die alle anderen von der Kommission beschlossenen indirekten Steuern nur den Zweck haben, den mangelhaften Erwerb der bei einer Erbschaft zum Ausdruck komme, nach

Möglichkeit zu schonen usw. nur im Interesse der Besiegten, so solle die Lantiensteuer als ganz besonderes Parade-Demonstrationsstück dienen. Wo ist die Grenze zwischen mäßigem und mäßigem Erwerb in unserer kapitalistischen Gesellschaft? Sollte man in der Tat die tragfähigen Schultern be- und die schwächeren entlasten, so dürfte man nicht bei den paar hundert oder tausend Aufständigen stehen bleiben, sondern das Einkommen aller Reichsangehörigen in progressiver Weise besteuern, dann würden außer jenen auch alle anderen mit großen Einkommen aus mehr oder minder mäßigem Erwerb getroffen. Aus diesen Gründen lehnen die Sozialdemokraten auch diesen Antrag des Zentrums ab.

Auf die Frage des Genossen Weher, wie hoch der finanzielle Effekt veranschlagt werde, nennen die Antragsteller die Summe von 10 bis 12 Millionen Mark pro Jahr.

Gegen den Antrag erklärt sich auch Dr. Biemer (fr.), der darin nur eine verschleierte, exorbitant hohe Einkommensteuer erblickt. Von Seiten der Regierung erklärt der Reichsfinanzminister v. Stengel, daß wenn die Kommission diesem Antrage zustimme, die Regierung kaum etwas dagegen einzuwenden habe.

Im Laufe der Debatte waren verschiedene Abänderungsanträge eingegangen. So der, im ersten Abiag die Worte „Tagegelde und Reisegelder“ zu streichen, damit nicht jemand auch noch seine eigenen Ausgaben versteuern müsse, was sonst der Fall sei, wenn die Worte stehen bleiben. Dementsprechend wurde auch beschlossen. Ferner war beantragt worden, statt 10% zu setzen 8%. Auch dieser Antrag wurde und zwar mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Abgelehnt wurde der Antrag, die Befreiung von der Steuer auf eine Lantiensteuer von 10000 M. auszudehnen, aber hinzugefügt, daß die Lantiensteuer von über 5000 M. nur die überschüssige Summe zu versteuern sei.

Der also abgeänderte Antrag wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen und des Volens angenommen.

Zum Schluß gab der Vertreter der Polen Graf Mielczewski die Erklärung ab: Daß er bei der in der Sitzung zuvor vorgenommenen Abstimmung über die Fahrkartensteuer gefehlt habe, sei die Folge eines schweren Krankheitsfalles in seiner Familie. Wäre er anwesend gewesen, so würde er gegen die Steuer gestimmt haben. Höchstwahrscheinlich aber würde das Resultat jedoch das gleiche gewesen sein, da im Falle seiner Anwesenheit die konservativen sich schwerlich den Luxus erlaubt hätten würden, dagegen zu stimmen. Ganz erregt erklärt darauf Dietrich (L.), daß er auf jeden Fall dagegen gestimmt haben würde, und die Abstimmung im Plenum werde zeigen, daß die große Mehrheit seiner Freunde nicht mit dem Beschlusse einverstanden sei.

In der nächsten Sitzung am Dienstag soll die Zigarettensteuervorlage zum Abschluß gebracht werden.

#### v. Brockhausens Wahl erklärt.

Gegen die Wahl des Abg. v. Brockhausen (L.), Wahlkreis Belgard-Dramburg-Schivelbein, war auf Grund eines umfangreichen Protestes vom Reichstag Beanstandung und Beweis-erhebung über eine große Reihe von Beeinflussungen beschlossen worden, die nach dem Protest vom Landrat ausgingen. Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher, Schullehrer usw. waren eifrig für die Wahl Brockhausens tätig. Die Beweishebungen haben stattgefunden. Die Akten sind an die Wahlprüfungskommission zurückgelangt. In ihrer gestrigen Sitzung wurde auch festgestellt, daß ungescheitliche Handlungen vorgekommen sind. Die Mehrheit der Kommission hielt indes dafür, daß die zweifellos nachgewiesenen Ungescheitlichkeiten keinen Rückschlag auf weitere Ungescheitlichkeiten im Kreise zuließen, und rechnete heraus, daß trotz der bewiesenen Unregelmäßigkeiten die Wahl Brockhausens zu Recht bestehe. Sie beschloß, dem Plenum Gültigkeitserklärung der Wahl vorzuschlagen.

## Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage).

### Verstoß gegen Berggesetzliche Bestimmungen.

Wie wir mitteilten, hatte der Bergrat Fuchs in der zur Beratung des Entwurfs einer Maß- und Gewichtsordnung eingesetzten Reichstagskommission bestritten, die detaillierten Angaben des Genossen Sachsé könnten zutreffen, daß noch jetzt in Bergwerken, selbst in staatlichen, ungescheitliche Förderwagen benutzt würden, da dies ja gegen das Berggesetz verstoße. In der letzten Sitzung der Kommission mußte nunmehr die Regierung zugeben, daß in der Tat die Angaben des Genossen Sachsé der Wirklichkeit entsprechen. Ueber die Sitzung geht und folgender für die Notwendigkeit reichsgesetzlicher Vorschriften der Eicheung sprechende Bericht zu:

Zu § 6 des Berggesetzes war der sozialdemokratische Antrag gestellt, vorzuschreiben, daß auch nur geeichte Förderwagen und Fördergefäße im Bergwerksbetriebe, sowie nur geeichte Mehrgänge in den Zementfabriken benutzt werden dürfen. Bei der in der Dienstagssitzung fortgesetzten Debatte über diesen Antrag legte Genosse Sachsé an der Hand reichhaltigen neuen Materials dar, daß auf einem großen Teil Zechen ungeeichte Förderwagen und Mehrgänge vorhanden sind. Von den von ihm versandten Fragebogen sind bis jetzt 48 eingegangen, die mehr oder weniger die Tatsache konstatieren, daß durch Nichtbeachtung die Bergarbeiter betrogen werden. Sodann wendet er sich gegen den konservativen Antrag, dem § 6 zuzufügen: „Automatische Mehrgänge und Wagen in Genossenschafts-Mollereien, Drehereien und Zementfabriken, soweit sie nur zur Verteilung der Mühlstäube an die Genossen dienen, sind von der Eicheung ausgenommen.“

Dieser Antrag sei nicht anwendbar. Mit demselben Recht wie die automatische Wagen und Mehrgänge für die genossenschaftlichen Mollereien und Zementfabriken von der Eicheungspflicht entbunden werden sollen, können auch die Konsumvereine das Recht für sich in Anspruch nehmen. Die Konsumvereine verlangen das gar nicht. Bei allen Gelegenheiten ist es die Landwirte, oder richtiger die Groß- und Kleinfürher, die unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit eine Ausnahmestellung beanspruchen. Ebenso bekämpfte er den Antrag v. Bernstorff (fraktionslos), der für die forstwirtschaftlichen Arbeiter Ausnahmen vom Eicheungswang verlangt. Auch der Antrag der Nationalliberalen, der die Eicheung auf den „öffentlichen Verkehr“ beschränken will, ist nicht annehmbar. Würde dieser Antrag angenommen, dann würde die Vorlage nur noch Wert für den Handel haben. — Bergrat Fuchs erklärt: Die Mitteilungen des Herrn Sachsé über die ungescheitlichen Wagen auf Amalien-Zeche haben sich bestätigt und ist sofort vom Minister das nötige veranlaßt worden. Er bitte den Abg. Sachsé, ihm das eingegangene Material zu überlassen oder ihm die Zechen mitzuteilen, wo ähnliche Zustände herrschen, es würde dann sofort gegen die Zechen eingeschritten werden. Direktor vom Reichsamt des Innern von Jougouidres wendet sich gegen die Anträge der Konservativen und Nationalliberalen: je mehr Ausnahmen zugelassen werden, desto mehr sichere man das Eingreifen der Polizeibehörden. Es sei doch wohl endlich an der Zeit, mit den alten Maschinen und Gewichtsaufzuräumen. Nunmehr wird die Sitzung auf Donnerstag, den 29. März vertagt.

Verhinderte Kennzeichnung der Leuchtmaschinen. Seit einiger Zeit schien es in Berlin Praxis werden zu wollen, daß die Polizeibeamten beim Umtausch der Invalidentaxen auf der Vorderseite der Karte nähere Bezeichnungen, als Schloffer in einer elektrischen Fabrik, Arbeiter in einem Theater usw. machten. Besonders zeichnete sich darin das zustehende Polizeirevier der A. C. G. in der Deumen-

straße aus. Die Arbeiter dieses Reviers empfanden diese Art der Aufschrift namentlich angefaßt der vorjährigen großen Aus-sperrung als Kennzeichnung. Das ist auch verständlich. Denn es gibt wenige solcher elektrischer Betriebe. Sie riefen eine Versammlung zusammen, um gegen diese Art zu protestieren. Der hinzugezogene Gewerkschaftssekretär legte die gesetzliche Unzulässigkeit dar und empfahl eine Beschwerde an die Landesversicherungs-Kommission. Auf diese Beschwerde erhielt der Vertreter des Arbeiter-Kassenschusses Wegner unter dem 6. März 1906 folgende Antwort: „Wir benachrichtigen Sie hierdurch, daß die hiesigen Polizeibehörden nach einer Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten angewiesen worden sind, bei Ausfertigung von Leuchtmaschinen Zusätze zum Verus, welche die Arbeitsstellung des Versicherten kennzeichnen, in Zukunft nicht mehr zu machen. Landesversicherungsanstalt Berlin.“ Damit haben die Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft diese Praxis für die Zukunft verhindert.

Ein Schwabenstreik. In Kempten (Schwaben) hat ein Arbeitgeber einen Arbeiter ohne Einhaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen, nachdem er erfahren hatte, daß der Arbeiter nicht mehr in die Kirche gehe. Zur größten Verwunderung des frommen Mannes hat ihn nun das Gewerbegericht zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 28 M. verurteilt. Ist nicht nun gar das Gewerbegericht eine gottlose Einrichtung?

## Gewerkschaftliches.

### Unpraktisches Christentum.

Der „Grundstein“, das Organ des Maurerverbandes, erzählt eine merkwürdige Geschichte über die Tätigkeit von Geistlichen als — Streikbrecheragenten!

In Ostrowo, in der Provinz Posen, haben sich die beiden dort bestehenden Maurerorganisationen, nämlich der Zweigverein des Verbandes und die polnische Maurervereinigung zusammengeschlossen, um den Unternehmern Forderungen bezüglich des Lohnes und sonstiger Kategorien zu unterbreiten. Die Forderungen der Maurer sind sehr bescheiden: sie fordern 35 Pf. Stundenlohn. Die Unternehmer haben auf die schriftliche Einreichung der Forderungen nicht reagiert. Das mußte die Maurer in Erstaunen setzen, denn nach Lage der Sache könnten die Unternehmer gar nichts Klügeres tun, als die Forderung in aller Ruhe zu bewilligen. Statt dessen antworteten sie aber nicht einmal auf das Schreiben der Lohnkommission. Es ist nun ermittelt, was den Unternehmern so sehr den Rücken starrt:

Zwei Geistliche haben den Unternehmern geraten, die Forderungen nicht zu bewilligen, sie würden ihnen willige und billige Arbeitskräfte im Ueberflus verschaffen. Diese beiden würdigen Vertreter der christlichen Kirche sind die Herren Pastor J. Rosenberk in Latowiz, Post Langenheim, und der Superintendent Parhausen in Ostrowo. Der wackere Rosenberk hat schon etliche Erfahrung in der Anwerbung fremder Arbeitskräfte; er ist aktiv tätig gewesen bei dem Import der Russen usw. nach den rheinisch-westfälischen Industrieorten. Auch die in Ostrowo benötigten arbeitswilligen Maurer sollen aus Rußland bezogen werden. Augenblicklich ist der Pastor damit beschäftigt, russische Arbeiter als „Ansiedler“ nach Deutschland zu führen. Es wäre nun sehr interessant zu wissen, wer diese zwei ehrwürdigen Herren für ihre Tätigkeit bezahlt; der „Grundstein“ ist aber leider darüber nicht unterrichtet.

Die beiden geistlichen Herren üben eine ihrer Kirche sehr gefährliche Tätigkeit aus! Nicht nur, daß sie die Arbeiter jener noch streng orthodoxen Gegend gegen die Kirche aufbringen, sie widerlegen auch praktisch die angeblichen Wahrheiten der Bibel: Indem sie sich in den Dienst des Kapitals stellen, beweisen sie, daß man doch Gott dienen kann und dem Mann!

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Mechaniker! Die Sperre für Mechaniker bei den Deutschen Telephonwerken, Zeughoiststraße, wird hiermit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

### An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend!

Die selbständigen Barbier des Nordens haben beschlossen, die vom Verband der Friseurgehülfen herausgegebene Kontrollkarte, welche als Ausweis dessen dient, daß die Forderungen der Gehülfen bewilligt sind, nicht mehr sichtbar im Laden anbringen zu lassen. Als Grund wird angeführt, daß sich die Kundschaft dadurch belästigt fühlt. Der wahre Grund ist natürlich nur der, daß man die gemachten Bewilligungen zurückziehen will. Die Kontrollkarte ist vom unterzeichneten Verband eingezogen bei: Kirch, Seidenerstr. 26; Poppel, Admiralstr. 18a und Henning, Forsterstraße 43. Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Der Vorstand.

Der Streik in der Schüttmühle zeitigt allerlei Kuriosos. Die Herren aus dem Kontor finden es nicht unter ihrer Standeswürde, ihren streikenden Mitarbeitern in den Rücken zu fallen, indem sie sich, angehen mit den langen Ärmeln der Steuerbeamten, fleißig an der Meldeausgabe beteiligen. Anstatt sich mit den Arbeitsbrüdern solidarisch zu erklären, hilft das, den gerechten Kampf in die Länge zu ziehen. — Ein Aufzug zum Götterdarmen ist regelmäßig früh 6 Uhr und abends 7 Uhr zu sehen. Da werden die Hausbesitzer, zwei Mann hoch (!) von Duschbaker, geheimen und uniformierten Beamten eskortiert, durch die Stromstraße, neuerdings Al-Pracht, von und nach der Arbeitsschleife gebracht. Durch allerhand Mühen glaubt man die Ausständigen graulich machen zu können. So hat man gestern den ihre Krankenbücher Abfordern ihre Entlassung angeboten, welche ausnahmslos angenommen wurde. — Eigentümlich und wunderbar muß es erscheinen, daß eine Millionenfirma alte, erprobte Arbeiter, welche zum Teil 20 Jahre im Betriebe gearbeitet haben, kosten Mutes zu dem schwersten Schritt, zum Streik greifen läßt, weil diese es wagen, eine Bulage von 5 Pf. pro Stunde zu fordern. Die Berliner Victoria-Mühle zahlt seit zwei Jahren Löhne von 25,50 bis 28,50 M., die Salomon-Mühle von 24 bis 31 M., die Vertheim-Mühle von 23, 27,50 bis 31,45 M. pro Woche. Die schwer reiche Firma Schütt, der ganze Häuserblock in Roabit geborgen und die immer mehr dazu läuft, ist es nicht möglich, ihre derzeitigen Löhne von 21 bis 24 M. um 3 M. pro Woche zu erhöhen. — Arbeitswillige, außer den zwei Hausbesitzern, sind nicht zu verzeichnen und ruht der Betrieb nach wie vor vollständig. — In unserer Notiz vom Mittwoch ist uns insofern ein Fernum unterlaufen, daß nicht Nichtkassierer es waren, welche sich an ihnen nicht zühenden Arbeiten beteiligten, sondern Getreidefutcher, und zwar sollen diese nicht organisiert sein. Der Zugug ist nach wie vor ferngehalten.

Der Streik der Möbeltransportarbeiter, Packer und Kutscher von der Firma A. Schäfer ist beendet. Am Donnerstagnachmittag haben wiederholt Verhandlungen zwischen der Lohnkommission und dem Inhaber der Firma, Herrn Leuschner, ohne Teilnahme eines Verbandsvertreters stattgefunden, welche schließlich zu

einer Einigung auf folgender Grundlage führten: Die angestellten Packer und Kutscher erhalten einen Lohn von 26 M., die Expeditions-kutscher von 22 M. pro Woche. Die Auszahlung des Lohnes findet am Freitag statt. Die Arbeiter erhalten einen Lohn von 4,50 M. pro Tag (früher 4 M.) und während der scharfen Zeit, d. h. vom 26. März bis 5. April resp. vom 26. September bis 5. Oktober eines jeden Jahres 5 M. pro Tag. Die Hilfskutscher und Hilfs-packer erhalten 4,50 bis 5 M. pro Tag. Für das Transportieren von Geldschranken wird je nach den in Frage kommenden Schwierigkeiten, unter welchen die Transporte ausgeführt werden müssen, eine Extravergütung von 3 M. und mehr gewährt. Außerdem sind die Spezialeinrichtungen bei Transporten nach außerhalb für alle Beteiligten zur Zufriedenheit geregelt worden. Die Abmachungen sind schriftlich festgelegt und von der Firma sowohl, als auch von den Kommissionsmitgliedern unterschrieben worden, und zwar mit der Maßgabe, daß Wahregelungen nicht stattfinden dürfen. Daraufhin nahmen die Streitenden am Freitagmorgen die Arbeit einmütig wieder auf.

### Deutsches Reich.

Die Zigarettenarbeiter haben allen Anlaß, bei Arbeitsangeboten die Augen aufzusperren, ob man ihnen nicht etwa Streikarbeit anbietet. In Hannover sind bei der Firma „Constantia“ Differenzen ausgebrochen, die zu Entlassungen geführt haben. Dem Anschein nach will man die Organisation vernichten. Die vorgenannten Entlassungen stehen anscheinend in Zusammenhang mit der Warnung, die vor kurzem der „Vorwärts“ und der „Tabakarbeiter“ brachten. — Gleichzeitig wird noch gemeldet, daß auch die „Türkische Zigaretten-Co.“ (H. Berris), 58, Marlborough Str. London W., ihre organisierten Arbeiter ausgesperrt hat. Deutsche Tabakarbeiter, denen Arbeitsangebote, sei es vom Inland, sei es vom Ausland, gemacht werden, haben also alle Veranlassung, sich in allen Fällen erst davon zu informieren, ob man sie nicht etwa als Streikbrecher mißbrauchen will.

### Aus den Bergarbeiterbezirken Zeitz-Weißenfels und Meuselwitz.

Die nächste Woche kann die Entscheidung bringen, ob es hier zum Kampf kommt oder nicht. Die Grubenbesitzer haben sämtliche Forderungen abgelehnt. Es sandten an die Fiskuskommission der Bergleute 25 Werke Antworten dahingehend, daß sie mit der Kommission überhaupt nicht verhandeln. Mehr Gruben haben gar nicht geantwortet. Dagegen erschienen in den hiesigen Zeitungen der in Betracht kommenden Bezirke längere Artikel, in denen die Forderungen der Arbeiter einzeln heruntergemacht und samt und sonders als nicht annehmbar bezeichnet wurden. Die Werkbesitzer wollen vor allem die Kommission und den Verband der Bergarbeiter nicht anerkennen, dagegen kommen sie selbst zusammen und beraten sich über zu unternehmende Schritte. So hat am 17. März im Hotel Hauße in Leipzig eine Sitzung der Werkbesitzer stattgefunden, bei der 41 Werke vertreten waren. Es wurden da — laut Protokoll — folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es soll nur mit den Belegschaften verhandelt werden, in keinem Fall mit dritten Personen.
2. Es soll seitens der Gruben kein Anschlag (in den Zeitungen) gemacht werden, daß man überhaupt verhandeln wolle.
3. Zeitungsartikel sollen nicht vom Bergbau-lischen Verein unterzeichnet werden. (Es soll also immer so aussehen, als wenn die Zeitungsnotizen von anderer Seite kämen. D. M.)
4. Eine Verkürzung der Arbeitszeit über Tage darf nicht stattfinden.
5. Ein Mindestlohn ist unter keinen Umständen zu zahlen.
6. Abänderungen in der Arbeitsordnung dürfen nicht stattfinden, ehe darüber nicht eine Befürwortung herbeigeführt ist.
7. Die Sperren bleiben weiter bestehen. (M.)
8. Die Organisation wird unter keinen Umständen anerkannt.
9. Sollten neue Forderungen von den Arbeitern aufgestellt werden, so haben die Werke sofort eine neue Zusammenkunft, um darüber zu beraten.

Man sieht also, daß die Bergwerksbesitzer in ihrer Organisation gemeinsam handeln, den Arbeitern wollen sie gleiche Rechte nicht zuerkennen. Am Sonntag, den 23. d. M., finden in den beiden Bezirken etwa 18—20 Versammlungen statt, in denen die Arbeiter über die Antworten zu befinden haben und die Entscheidung treffen. Nach Lage der Sache kommt es zum Kampf, da die Arbeiter überall gewillt sind, die elenden Verhältnisse, unter denen sie leben müssen, wenigstens zum Teil zu beseitigen.

Die Maschinisten und Pelzer auf den Gruben haben sich der Bewegung angeschlossen und gleichfalls Forderungen gestellt. Man erwartet von den Metallarbeitern, daß sie Solidarität üben.

### Ausland.

#### Gärtnerstreik im Seine-Departement.

10000 Gehülfen der Gemüse- und Blumen-gärtner in den Departements Seine und Seine-et-Oise sind wegen verteilte Lohn-erhöhung in den Ausstand getreten.

#### Eingegangene Druckschriften.

Karl Pieper. Bände Regierungen und technische Schwenkblätter. 33 Seiten. Preis 1,50 M. — Verlag Hugo Steinig, Berlin SW. 68.  
Spectator. Berliner Klub. Band 25 der Großstadt-Dokumente. Preis 1 M. Verlag, H. Hermann Neßing, Berlin-Charlottenburg.  
Blut. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernbard). 12 Hef. Abonnements (einschließlich der Klausur-Beilage) vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag, Berlin-Charlottenburg, Gochstraße 69.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Jugentleistung.

München, 28. März. (W. D.) Auf der Linie Passau-Woding ist der Zug 78 zwischen Station Reulsdorf a. d. Inn und Fürstfeld bei Kilometer 16 aus unbekannter Ursache entgleist. 2 Personen wurden getötet, mehrere Personen, darunter der Zugführer, wurden verletzt.

### Vertrauen.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Bei der Beratung des Finanzgesetzes spricht Mouches-Alex über das Flottenprogramm und fragt, ob man bedacht habe, welche Folgen die Vermehrung der französischen Seestreitkräfte haben werde. Generalberichterstatter Pierre Baudin erklärt, es sei jetzt nicht der Augenblick, über diese Frage eine Erörterung anzustellen. Mouches-Alex fährt trotz des Widerspruchs des Hauses in seinen Ausführungen fort und sagt: Ein Hauch des Wahnsinns geht durch die Kammer. Wenn wir Defizit haben, so haben wir sie, weil wir ungezählte Millionen in den Schatz des Kriegs- und des Marinebudgets werfen. Marineminister Thomson erklärt darauf, er wolle nicht von neuem in eine Diskussion über das Flottenprogramm eintreten, er müsse aber wiederholen, daß eine Vermehrung der Seestreitkräfte absolut notwendig sei. Der Oberste Marineat hat besonders anerkannt, daß die deutsche Flotte mehr große Panzerschiffe habe als die französische. Von den Mächten werde die Zahl ihrer Geschwader vermehrt und besonders deren Displacement vergrößert.

Reichstag.

78. Sitzung vom Freitag, den 23. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Erdbrunn zu Hohenlohe.

Die zweite Beratung des Kolonialgesetzes wird beim Etat für Togo fortgesetzt.

Abg. Ledebour (Soz.):

An dem Etat von Togo interessieren uns hauptsächlich die Maßregeln, die von der Kolonialverwaltung ergriffen sind, um die Regeregen die Ausbeutung durch die Plantagen- und sonstigen Spekulationsgesellschaften zu schlingen. Die Maßnahmen geschahen auf unsere Anregung hin. Wir hatten im Jahre 1904 beantragt, daß die Togolandgesellschaft, die in Togo etwa 100 000 Hektar für den recht billigen Preis von 8 Pf. pro Hektar von den Regern erworben hat, durch die Kolonialverwaltung gezwungen werden sollte, das Land gegen Rückerstattung der wirklichen Kosten den Regern wieder zur Verfügung zu stellen. Unser Antrag wurde damals vom Reichstage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Aber die Kolonialverwaltung hatte sich davon doch überzeugt, daß es notwendig sei, Maßnahmen zum Schutze der Eingeborenen zu treffen, und setzte eine Kommission ein, welche mit der Untersuchung der Verhältnisse bei den dortigen Stämmen beauftragt wurde, und mit der Untersuchung der Frage, ob sich nicht etwas von dem Land zugunsten der Regeregen zurücknehmen ließe. Diese Kommission hat sehr günstige Resultate gehabt. Sie hat größere Komplexe Land, die nominell bereits der Togolandgesellschaft gehörten, für die Regeregen zurückgegeben. Ihre Untersuchung hat sich allerdings nur auf die Landschaft Fombo erstreckt. Hier aber ist den Regern der größte Teil der Ländereien wieder zurückgegeben worden, so daß der Togolandgesellschaft hier nur noch 650 Hektar geblieben sind. Es ist dadurch den dortigen Stämmen, die etwa 15 bis 18 000 Köpfe zählen, wieder ein Auskommen ermöglicht worden. Aber man darf sich nicht der Ansicht hingeben, als ob die Landgesellschaft nunmehr ganz zurückgedrängt sei. Auch jetzt hat sie noch ein glänzendes Geschäft gemacht. Denn sie hat für die 650 Hektar nur 450 M. bezahlt. Das macht 70 Pf. für den Hektar! Das ist noch immer ein außerordentlich billiger Preis, besonders wenn man bedenkt, daß Togo ein dicht besiedeltes Land ist, dichter als manche Teile Deutschlands. Das Land liegt noch obendrein in demjenigen Gebiet, welches durch die Eisenbahn durchschnitten wird. Wenn wir also auch anerkennen können, daß durch die Kommission im Interesse der Regeregen viel getan ist, so hätte man der Gesellschaft doch mehr Land abnehmen müssen, wollte man gerecht sein. Ferner müßte die Kommission, welche bis jetzt nur in der Landschaft Fombo in Tätigkeit getreten ist, auch noch in anderen Landschaften arbeiten. Wir können es mit einer gewissen Genauigkeit konstatieren, daß es gerade die Aktion der Sozialdemokraten gewesen ist, die ein solches Verfahren in die Wege geleitet hat, wir hoffen aber, daß wir bei späteren ähnlichen Gelegenheiten eine Unterstützung bei der Majorität des Hauses finden werden, — daß man uns nicht wieder im Stich läßt. Eine gewisse Verechtigung dazu schöpfe ich daraus, daß seitens verschiedener Parteien die Lieberzeugung ausgesprochen ist, daß es im Interesse der Kolonialpolitik liegt, Eingeborenenkulturen zu fördern. So hat zum Beispiel der Abg. Hagemann kürzlich ausgesprochen, daß die Zukunft unserer beiden westafrikanischen Kolonien auf dem Gebiete der Eingeborenenkulturen liegt. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Zum Teil!) Nun, Sie meinen zum Teil, wir meinen ausschließlich. Aber wir sind doch darin einig, daß die Eingeborenenkulturen gefördert werden müssen. So weit ich den Regierungsvertreter richtig verstanden habe, so sollen selbst noch in der Landschaft Fombo Versuche gemacht werden, weiter im Interesse der Regeregen der Gesellschaft Ländereien abzunehmen. Ich richte nun an die Regierung die Frage, wie die Ländereien, die der Togolandgesellschaft geblieben sind, gelagert sind. Ich vermute, daß sie mitten von der Eisenbahn durchschnitten werden. In diesem Falle aber liegt die Gefahr nahe, daß das Reich selbst später durch die Spekulation der Gesellschaft geschädigt wird. Und ich spreche den Wunsch aus, daß auch in den andern Landschaften, in denen der Togolandgesellschaft noch etwa 50 000 Hektar nominell gehören, nach Möglichkeit die Ländereien in den Besitz der Regeregen zurückgeführt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvert. Kolonialdirektor Prinz zu Hohenlohe: Ich konstatiere, daß die Togolandgesellschaft selbst es gewesen ist, welche eine Nachprüfung ihrer Verhältnisse beantragt hat. Die erste Anregung zu einer solchen Nachprüfung geschah durch Angriffe, welche hier im Reichstage am 25. April 1904 gegen die Togolandgesellschaft gemacht sind, und zwar zuerst durch den Abgeordneten Dossbach. Ueber die Tätigkeit der Kommission hat der Vordredner schon Auskunft erteilt, ich glaube, dem nichts hinzuzufügen zu müssen. Nur in einer Hinsicht muß ich den Herrn Vordredner berichtigen. Der Abgeordnete Ledebour meinte nämlich, die Gesellschaft habe für 650 Hektar, die sie jetzt noch in der Landschaft Fombo besitzt, nur 450 M. bezahlt. Das ist nicht richtig. Die Togolandgesellschaft ist der zweite Rechtsnachfolger des ursprünglichen Erwerbers. Im ganzen sind für ihre Ländereien in ganz Togo 220 000 M., das heißt über 2 M. pro Hektar bezahlt worden. Für die Ländereien, welche die Togolandgesellschaft jetzt noch in der Landschaft Fombo besitzt, hat sie über 8 M. pro Hektar bezahlt. Was die Eisenbahn betrifft, so berührt sie allerdings das Gebiet der Togolandgesellschaft in einer Plantage. Die Kommission hat ihre Arbeiten noch nicht auf andere Gebiete ausdehnen können, weil ein Teil ihrer Mitglieder erkrankt ist. Es sind hervorragend tüchtige Männer, und ich kann die Hoffnung aussprechen, daß sie später ihre Tätigkeit in legendärer Weise fortsetzen werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Baasche (nall.): Der Abg. Ledebour scheint nach seinen Ausführungen mit der Regulierung der Angelegenheit der Togolandgesellschaft im großen und ganzen zufrieden zu sein. In der Tat ist es hier gelungen, einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Eingeborenen und der Gesellschaft zu finden. Ich möchte nur wünschen, daß auch in unseren anderen Kolonien ein derartiger billiger Interessenausgleich sich bemerklich machen lassen möge. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.) stimmt den Ausführungen des Vordredners zu. Der Plantagenbau ist nicht zu entbehren; er ist die Voraussetzung für eine ausgiebige Förderung des Landbaues unter den Eingeborenen.

Abg. Ledebour (Soz.): Ich muß den Ausführungen des Herrn stellvertretenden Kolonialdirektors entgegenreden. Er meinte, es wären den Regern 2 Mark pro Hektar gezahlt worden. Keine Berechnung aber, wonach durchschnittlich etwa 6 Pfennig gezahlt sind, ist durchaus zuverlässig. Herr Kolonialdirektor Stübel hat uns damals mitgeteilt, daß für circa 50 000 Hektar 2700 Mark gezahlt seien. Bei der Landschaft Fombo sind sogar für 4200 Hektar nur 440 Mark, also etwa 10 Pfennig pro Hektar gezahlt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Erdbrunn zu Hohenlohe: Die Zahlenangaben des Herrn Ledebour sind durchaus richtig, sie beziehen sich aber auf die Preise, die der ursprüngliche Käufer Scholto-Douglas gezahlt hat. Ich hatte angenommen, er wünschte zu wissen, was die jetzige Togolandgesellschaft gezahlt hat.

Abg. v. Böhndorff (Rp.) bezeichnet Togo als eine sehr zukunftsreiche Kolonie und regt an, Versuche mit Automobilen zur Erschließung des Innern anzustellen.

Stellvert. Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe stellt Erdbrunn die Wünsche des Vordredners in Aussicht. Ein höherer Fortschritt ist auf dem Wege nach Togo, um den Waldreichtum des Landes nach wissenschaftlichen Prinzipien zu erschließen.

Hiermit schließt die Debatte. Der Etat wird bewilligt. Der Rest des Etats für Togo wird debattelos bewilligt.

Es folgt der Etat für Südwestafrika.

Hierzu liegt eine Resolution Graf O. v. Helldorf und Genossen (Z.) vor, die den Reichskanzler auffordert, sofort eine Lösung derjenigen Verträge herbeizuführen, die über die Lieferungen für die Schutzgebiete von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes abgeschlossen worden sind und über die Dauer eines Staatsjahres hinausgehen.

Ein Antrag Dr. Arendt und Genossen (Rp.) will an Stelle des Wortes „sogleich“ setzen: „an dem ersten rechtlich zulässigen Zeitpunkt“ und folgen dem Satz hinzufügen:

„Bis zum Ablauf der Verträge aber auf eine Ermäßigung der Preise für die vereinbarten Lieferungen durch gütliche Vereinbarung hinzuwirken.“

Abg. Lattmann (wirtsch. Bgg.) meldet einen Antrag auf Zurückverweisung des Kap. 2 der einmaligen Ausgaben (Ausgaben aus Anlaß des Eingeborenenanstandes), bei welchem die Kommission 15 Millionen gestrichen hat, an die Budgetkommission an. — Von allergrößter Wichtigkeit wird die Mischlingsfrage in Südwestafrika werden. Viele Vereine lassen schon jetzt halbweiche Kinder nicht zu. Auch der Windhuker Schulverein hat in Gegenwart des Gouverneurs einen solchen Beschluß gefaßt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung recht bald zu dieser Massenfrage Stellung nehmen möchte. Im Gegenstande zu den romanischen Völkern, die darauf wenig Wert legen, haben die germanischen Völker stets mit Energie gegen das Ueberwiegen der Mischlinge im Interesse der Rassen-erhaltung Stellung genommen. Die Einziehung des Stammeslandes der Eingeborenen durch kaiserliche Verordnung ist als Raub an den Eingeborenen bezeichnet worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Mit Recht!) Ganz mit Unrecht, denn die Eingeborenen waren mutwillige Empörer. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wir bitten um Klärung, was mit den 210 000 Quadrat-Kilometer beschlagnahmten Stammesland geschehen soll. Vielleicht sind Domänen anzulegen, ein Teil könnte auch den Mannschaften, die dort zu bleiben beabsichtigen, gegeben werden. Sehr wichtig wäre der Bau einer Bahn Windhuk-Robohet, die auch in militärischer Hinsicht bedeutungsvoll wäre.

Erdbrunn Hohenlohe kommt auf die Anfrage betreffend der sogenannten Vurenberührung zurück. Nach eingezogenen Ermündigungen ist die Richtigkeit der Windhuker Nachrichten von einem Vurenkomplott, das einen Handstreich gegen Windhuk und anderen Orten und womöglich die Zerstörung der ganzen Kolonie vom Deutschen Reich zum Ziele gehabt haben sollte, hart übertrieben gewesen. Es sind verschiedene Vuren mit Gefängnisstrafen von fünf, zwei und einem Jahr bestraft worden. Es hat sich um keine politische Verwirrung gehandelt, sondern um den Versuch, eine Kolonne auszurauben, die Deckungsmannschaften zu töten und die gestohlenen Güter über die englische Grenze zu bringen.

Das von den Eingeborenen auf Grund der Verordnung beschlagnahmte Stammesland wird einerseits verwendet werden, um den Eingeborenen Gelegenheit zu geben, ihren Lebensunterhalt zu fristen und andererseits soll es zum Besten der Ansiedler verwandt werden. Die Eingeborenen sollen sogenannte Reserverate und Dotationen erhalten, d. h. Gebiete, um ihr Vieh weiden und Landwirtschaft treiben zu können. Entweder im Anschluß an weiße Ansiedlungen, sodas die weißen Ansiedler sich aus diesen Eingeborenenreservaten ihre Arbeiter beziehen können, oder für diejenigen Eingeborenen, welche sich nicht für Arbeit im Dienste der Weißen eignen, womöglich im Anschluß an die Missionsstationen, damit sie dort ihren Wirtschaftsbetrieb unter Aufsicht der Missionare führen. Wir sind uns bewußt, daß die Eingeborenen ein wertvoller Bestandteil der Kolonie sind; wir brauchen ihre Arbeitskraft. Der Gedanke, sie auszurotten, ist ein gänzlich verfehlter und wird ja von niemand geteilt. Die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit ist in Südwestafrika wie in allen anderen Kolonien dringende Notwendigkeit. Herr von Lindequist wird gewiß in der Lage sein, die besten Mittel dafür anzugeben. Weiter soll das beschlagnahmte Land zur Besiedelung durch Deutsche benutzt werden. Wenn diejenigen, die alle Strapazen des Feldzuges mitgemacht haben und das Land genau kennen, den Willen äußern, in ihm dauernd ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, so ist dies ein sehr günstiges Anzeichen für die Zukunft des Landes. (Lebhafte Weisfall.) Es wird ein Gouvernementsrat geschaffen werden, der dem Gouverneur bei der Besiedelung des Landes zur Seite stehen soll. Und zwar wird er von den berechtigten Berufsständen gebildet werden. (Beifall rechts.) Dieser Gouvernementsrat wird bei der Aufstellung des Besiedelungsplanes maßgebende Stimme erhalten, ebenso bei der Lösung der Wasserfrage. Diese ist gerade für Südwestafrika von ausschlaggebender Bedeutung. Wir wollen jedoch vorläufig nicht etwa schon das ganze Schutzgebiet nach Wasserläufen absuchen, sondern nur denjenigen Teil, der für die Besiedelung in erster Stelle in Frage kommt.

In der Kommission ist ferner der Wunsch ausgesprochen worden, im Süden die Bahn bis Keetmanshop zu verlängern. Ich erkenne an, daß starke militärische Gesichtspunkte dafür sprechen. Die Notwendigkeit lag aber, als der Etat aufgestellt wurde, noch nicht in dem Maße vor. Ich erkenne also die militärische Bedeutung der Bahn bis Keetmanshop vollkommen an, beschwore aber die Bahn von Windhuk nach Robohet auch vom wirtschaftlichen Interesse aus. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Z.):

Der Abg. Lattmann hat die Hauptsache vergessen, nämlich die Kosten, die sein Programm verursachen würden. Sierdes Meer und starke Flotte sind notwendig, an ihnen können wir nicht sparen, wohl aber an den Kolonien. Südwestafrika belastet unseren Reichschat mit 10 1/2 Millionen Zinsen. Die Bahn Windhuk-Robohet hat die Kommission einstimmig abgelehnt und neue Gründe für den Bahnbau sind nicht angeführt worden. Eine Zurückverweisung an die Kommission ist daher überflüssig. — Daß der Haushalt Südwestafrikas auf Landwirtschaft und Viehzucht nicht aufgebaut werden kann, und daß für den Bergbau dort die Arbeiterverhältnisse sehr schwierig seien, hat auch Dr. Karl Peters, der ja für die Herren der Rechten sehr maßgebend ist, anerkannt. Er hat den Reichstag gemacht, in der Bewilligung von Ausgaben für Südwestafrika äußerst vorsichtig und zurückhaltend zu sein; ich kann mich diesem Rate nur anschließen. Die Verordnung über die Einziehung von Stammesland der Eingeborenen gibt zu sehr vielen Bedenken Anlaß. Sie beruht auf einer unrichtigen Voraussetzung, indem sie von Stammesvermögen spricht, während es nach dem ersten Kenner der dortigen Verhältnisse nur Familienvermögen gibt. Wird den Eingeborenen dies genommen, so verlieren sie jede Selbstständigkeit. Auch gibt die Verordnung die Möglichkeit, sie auch auf die Ovambos auszudehnen, was die Gefahr eines großen und schweren Aufstandes dieses sehr kriegerischen Stammes zur Folge haben würde. Ein solcher Aufstand in diesem Gebiete mit tropischem Klima würde uns Hunderte von Millionen kosten. Der Herr Kolonialdirektor hat zwar erklärt, die Ausdehnung der Verordnung auf das Ovamboland sei nicht beabsichtigt, aber in der Formulierung derselben liegt doch die Möglichkeit dazu. Mein zweites Bedenken gegen die Landentziehung ist das: was soll mit den heillosen Eingeborenen überhaupt geschehen? Die Missionstätigkeit würde überhaupt aufhören. Ich möchte aber den Wunsch aussprechen, daß große Teile des abgenommenen Landes den Hereros wiedergegeben werden, etwa in der Form der Pachten. — Es geht nicht an, daß durch Anschläge von Verordnungen an die Tafel des Gouvernementsgebäudes diese schon für ein Land von der Größe Deutschlands als „bewirkt“ gelten. Nach dem Muster des Kongoanstandes sollte eine Eingeborenen-Schutzkommission eingesetzt werden, welche auch die Befestigung der Verordnungen vermitteln könnte.

Den Oberst Deimling bitte ich, darauf zu antworten, wie es kommt, daß Telegramme aus Kapstadt melden können, daß die Angaben des Oberst Deimling über Beschränkung der Zufuhr und Internierung von Eingeborenen durch die Engländer unzutreffend seien. — Redner befragt weiter mit der Resolution Graf Helldorf: Schon der Abg. Gröber vom 1. Mai 1904 hatte eine Neuregelung des Submissionswesens für die Kolonien beantragt. Da die Regierung diesem Antrage Gröber nicht nachgegeben ist, müssen wir jetzt innerhalb der einzelnen Etats darauf dringen, daß bei den Lieferungen für das Reich nicht einseitig Berlin und die Hanfschlade bevorzugt werden. In erster Linie wenden wir uns gegen die Monopol-Verträge: Boermann hat eine Art Monopol für die Auslieferung in Swalopmund, die Firma Tippelskirch für die Ausrüstung der Truppen, eine Berliner Apotheke für die Medikamente und die Firma Jordan für Hemden. Die Firma Tippelskirch bekam allein für das Jahr 1906 Aufträge im Gesamtbetrage von 8 Millionen Mark, woran sie 2 Millionen als Kommissionär verdient! (Lebhafte Hört! hört! im Zentrum.) Der Vertrag mit Tippelskirch ist ein Unikum. Jede Bank würde einem beliebigen Manne, der mit einem solchen Vertrage von der Straße zu ihr hereinkommt, beliebige Summen vorstrecken, um selbst ein Geschäft à la Tippelskirch abzuschließen. Die Kolonialverwaltung bezahlt für diesen Artikel an Tippelskirch 17 1/2, 38 1/2 ufm. mehr, als die Militärverwaltung in derselben Zeit an eine andere Firma, ebenfalls franco Berlin bezahlt hat. Die Firma Jordan hat Ledergamaschen zum Preise von 8 M. an, während Tippelskirch 11 M. bekam. Das ist ein Aufschlag von 40%; bei einem anderen Artikel betrug der Aufschlag sogar 70%! (Hört! hört! im Zentrum.)

Man hat es nun auch bemängelt, daß ein aktiver preussischer Minister an der Firma beteiligt sei. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, aber es muß dann auch jeder Ansehen vermieden werden, als ob die Firma von oben irgendwie begünstigt würde. In den §§ 13 und 15 finden sich die Punkte, wo eingeseht werden können für eine sofortige Außerkräftigung des Vertrages. Wir brauchen nur 8 Mil. Mark zur Ausschüttung des Krieges in Südwestafrika nicht zu bewilligen, dann ist die Verwaltung in der Lage, den Vertrag sofort zu lösen. Dies könnte bis zur dritten Lesung geschehen. Ebenso wäre es der Firma unmöglich, den Vertrag zu erfüllen, wenn die Kolonialverwaltung auf dem Wortlaut des § 15 besteht, wonach die Firma alle Lieferungen in eigenen Betrieben ausführen muß. Die Herren von der Kolonialverwaltung werden ja noch weitere Möglichkeiten finden, um von diesem unliebsamen Vertrage loszukommen. Aber mit der Lösung des Vertrages allein ist es nicht getan, es müßten auch zum Ersatz möglichst günstige Lieferungsverträge abgeschlossen werden. (Bravo! im Zentrum.)

Stellvert. Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe:

Ich will zunächst feststellen, daß eine Ausdehnung der Verwaltungstätigkeit auf das Ovamboland jetzt in keiner Weise beabsichtigt ist. Unsere Absicht geht dahin, dieses Land jetzt noch vollständig unberührt zu lassen. Wir sind uns bewußt, daß es große Schwierigkeiten bereiten würde, jetzt nach dorthin vorzudringen. Wir würden uns damit der Gefahr aussetzen, einen Krieg zu bekommen, ähnlich wie in Südwestafrika. Es ist deshalb im Januar von dem Gouverneur eine Verordnung erlassen, nach der die Einführung von Feuerwaffen und Spirituosen strengstens verboten ist. Ebenso ist die Auslieferung des gewerksmäßigen Handels an einen Erlaubnisbeschein geknüpft. Ferner dürfen die Eingeborenen nicht zu Arbeiten herangezogen, außer mit besonderer Erlaubnis des Gouverneurs. Endlich ist überhaupt der Zutritt zu diesem Gebiete verboten, nur den Missionaren und Beronen, die vom Gouverneur aus besonderen Gründen einen Erlaubnisbeschein erhalten haben, wieder gestattet. Diese Verordnung zeigt, daß wir ein schrittweises Vorgehen für das Beste halten. — Sie gestatten mir wenige Worte über die Verordnung wegen Einziehung des Stammeslandes. Es ist unter Bezugnahme auf den Ausdruck einer Autorität, die auch das spezielle Recht der Hereros kennt, gesagt, ein Stammesvermögen bestehe dort nicht. Wir wird dagegen aus dem Schutzgebiet mitgeteilt, daß doch ein Stammesvermögen an Grund und Boden vorhanden ist, über das der Häuptling verfügt, während das Vieh und die Geräte den einzelnen Personen gehören. Unsere Verordnung bezieht sich nur auf das Land. Sie bezweckt, uns das Verfügungsrecht über das Land zu geben, das bisher in den Händen ausländischer Stämme war, und soll das Land der Stämme nutzbar machen, deren Organisation nicht mehr besteht. Die Einziehung des Stammeslandes ist nur eine fakultative Maßregel, die aus Zweckmäßigkeitsgründen angeordnet ist. Der Gouverneur kann im einzelnen Falle sein eigenes Ermessen entscheiden lassen. Von einer Einziehung des Eingeborenenlandes in Paris und Vogen ist durchaus nicht die Rede. Die Verordnung bestimmt, daß die Einziehung bekannt gemacht werden muß und eine Frist gesetzt werden muß, in der Beschwerden vorgebracht werden können. Ich verkenne nicht, daß eine solche Bekanntmachung nicht immer zur richtigen Zeit zur Kenntnis der Eingeborenen gelangen wird. Trotzdem bitte ich, dies nicht als eine bürokratische Maßnahme anzusehen, da bei derselben vor allen Dingen an die Europäer, die Verträge mit Eingeborenen abgeschlossen haben, gedacht ist. Die Verordnung wird natürlich auch den Eingeborenen bekannt gemacht werden, namentlich durch die Missionare. Ich halte es für dringend notwendig, daß den Eingeborenen Gelegenheit gegeben wird, ihre Rechte durch Weisnahmen zu lassen, indem sogenannte Eingeborenenanwalte geschaffen werden, eine Einrichtung, die in den englischen Kolonien schon vielfach besteht. Ich habe eine Mitteilung in dieser Richtung nach Südwestafrika gelangen lassen und habe schon die Antwort erhalten, daß die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet sind. (Beifall.) Die Verteilung, die unsere Kolonie Südwestafrika erfährt, ist noch vielfach eine ungerechte. Namentlich als Besiedelungsland wird es in weitem Maße dienstbar gemacht werden können. In Bezug auf die Viehzucht hat es entschieden den Anspruch mit der Kapkolonie verglichen zu werden. (Beifall rechts.)

Geheimrat Seib: Die Firma Boermann hat rechtlich kein Monopol auf das Landungsgebiet in Swalopmund, nur tatsächlich ist sie die einzige, die bei den dort so außerordentlichen Schwierigkeiten die Landung bewerkstelligen können. Der Vertrag mit der Firma Jordan läuft in diesem Sommer so wie so ab, kommt also nicht weiter in Betracht. Auch der Vertrag mit der Berliner Apotheke wird seine Gültigkeit verlieren, da sich überall in den Kolonien Apotheken und Chemikaliengeschäfte zu etablieren im Begriffe sind. Der Vertrag mit der Firma Tippelskirch wird überhaupt nur dem verständlich sein, der die Geschichte unseres Kolonialwesens beabsichtigt. Wir waren im Anfang ganz auf englische Fabrikate angewiesen. Dann stellte das „Warenhaus für Armee und Marine“ als einzige deutsche Firma brauchbaren Akah und andere für die Kolonien brauchbare Artikel her. Als die Lieferungen umfangreicher wurden, löste sich die Kolonialkriegsabteilung dieses Warenhauses als Firma Tippelskirch los. Die Firma bestand aus langfristigen Verträgen, sonst wäre sie nicht bereit gewesen, ihr Lager zu erweitern und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Unter heutigen Verhältnissen aber hätten wir den geltenden Vertrag nicht mit der Firma abgeschlossen. Wir konnten aber nicht wissen, daß innerhalb der nächsten drei Jahre die Schutztruppe von Südwestafrika von 770 auf 14 000, die von Ostafrika von 1600 auf 4000, die von Kamerun von 400 auf 1200 erhöht werden müßte. Für Ausrüstung der Schutztruppen waren nur 715 000 Mark vorgesehen, einschließlich Bewaffung und Munition. Damals lagen die Verhältnisse allerdings ganz anders. — Es kommt sehr häufig vor, daß ein Konkurrent sagt: Ja, ich würde viel billiger liefern. Prüft man aber hinterher die Güte der Artikel, so stellt es sich oft heraus, daß die Lieferung der Konkurrenz noch viel teurer kommen würde. — Der Hauptgrund, an der Firma festzuhalten, war der,

daß sie die Verpflichtung übernommen hatte, einen Zweidritteljahresbedarf und den Kriegsbedarf auf Lager zu halten. — Ob § 15 des Vertrages in der Weise auszulegen ist, wie Herr Erzberger meint, scheint mir fraglich. Wir sind übrigens bereits mit der Firma in Verbindung getreten wegen eventueller Abänderung des Vertrages. Zu einem abschließenden Ergebnis sind diese Verhandlungen noch nicht gekommen.

**Oberst Deimling:** Herr Erzberger hat mich interpelliert wegen des Telegramms, das von der Kapstädter Presse auf meine neulich hier getane Äußerungen gestern hier angekommen ist. In diesem Telegramm verwarft sich die Kapstädter Presse gegen den Wortlaut, daß die Engländer sich weigerten, den Deutschen im Süden unserer Kolonie die nötige Verpflegung zuzuführen. Ich stelle fest, daß ich mich so niemals geäußert habe, im Gegenteil. Ich habe es stets dankbar anerkannt, daß die Engländer uns dort unten im Süden helfen. Ich habe gesagt, ich hätte den letzten Feldzug in die Berge gegen Worenga nicht unternehmen können, wenn die englischen Firmen nicht rechtzeitig mit Lieferung von Gewehren eingetreten wären. Wenn jemals durch Konkurrenzstreitigkeiten unter den beteiligten englischen Firmen Störungen in den Lieferungen eingetreten sind, dann hat stets die englische Regierung dafür gesorgt, daß die Verpflegung nicht ins Stocken geriet, wir sind ihr also nur zu Dank verpflichtet. Was ich gesagt habe, war nur das, daß die englische Verpflegung es uns nicht erlaube, eine genügend große Reserve im Süden aufzuspielen, die es uns ermöglicht hätte, die Operation gegen Worenga so energisch zu führen, wie wir es hätten tun müssen. Das beweist uns eben, — ich komme wiederum auf mein ceterum censeo zurück — die Notwendigkeit des Baues einer Bahn nach Keetmanshop. (Dravo! rechts.)

**Abg. Bebel (Soz.):** Ich bin genötigt, zunächst eine Richtigstellung vorzunehmen an einer Ausführung, die ich im vorigen Jahre gemacht habe. Der Herr Abg. Lattmann hatte damals auf gewisse Behauptungen eines Kaufmanns Görne, die in die Presse lanciert waren, Bezug genommen, nach denen ich einer Privatunterhaltung mit diesem Herrn Anschauungen über unsere Kolonien entwickelt haben sollte, die im strengen Gegensatz zu den Anschauungen gestanden hätten, die ich hier im Hause vertrete. Ich habe Herrn Lattmann geantwortet, daß diese Ausführungen total unrichtig seien, und fügte hinzu, daß ich aus Mitteilungen im „Hamburger Echo“ entnommen habe, daß dieser Herr kein besonderes Vertrauen verdiene. Er habe diese Ausführungen wohl nur gemacht, um für seine Geschäftspublikation Reklame zu machen. Wegen meine Ausführungen hat dann Herr Görne reklamiert, ich habe ihn an das „Hamburger Echo“ verwiesen und dieses hat am 30. Januar erklärt, es habe sich überzeugt, daß es unrichtig unterrichtet gewesen sei und nehme seinen Vorwurf unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Hiernach nehme ich selbstverständlich auch meine in dieser Beziehung gemachten Ausführungen ebenfalls zurück.

Die Ausführungen des Herrn Legationsrats Seitz bezüglich des Vertrages mit der Firma Tippelskirch waren äußerst schwach. Wenn der Vertrag weiter seinen Zweck gehabt hätte, als den, den er anführte, hätte ich dagegen nichts einzuwenden, denn es ist selbstverständlich, daß die Kolonien Bedürfnisse erwecken, die bei der Reueheit des Kolonialwesens in Deutschland hier ohne weiteres befriedigt werden konnten. Dahin gehört in erster Linie die Fabrikation des sogenannten Abaki. Hätte man sich damit begnügt, auf eine mäßige Reihe von Jahren mit einer bestimmten Firma einen solchen Vertrag in Bezug auf einige Artikel abzuschließen, dann wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen. Wir haben aber gehört, daß der Vertrag sich auf eine ganze Reihe anderer Artikel bezieht, die auch von einer großen Menge anderer Firmen in Deutschland jeden Augenblick mindestens so gut, nur weit billiger geliefert werden könnten. Das schlimmste aber ist, daß nachdem der erste Vertrag auf zehn Jahre abgeschlossen war, man im siebenten Jahre, als man doch schon genügend Erfahrungen hatte, um zu sehen, wie die Entwicklung ging und als es selbst im Interesse der Kolonialverwaltung liegen mußte, dafür zu sorgen, daß die Konkurrenzfirmen herangezogen wurden, um die Preise herabzudrücken — daß man damals, noch ehe die zehn Jahre um waren, den Vertrag auf neue zehn Jahre verlängerte. Das ist das Unerhörte, was vorgekommen ist. Und dazu hat man noch den Vertrag auf eine ganze Reihe weiterer Artikel ausgedehnt, die anderswo zweckmäßiger und billiger zu haben waren. War man denn in der Kolonialverwaltung so kurzichtig, daß man nicht begriff, jetzt sei es an der Zeit, sich von der Firma unabhängig zu machen? Es scheint, daß der Vertrag unter dem jetzt beurlaubten Herrn Kolonialdirektor erneuert worden ist. Als vor einigen Monaten die bekannten Anlagen gegen Herrn Dr. Stübel und den Landwirtschaftsminister Herrn von Pöbbecke erhoben wurden, da war ich nicht eine Sekunde im Zweifel, daß, soweit die Person des Herrn Dr. Stübel in Frage kam, es ausgeschlossen war, daß er sich in irgend etwas eingelassen habe, was seinen Charakter irgendwie tangieren konnte. Ich war überzeugt, daß man in der Presse es wagte, Herrn Dr. Stübel nach dieser Richtung hin anzugreifen. Das betreffende Blatt ist ja auch verurteilt. Minister v. Pöbbecke hat es aber unterlassen, Klage einzureichen. Es ist richtig, daß Herr v. Pöbbecke der Firma beigetreten ist, bevor er Minister wurde. Sobald er aber Minister wurde, hätte er doch aus der Firma austreten müssen, denn er wußte, daß das Engagement, das er eingegangen war, ihn möglicherweise in seiner Stellung schädigen konnte. Er durfte deshalb überhaupt das Ministerpostenfleisch nicht annehmen, oder wenn er glaubte, dem Staate seine wertvollen Dienste nicht entziehen zu können, war er verpflichtet, aus der Firma auszutreten, komme was da wolle. Nun mag man sagen, die Firma konnte seine Einlage nicht ohne weiteres auszahlen. Ich erkläre: ein so glänzendes Geschäft mit einer so großartigen Dividende findet stets, wenn ein Teilhaber aussteigen will, nicht nur zu jeder Stunde, sondern auch zu jeder Minute einen Finanzmann, der für ihn eintritt. Der erste beste Vorstehermann würde den Anteil des Herrn v. Pöbbecke übernommen haben; vielleicht mit Einschluß der Dividende für das laufende Jahr. Also mit solchen Erzählungen komme man uns nicht. Wir und besonders Sie, die Begünstigten der Kolonialpolitik, haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die Integrität der Beamten geschützt wird. Als vor einigen Tagen einige Firmen, die damit umgehen, ein großes Handelsunternehmen für Absichten zu betreiben, ein Rundschreiben verschickten und in diesem auch zwei Herren des auswärtigen Amtes mit ihren Titeln und Namen fungierten, also kein Zweifel bestand, daß damit eine Reklame getrieben wurde und die Verwaltung glaubte, nichts dagegen einzuwenden zu sollen, da ist ihr unter allgemeiner Zustimmung klar gemacht worden, daß so etwas unter keinen Umständen gebildet werden dürfe. Von dieser Auffassung hätte meines Erachtens auch Herr v. Pöbbecke ausgehen sollen. Er durfte eine solche Stellung nicht eine Minute lang behalten, nachdem er Minister geworden war. Er mag jetzt tun, was er will, er wird in weiten Kreisen des Hauses den Verdacht nicht abwenden, daß die außerordentlich günstigen Verträge der Firma Tippelskirch seinem Einfluß mit zugeschrieben sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor einem solchen Verdacht hätte er sich auf das allerstrengste hüten sollen. Alle Darlegungen hinsichtlich der Verbindungen mit dieser Firma vom Regierungssicht aus sind nicht stichhaltig. Zugegeben, daß eine Reihe von Jahren die Notwendigkeit bestand, eine solche Firma, ich will einmal sagen, groß zu züchten, so rechtfertigt das die jetzigen Verträge nicht. Wenn hier vorgetragen ist, daß die Preise dieser Firma gegenüber denen anderer 50, 60 und 70 Proz. Differenz aufweisen, nicht bei Monopolartikeln, sondern bei Artikeln, die eine ganze Reihe anderer Firmen ebenso gut liefern können, dann mögen Sie reden, wie Sie wollen, dann wird bei dem deutschen Volke der Glaube vorhanden sein, daß ganz außerordentliche Momente bei der Preisbildung mitwirken. Die Konkurrenten, für die ich sonst wenig geneigt bin einzutreten, haben in diesem Falle recht gehabt. Sie hatten Ursache sich zu beschweren, und wir sind sogar zu Dank verpflichtet, daß sie uns zeigen, wie das deutsche Reich auf das schwerste geschädigt ist. Wenn uns jetzt mitgeteilt

wird, die Firma sei geneigt, in eine Abänderung des Vertrages einzutreten, so glaube ich das ohne weiteres. Sie stellt den Antrag Hompesch und sagt: Rette, was zu retten ist! (Sehr richtig! links.) Wir müssen aber mehr verlangen! Es fragt sich, ob der Vertrag nicht so verfaßelt ist, daß die Kolonialverwaltung von diesem Vertrage nicht loskommen kann. Jedenfalls fordert in diesem Augenblick die Ehre der Firma, daß sie erklärt: Ich will mit diesem Vertrage nichts mehr zu tun haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem sagt ja der Antrag Hompesch gar nicht, daß keine Geschäfte mehr mit der Firma gemacht werden sollen, sondern nur, daß sie für nicht länger als ein Jahr abgeschlossen werden sollen. Ich darf wohl annehmen — nach dieser Richtung hoffe ich mich nicht zu täuschen —, daß speziell das Firmenmitglied Herr v. Pöbbecke dafür sorgt, daß der Vertrag sofort aufgehoben wird. (Sehr richtig! links.) Ich werde mir erlauben, bei der dritten Lesung anzufragen, ob diese meine Erwartungen sich erfüllt haben.

Der Abg. Lattmann hat sich heute wieder einmal als echter Kolonialoptimist gezeigt. Wenn man die Kolonialschwärmer hört, sollte man glauben, daß in Südwestafrika, wenn man einen Spaten nimmt und gegen den Felsen schlägt, nicht nur Wasser herauskommt. Wenn man nach Geld nicht zu fragen hat, kann man allerdings aus dem traurigsten Drecksloch binnen ein paar Jahren ein Paradies machen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Abg. Erzberger hat ausgerechnet, daß uns Südwestafrika schon 300 Millionen gekostet habe. Rechnen wir hinzu, was die nächsten Jahre kosten werden, dann kommen über 500 Millionen heraus. Wenn wir das Geld auf die Urbarmachung unserer Dedländer verwenden würden, hätten wir mindestens drei Millionen Hektar unfruchtbarer Landes in prächtigste Landschaft verwandeln können! Wenn aber ein solcher Vorschlag gemacht würde, würde er bei den Kolonialenthusiasten den allergrößten Widerspruch erfahren. Dann würden die Herren anfangen zu rechnen. Das Wort Kolonien aber hat einen magischen Einfluß, bei seinem Klange steht gewissen Leuten sofort der Verstand still. Raum 1 Proz. hat das ausgegebene Geld eingebracht. Wenn die Herren damit zufrieden sind, so besorgen sie doch außerordentliche Weisheiten. Ich wollte einmal sehen, was die Herren von der Rechten für Klagen antinommen würden, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe sich so jämmerlich rentierten wie die Kolonien. Die verschiedensten Sachverständigen in den Kolonien haben ausgerechnet, daß auf ein ein Stück Großvieh 40 Hektar entfallen. Was würde ein deutscher Bauer sagen, wenn er eine solche Rente bekäme? Die Klagen über die Not der Landwirtschaft hätten dann allerdings die größte Berechtigung. In den Kolonien läßt man aber alle Grundlagen jeder Staatswirtschaft und Berechnung fehlen. Die Ausgaben werden auch noch größer werden. Ich beziehe mich dafür auf die Darlegung des Oberst Deimling, der uns klar gemacht hat, daß es noch eine ganze Reihe von Jahren dauern würde, um das Land zu beruhigen. Eine ganze Reihe von Jahren muß also die deutsche Herrschaft noch ihre Wadtmittel dort lassen, um jeden Versuch eines Aufstandes niederzubalten. Danach müssen noch Tausende von Mannschaften der Schutztruppe im Lande bleiben, um Pazifizierungsarbeiten vorzunehmen. Ja, es besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß die verstärkte Schutztruppe dauernd in Südwestafrika erhalten werden muß. Oberst Deimling hat zu meiner Ueberraschung angeführt, der Aufstand glimme unter der Äsche und bedürfe nur eines Aufzuges, um zur Flamme zu werden. Wie einen solchen Aufzug bezeichnete er die äthiopische Bewegung. Der Gouverneur dagegen hat uns in seiner Denkschrift kategorisch erklärt, daß die äthiopische Bewegung auf Südwestafrika nicht den geringsten Einfluß ausübe. Ich war daher überrascht zu hören, daß auch dort trotz der großen Entfernung die äthiopische Bewegung eine Gefahr für die Kolonie bilde. Ich nehme an, daß Oberst Deimling nicht eine leere Drohung ausgesprochen hat. Dann ergibt sich aber aus seiner Äußerung, daß nach Ansicht der Herren, die sich als die Sachverständigen ansehen, eine bedeutend verstärkte Schutztruppe dauernd gebraucht werde. Der Abg. Lattmann hat weiter gemeint, es sei dringend nötig, das Aufkommen einer Risikoprämie zu decken. Ich hätte gern von ihm gehört, wie er sich diesen schönen Plan denkt. (Heiterkeit.) Man müßte dann doch in erster Linie die Edelgermanen fernhalten, die als Erzeuger in Frage kommen. Auf der anderen Seite müßte man vorschreiben, daß überhaupt kein unberheirateter Weißer einwandern darf, daß jeder, der einwandert, seine Frau oder Braut mitbringen muß. (Heiterkeit.) Rufe des Abg. Müller-Reinings: Seine Kusine! (Stürmische Heiterkeit.) Der Abg. Lattmann hat die Einziehung des Landes für eine außerordentlich gerechte und vernünftige Maßregel gehalten. Ich sehe gar nicht an zu erklären, ich halte sie für die denkbar verkehrteste. Ich sehe das als direkten Raub an. (Sehr richtig!) Was würden Sie nach rechts denn sagen, wenn man Ihnen auf gleicher Weise das Land nehmen wollte? Es steht doch auch fest, daß gerade der früher schon berührte Landraub die Hauptursache für den Aufstand gewesen ist. Ich will nicht die alten Debatten, die wir seit drei Jahren gehabt haben, wieder aufrühren; wenn man aber die Bedingungen über die Landeinziehung hört, dann kommt es einem doch so vor, als ob überhaupt kein Land übrig bleibt. Gerade die Missionare sind es, die auf die Seite der Eingeborenen getreten sind und gesagt haben, die Hauptursache des Aufstandes sei, daß man den Eingeborenen die einzige Existenzmöglichkeit genommen habe, indem man ihnen das gute Land entzogen und sie auf das schlechte gesetzt habe. Die Kolonialverwaltung spricht von dem Lande, das die Weissen auf Grund der Verträge beanspruchen könnten. Wir wissen aber, daß dahin Verträge gehören, wie sie zum Beispiel mit Samuel Maharero abgeschlossen sind, der gar kein Recht hatte, solche Verträge abzuschließen. Mit der Verordnung, die im Dezember erlassen ist, haben die Kolonialleute das erreicht, worauf sie von den ersten Monaten des Aufstandes an hingewiesen haben. (Sehr richtig! links.) In den ersten Monaten war in der kolonial-begeisterter Welt einstimmig die Ansicht vorhanden, daß eigentlich dieser Aufstand gar nichts Böses sei, daß er im Gegenteil wie gerufen komme, weil er den schönsten Vorwand liefere, den Schwarzen das Land zu nehmen und es den Anstieblern zuzuwenden. Dieser Zustand ist jetzt herbeigeführt. Herr Lattmann rechtfertigt den Raub damit, daß er sagt, die Schwarzen seien mutwillige Empörer. Wie? Man hat doch die Leute dazu gedrängt, Empörer zu werden! Wenn die Eingeborenen so behandelt werden, wie es geschehen ist, haben sie ein Recht zur Empörung. Nur Feiglinge und Schwächlinge würden es nicht getan haben. Der Abg. Lattmann sagt, die Missionare erklärten es für ganz in der Ordnung, daß den Schwarzen das Land genommen wäre; vielleicht ist diese Angabe ebenso wahr wie die neulich, daß es ein Programmpunkt der Sozialdemokratie sei: noch ruppiger zu werden. Seine Angabe über die Ansichten der Missionare würde allem widersprechen, was man früher gehört hat. Wenn die Regierung hütet sich jetzt gegen die Dvambos vorzugehen. Von anderer Seite wird aber schon aufgefordert, jetzt auch schon mit diesem Stamme seinen Tisch zu machen. Die Regierung ist in diesem Augenblicke vernünftiger. Ich hoffe, sie wird es dauernd bleiben. Ich stimme hier heute noch dem Grafen Caprivi zu: Es wäre mir am liebsten, wenn wir so bald als möglich aus Südwestafrika heraus wären. Wir haben jedenfalls guten Grund, die Augen offen zu halten und gegen jedes Andrängen der Kolonialfreunde uns zu wehren. Ein Sachverständiger hat berechnet, daß man im höchsten Fall 20 000 Kolonisten in Südwestafrika unterbringen könnte. Mit allen Beamten, Handwerkern und Schutztruppen zusammengerechnet würde man höchstens 100 000 Menschen dort unterbringen können. Und dazu wenden wir jedes Jahr Duzende und aber Duzende von Millionen auf. Das ist etwas, was wir unter keinen Umständen mitmachen. Selbst die „Kölnische Volkszeitung“ hat in einem Artikel gefordert, ob es sich lohne, überhaupt noch Ausgaben für die Kolonien zu machen. Militärischen Wert hätten sie überhaupt nicht, als Plottenstationen können sie nicht in Betracht, sie hätten nur Wert für die Pflanzanten. Wenn wir nur hier im Hause vom Zentrum etwas gehört hätten, was dem entspräche. Es mag wohl manchen im Zentrum geben, der ebenso denkt, aber

mit dieser Ansicht nicht hervortreten wagt. (Sehr richtig! links.) Herr Lattmann hat nun besonderes Lob dem Gouverneur Lindequist gesendet, an seinem Amtsantritt sind ja alle möglichen Hoffnungen in der kolonialen Presse geknüpft worden. Ich kenne Herrn v. Lindequist nicht und habe keine Ahnung, ob diese Hoffnungen Aussicht auf Erfüllung haben. Aber die erste Amtshandlung des neuen Gouverneurs, hat bei mir gerade keine günstige Meinung von ihm erweckt. Er hat bei seiner Ankunft in Swakopmund einer größeren Zahl von Herren eine Staudrede gehalten, um ihnen zu sagen, wie unrecht sie gehandelt hätten, sich wider die deutsche Regierung zu empören, sie hätten dazu gar keine Ursache gehabt. Und nachdem er dann mit der Strafpredigt fertig war, fragte er sie: „Habt Ihr alles verstanden?“ — Antwort einstimmig: „Ja.“ (Heiterkeit.) — „Seht Ihr zu, daß Ihr den Krieg grundlos angefangen und selbst an den Folgen schuld seid?“ — „Ja, wir wissen das!“ (Große Heiterkeit links.) — „Habt Ihr Vertrauen zu mir, daß ich Euch stets mit Gerechtigkeit und Wohlwollen entgegenkommen werde?“ — „Ja, wir vertrauen Dir.“ (Erneute große Heiterkeit.) Wehe ihnen, wenn die Antwort nicht so gelautet hätte! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Liegt die Sache so, dann werden die Hoffnungen, die Herr Lattmann und seine Freunde hegen, nach seiner Seite hin gerechtfertigt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.) polemisiert gegen den Abg. Bebel: Bei der Rentabilitätsberechnung der Kolonien sollte man doch auch die Fehler in Betracht ziehen, die durch die falsche Sparikampfpolitik der Kolonialgegner gemacht sind. — Das Land hat den Herren nie gehört, sondern ihren Pöbeln, deren Sklaven sie waren. Sie haben also nur Vorteile von der deutschen Herrschaft. Herr Bebel rügt es, daß in der Zentrumspartei nicht jeder frei aussprechen kann, was er meint. Na, bei der Sozialdemokratie (Heiterkeit), da darf ja jeder sagen, was er will, gewiß! (Heiterkeit.) Es kommt aber auf die Folgen an. Bei der Sozialdemokratie richten sich diese Folgen nach dem Sage: Wer nicht variert, fliegt raus! (Sehr gut!) und große Heiterkeit rechts und in der Mitte.) Auch ich bin gegen die Monopolverträge, aber Herr v. Pöbbecke ist unschuldig. (Hört! hört! rechts.) Mein Antrag ist besser als der des Abg. Graf Hompesch. Das Reich muß auch der Firma Tippelskirch seinen rechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Es kann keine Scheinmanöver machen. (Sehr richtig rechts.)

Kedner wünscht, daß der Bau der Bahn Windhuk-Nehoboth so lange verschoben wird, bis die Bahn Swakopmund-Windhuk vollspurig umgebaut ist. Dagegen ist die Bahn Kubub-Keetmanshop dringend notwendig.

Erbrügn zu Hohenlohe: Nach den Ausführungen des Abg. Bebel könnte es den Anschein haben, als ob die Tatsache, daß Herr v. Pöbbecke Mitglied der Firma Tippelskirch ist, Einfluß auf die Verträge mit der Firma gehabt hat. Von einer solchen Beeinflussung kann aber nicht im entferntesten die Rede sein. Ich habe die Erklärung abgegeben, daß sich die Kolonialverwaltung in keiner Weise darum kümmert, wer zufällig Mitglied einer Firma ist. Ich hoffe, daß diese Erklärung bei der Mehrheit des Hauses Beifall finden wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Schrader (fr. Vg.): Der Abg. Bebel hat heute wieder einmal gegen die sogenannten „Kolonialschwärmer“ polemisiert. Es gibt aber auch „ichwärmerische“ Kolonialgegner, Leute, die in ihrer Beggenschaft jedes Maß und Ziel vergessen lassen. (Beifall rechts.) Ich bin mit dem Abg. Bebel ganz darin einig, daß wir für längere Zeit die Schutztruppe nicht entbehren können. Wir müssen im übrigen eine Kulturpolitik treiben, in erster Linie also Eisenbahnbau. Ich sehe gar nicht ein, warum nicht gleichzeitig die Bahn Windhuk-Nehoboth und Kubub-Keetmanshop gebaut werden können. (Abg. Dr. Arendt: Das würde keine Mehrheit finden.) Ich sehe gar nicht ein, warum die Mehrheit dieses Hauses nicht vernünftigen Erwägungen zugänglich sein sollte. Ein großer Teil der Kosten würde schon dadurch gedeckt sein, daß wir an den Viehtransporten große Ersparnisse durch den Bahnbau machen werden, besonders bei der nach Keetmanshop. Diese Bahn führt übrigens auch durch ein Gebiet, das der Erschließung wohl lohnt. Ob freilich der Bahnbau so schnell möglich sein wird, wie man sich hier vielfach vorstellt, scheint mir recht zweifelhaft. Jedenfalls könnten wir durch gleichzeitige Inangriffnahme der beiden Bahnen das Land völlig erschließen. Die Kosten für die Verzinsung der Bauausgaben kämen schon gegenüber den Ersparnissen bei der Schutztruppe gar nicht in Betracht. (Dravo! rechts und bei der fr. Vg.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 1 Uhr, vertagt.

Schluss 6 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom Freitag, den 23. März  
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg.

Präsident Röcher teilt mit, daß der Kaiser dem Hause ein Gruppenbild der kaiserlichen Familie mit eigenhändigem Namenszug überwiesen habe. Er werde das Bild im Arbeitszimmer des Präsidenten andringen lassen.

Auf der Tagesordnung stehen der Gesetzentwurf betr. Vermehrung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten und Änderungen der Landtagswahlgesetze und Wahlorte und der Gesetzentwurf betr. Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten.

Die Besprechung beider Vorlagen wird auf Antrag des Abg. Dr. v. Heydebrand (L.) verbunden.

Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg: Die Gesetzentwürfe sollen in erster Linie dazu dienen, das Zustandekommen der Wahlen auch in größeren Wahlkreisen zu sichern, den Obstruktionsgeläften, die sich nach 1903 gezeigt haben, so viel wie möglich zu begegnen. Die Entwürfe bilden eine untrennbare Einheit, wesentliche Änderungen ihres Inhalts würde deshalb die Regierung nicht annehmen können. Sie hofft auf Zustimmung um so mehr, als die Vorlage qualitativ, wenn auch nicht quantitativ den Wünschen des Hauses entspricht. Wir haben deshalb in erster Linie die Fristwahl und die Gruppenwahl eingeführt. Nun werden wir ja hier wieder hören, daß die Entwürfe blutmenig bräuchten. (Sehr richtig! links.) Die Frage einer Neueinteilung hat dieses Haus wiederholt beschäftigt. Der eine Teil dieses Hauses hat eine generelle Neueinteilung gefordert, der andere hat sich mehr auf historischen Boden gestellt. Die Regierung hat sich dem letzteren Standpunkt angeschlossen. Da halte ich es für möglich, die Gründe für und gegen zu wiederholen. Eine Abspaltung des Reichstagswahlrechts ist für uns unannehmbar. (Beifall rechts.) Man wirft mir Kolofische vor. Wenn es mir gelingen sollte, wirkliche Räte abzustellen, so würde ich mir darin genügen lassen (Beifall), weil der Geist doch immer noch etwas mehr ist als die Form. (Beifall rechts.) In gewisser Hinsicht beneide ich die Anhänger des Reichstagswahlrechts, sie haben es furchtbar einfach (Heiterkeit rechts), die Schablone ist vorhanden. Das Reichstagswahlrecht ist für die Kämpfer in einer großen Zeit geschaffen. Diese Zeit war von dem unbedingten Vertrauen beherbergt. Man legte die Geschichte des Reiches in die Hände gleichberechtigter, kampferprobter Männer. Und heute? Besteht nicht überall ein bitteres Gefühl der Unlust in unserem öffentlichen Leben? Die Geschichte wird unserer Zeit einst das Zeugnis ausstellen, daß wir dahin gewirkt haben, die ärmeren Schichten an den Wohlthaten der Zivilisation teilnehmen zu lassen. Aber sie wird uns auch den Tadel nicht ersparen, daß wir in eine Abhängigkeit geraten sind, die nicht zu ertragen ist. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ein Unheil, daß wir alle Geseze abhängig machen müssen von der Wirkung auf die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! rechts.) Es ist ein Unheil, daß unsere Presse nicht mehr in ihrer Gesamtheit das Echo einer selbständigen unabhängigen Parteipolitik ist, sondern umgekehrt eine Diktatur auszuüben beginnt, die



# Beglaubigung des königlich. Notars.

Der unterschriebene Notar hatte sich heute in das Geschäftslokale d. Vueltas-Abajo-Cigarren-Import-Hauses P. Fleischner zu Berlin, Unter den Linden 56, begeben. Dort war anwesend: Der öffentlich angestellte beedigte Bücherrevisor Herr Oskar Lühr zu Berlin, Grenadierstrasse 25. Er ist dem Notar von Person be-

kannt, legt die anliegende Preisliste vom 30. Januar 1906 vor und erklärt: Auf Grund der Original-Fakturen der betreffenden Cigarren- bzw. Cigaretten-Fabriken sowie des mir vorgelegten Fakturenbuches des Vueltas-Abajo-Cigarren-Import-Hauses P. Fleischner zu Berlin, Unter den Linden 56, bestätige ich hiermit, dass unter Zuschlag eines Pauschalbetrages von 15 Pf. pro Kiste Cigarren resp. pro 100 Stück Ausschuss-Cigarren in Düten bzw. pro 100 Stück Cigaretten, für Zuerollen, Ab-laden, Auspacken der Bahnkisten etc. die in der an-

liegenden Preisliste als Abonnementspreise bezeichneten Preise den Original-Fakturenpreisen durchweg entsprechen. Ferner bestätige ich, dass mir Originalbriefe der betreffenden Fabriken vorgelegt worden sind, dass sie dem Vueltas-Abajo-Cigarren-Import-Hause P. Fleischner zu Berlin, Unter den Linden 56, zu den fakturierten Preisen ausser dem Skonto von 3% keinerlei Extravergütung irgend welcher Art gewährt

haben. Die Verhandlung und die anliegende Preisliste ist dem Beteiligten vorgelesen, von ihm genehmigt und auch eigenhändig durch ihn unterschrieben worden.

Oskar Lühr, öffentlich angestellter beed. Bücherrevisor, Grenadierstr. 25 zu Berlin  
Hugo Pohle, Notar I. Bez. d. Kgl. Preuss. Kammergerichts, Berlin NW., Friedrichstr. 131e.

Nr.	Pack. Zentim. ca.	Marken	Preise pr. 1000 St. ohne Abonnementkarte	mit Abonnementkarte	Nr.	Pack. Zentim. ca.	Marken	Preise pr. 1000 St. ohne Abonnementkarte	mit Abonnementkarte
1a	11 1/2	50 (ohne Ausstattung)	30.00	19.00	45	11 1/2	8 1/2 El Centro (Primera)	90.00	66.00
1b	11 1/2	Colonial Nr. 1	35.00	24.00	46	9 1/2	El Aguilá (media Regalia)	100.00	68.00
1c	11 1/2	Mexico-Ausschuss	30.00	25.50	47	10 1/2	John Clayton (Diplomatico)	100.00	69.00
1d	10 1/2	Italia Diplomatico	40.00	26.00	48	12	Mimos (medianos)	100.00	68.00
1e	10 1/2	2 (ohne Ausstattung)	35.00	26.00	49	10 1/2	La Nadar (Primera)	100.00	69.00
1f	10 1/2	Bier-Cigarren (original)	40.00	28.50	50	12 1/2	La Abundancia (medianos)	100.00	70.00
1g	10 1/2	Industria (modelo coloso)	40.00	30.00	51	11 1/2	Favorita (comme il faut)	100.00	70.00
1h	10 1/2	Viola Mexico Cigarillos	40.00	30.50	52	11 1/2	Preziosa (mit Ring reina victoria)	100.00	70.00
1i	10 1/2	Presenta (Reg. de la Reina)	40.00	31.50	53	11 1/2	Dona Rostia (mit Ring)	100.00	71.00
1j	11	Americana (Borneo)	45.00	33.00	54	11 1/2	Waldersee (Bajonetas)	100.00	72.00
1k	11	Principales (Boy fina)	45.00	33.00	55	11 1/2	Pedro Rozales (Bajonetas)	100.00	72.00
1l	11 1/2	Mirza (Especial)	50.00	36.00	56	9	Divino (Senoritas)	100.00	73.00
1m	11 1/2	Blanco Nr. 4 (ohne Ausstattung)	50.00	35.00	57	11 1/2	Flor de Alonso (mit Ring)	100.00	73.00
1n	11 1/2	America Negro (Regalia)	50.00	35.50	58	12 1/2	Kaiser Wilhelm II. (Guillemo)	100.00	74.00
1o	8 1/2	Parlament (Mexico Cigarillos)	50.00	37.50	59	9 1/2	La Dalcia (delicias)	100.00	75.00
1p	10	Hansel (Sumatra)	50.00	38.00	60	12	Princess of Cuba (Londres Imper.)	100.00	75.00
1q	13	Flor de Matras (Brasil)	50.00	38.50	61	11 1/2	Manana (Casino)	105.00	75.00
1r	10 1/2	Consumo (Immensos)	50.00	39.50	62	11 1/2	Flor de Espana (granadero)	100.00	75.00
1s	10 1/2	Aristocrata (Reg. de la Reina)	55.00	39.50	63	9 1/2	Mylord (Diplomatico)	110.00	77.00
1t	10 1/2	El Defensor (Regalios)	55.00	40.00	64	11 1/2	Brasiliana (Londres)	120.00	80.00
1u	11 1/2	Transmarino (Reg. de la Reina)	60.00	40.50	65	11 1/2	Flor de Silvana (Bajonetas)	120.00	80.00
1v	11 1/2	Kosmos (Regalia Reina)	60.00	40.50	66	12 1/2	El Afecto (Imperiales)	110.00	81.00
1w	11 1/2	Special (Regalia Reina)	55.00	40.50	67	12	Jané Austen (regalia de la reina)	110.00	82.50
1x	11 1/2	Flor de Brasil (St. Felix)	55.00	40.50	68	12 1/2	La Elegante (mit Ring)	110.00	84.00
1y	10 1/2	El Gusto (Flor fina)	60.00	41.50	69	12 1/2	Margarita (Ausschuss)	120.00	85.00
1z	11	Castilla (Cochas)	60.00	42.50	70	10 1/2	Distinction (mit Ring)	120.00	85.00
1aa	10	Mahdi (Mexico)	60.00	43.50	71	10	Simbolo (Carinas)	120.00	88.00
1ab	11	Tahona (coqueta)	60.00	43.50	72	11	Aribo (Hidalgos)	120.00	89.00
1ac	8 1/2	Kleine Bremer (cupidos)	60.00	45.00	73	12	Elien (Gracias)	120.00	89.00
1ad	11 1/2	Para la Nobleza (Cometas)	60.00	45.00	74	11 1/2	James Parton (mit Ring)	120.00	90.00
1ae	11	Hellas (Flor fina)	60.00	45.00	75	11 1/2	Tom Huxley (Casino)	120.00	89.00
1af	13	Extra fina (Reg. de la Reina)	60.00	46.50	76	10 1/2	Hamburger Ideal (Primera)	120.00	90.00
1ag	10 1/2	Marietta (Vorsten-Decke)	60.00	47.00	77	11 1/2	Florida (Modernos)	125.00	90.50
1ah	12 1/2	Nio Imperial (Substancioso)	60.00	46.50	78	11 1/2	Flor de Salon (Hörschild)	120.00	90.00
1ai	11 1/2	Formosa (Regal. de la Reina)	65.00	47.50	79	11 1/2	Realidad (mit Ring)	120.00	90.00
1aj	11 1/2	Congress (Regalia de la Reina)	65.00	47.50	80	11 1/2	Van Dyck (mit Ring)	130.00	94.00
1ak	10 1/2	Goldadler (Regalios)	70.00	49.50	81	10 1/2	El Ave (Flor fina)	130.00	95.00
1al	10 1/2	Wild. Tell (Regalios)	70.00	49.50	82	11 1/2	Hamburger Elite Sortiment	120.00	95.00
1am	8 1/2	Mignon (Special)	70.00	50.00	83	11 1/2	Singhale (Aromatico)	135.00	95.00
1an	10 1/2	Admiral (Mexico)	70.00	50.00	84	12	Flor de Flores (conchitas)	150.00	99.50
1ao	12 1/2	Reichs-ost (Gigantos)	70.00	50.00	85	12	Venezia (Brasil-Decke)	150.00	100.00
1ap	10 1/2	Mexico Ausschuss	70.00	50.00	86	12	La Costa (mit Ring)	150.00	100.00
1aq	8	Brasil Cigarillos	70.00	50.00	87	10	Roma (Caprichos)	150.00	100.00
1ar	11 1/2	La Turista (mit Ring)	70.00	52.00	88	11 1/2	Introduction (reg. chica)	150.00	100.00
1as	13	Vorstanlanden Planzer-Cigarren	75.00	54.00	89	11 1/2	La Boiera (Bajonetas)	150.00	98.00
1at	11	Parano (Brasil)	75.00	54.00	90	11 1/2	Privilegio (mit Ring)	150.00	100.00
1au	12	Crema de Brasil (Primera)	70.00	52.50	91	9 1/2	Kleine Hamburgerin	150.00	100.00
1av	10 1/2	Santa Rita (Reg. de la Reina)	75.00	54.50	92	10 1/2	Queen's Bouquet	150.00	103.00
1aw	11 1/2	Esquisitos (esquisitos)	75.00	55.00	93	12	Comercio del Mar (mit Ring)	150.00	110.00
1ax	11	Banderillo (Mexicanos)	75.00	55.00	94	12 1/2	La Dulzura (Modernos)	150.00	105.00
1ay	10	El Vegeto (Brasil)	75.00	60.00	95	14 1/2	Flor de Dahua (Londres)	150.00	107.00
1az	10	Diploma (Sumatra)	80.00	57.50	96	11 1/2	Hamburger Krone (Havana)	150.00	110.00
1ba	10 1/2	Princessa (Predilectos)	80.00	58.00	97	12	Cabinet (mit Ring)	150.00	110.00
1bb	11 1/2	Planzer (kräftig)	75.00	55.50	98	11 1/2	Sonales (mit Ring)	175.00	125.00
1bc	10 1/2	Flor Eminent (modern)	80.00	57.50	99	14 1/2	La Lolita (mit Ring) Granaderos	175.00	117.00
1bd	10 1/2	Manila (Import Kegel)	80.00	56.30	100	11 1/2	Prinz Heinrich (Aristocrates)	180.00	120.00
1be	10 1/2	Leonora (Reina elegantes)	75.00	55.50	101	13 1/2	Flor del Rey (mit Ring) Royales	200.00	126.00
1bf	8	Flor de Morales (Trabucos)	80.00	58.00	102	12	(Utanos Imperiales)	180.00	125.00
1bg	11	Lisetta (mit Ringen)	90.00	58.00	103	12	Rendez vous (Specials)	175.00	130.00
1bh	9 1/2	El Refundado (favorita)	80.00	57.00	104	15 1/2	Flor de Sevillano (Granaderos)	200.00	135.00
1bi	10 1/2	Marcella (deliciosos)	75.00	55.00	105	11	Jose Diaz (Caprichos)	200.00	143.00
1bj	11	Mavia (mit Ring)	80.00	60.00	106	11	Celebrada (Gonzales)	200.00	145.00
1bk	11 1/2	Julietta (mit Ring)	80.00	60.00	107	14 1/2	Flor de Miel (mit Ringen)	220.00	147.00
1bl	11 1/2	Walküre (Gonzales)	80.00	60.00	108	10 1/2	El Modelo (Castelares)	200.00	148.00
1bm	11	Perla Mexicana (specials)	80.00	60.00	109	14 1/2	Mancel Garcia (mit Ring)	225.00	150.00
1bn	11	La Mejor (modelo coloso)	80.00	60.00	110	15	Flor Marías (mit Ring)	250.00	154.00
1bo	7 1/2	Honoroso (klein) (reitas finas)	8.00	60.00	111	14 1/2	Cortesia (Regalios)	240.00	159.00
1bp	12	Ella (Gonzales)	8.00	60.00	112	12	Sol de Cuba (mit Ring)	230.00	160.00
1bq	10 1/2	Fendal (comme il faut)	85.00	60.00	113	17	Sambora (Prima fina)	195.00	133.00
1br	10 1/2	Manila (Import mit Spitze)	85.00	60.30	114	17	Flor de Rosas (mit Ring)	230.00	148.00
1bs	10 1/2	Preferencia (regalia de la reina)	85.00	61.50	115	10 1/2	Agrado (Caarina)	250.00	173.00
1bt	9 1/2	Glückskind (Regalia Chica)	90.00	63.00	116	12	Las Armas (Primera)	300.00	193.00
1bu	10 1/2	Marea del Mundo (Regalios)	85.00	63.50	117	15	Sol de Flor (Imperiales)	280.00	203.00
1bv	12	Norma (Regalia de la reina)	100.00	65.00					
1bw	10	Flor de Suarez (medianos)	90.00	65.00					

Ausschuss-Cigarren in gelben Düten zu 10 Stück		ohne mit Abon-Karte		ohne mit Abon-Karte	
(a 80er) per 100 Stok.	3.00	2.35	(m 80er) per 100 Stok.	8.00	6.10
(b 35er)	3.50	2.73	(n 90er)	8.50	6.48
(c 40er)	4.00	3.10	(o 100er)	9.00	6.85
(d 45er)	4.50	3.48	(p 120er)	10.00	7.60
(e 50er)	5.00	3.85	(q 130er)	12.00	9.10
(f 55er)	5.50	4.21	(r 135er)	13.50	10.23
(g 60er)	6.00	4.60	(s 150er)	15.00	11.35
(h 65er)	6.50	4.98	(t 175er)	17.50	13.28
(i 70er)	7.00	5.35	(u 200er)	20.00	15.10
(k 75er)	7.50	5.73			



Berlin, den 30. Jan. 1906.  
**Oskar Lühr,**  
beidigtiger Bücher-Revisor,  
Berlin, Grenadierstr. 25.  
**Hugo Pohle**  
Notar  
I. Bezirk d. Kgl. Preuss. Kammergerichts,  
Berlin NW., Friedrichstr. 131e.

**Versandbedingungen.**  
Mit Bezugskarte: Für etwaige Zusendung in Berlin und nächste Vororte berechnen wir für je 100 Stück M. 0.10 Botenlohn, bei Versand nach ausserhalb für sachgemässen Verpackung usw. gleichfalls M. 0.10 für 100 Stück. Bei schriftlichen Aufträgen ist die Bezugskarte zur Löschung einzusenden. Die Karte wird alsdann zusammen mit der Ware zurückgeschickt. Die Zusendung erfolgt nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages oder gegen Nachnahme inklusive Postspesen. Nach dem Auslande nur gegen vorherige Zahlung. Etwa nicht konvenierende Waren werden nach portofreier Rücksendung und in gutem Zustande umgetauscht bzw. der entsprechende Betrag sofort zurückerstattet. Proben als Muster ohne Wert werden nicht versandt. Unterschrift und Adresse bitte möglichst recht deutlich angeben. Wenn die gewünschten Marken vergriffen sind, senden wir bei kleineren Bestellungen nach unserem besten Gutdünken Ersatz.

**Neu eingegangen** sind folgende Marken, die noch nicht beglaubigt sind:

Nr.	Pack. Zentim. ca.	Marken	Preis pr. 1000 St. ohne Abon-Karte	mit Abon-Karte
93	11 1/2	Erna Cigarillos	30.00	19.50
94	11 1/2	Matinee Cigarillos	50.00	33.00
94a	10 1/2	Cassandra	70.00	49.50
94b	11 1/2	Basto Sobrins (Mexico)	85.00	63.50
94c	11 1/2	La Celebra	100.00	67.00
95	12 1/2	König Georg (Imperiales)	115.00	80.00
96	15	Joaquin Barrera (Panatelas)	100.00	71.50
97	10 1/2	La Pontente (Modernos)	100.00	75.00
97a	10 1/2	Apraiser, Reina Vict.	150.00	101.00
97b	10 1/2	La Gira conchitas	150.00	105.00
98	12	Imperator Rex (Imperiales)	200.00	140.00

**Havana-Importen in allen Preislisten zum Selbstkostenpreis auf Bezugskarten.**  
Eine grüne übertragbare (Abonnement) Bezugskarte à M. 1.50 berechtigt zum Einkauf in beliebigen Quantitäten sämtlicher Cigarren, Cigaretten, Tabake etc. bis M. 20.00 innerhalb 12 Monaten zum Selbstkostenpreise. — Eine gelbe übertragbare (Abonnement) Bezugskarte à M. 3.00 berechtigt zum Einkauf in beliebigen Quantitäten bis M. 50.00 zu unseren Selbstkostenpreisen.  
**Vuelta-Abajo-Cigarren-Importhaus P. Fleischner,**  
Berlin, Unter den Linden 56.  
Vollständige, notariell beglaubigte Preislisten gratis und franko

Ziehung vom 27.-31. März 1906.

# Trierer Dombau-Geld-Lotterie

25 377 Goldgewinne, zus. Mk. 1  
**500 000**  
Hauptgewinne Mk. 1  
**100 000**  
**50 000**  
etc. etc.

Loss à 4 M., halbe à 2 M.  
(Porto u. Liste 30 Pf. extra).  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
G. m. b. H. Bank-Geschäft  
Berlin W. Friedrichstr. 151  
und Andreasstr. 40a.

## Greift zu!

dem Besten  
Monats-Anzüge . . . . . 10.—  
Abonnements-Anzüge . . . . . 12.50  
Monats-Paletots . . . . . 9.—  
Partie-Anzüge, teils mit  
unverwundlichen Rehlern . . . . . 10.50  
Anzüge, Gefach für Wahl . . . . . 2.—  
Ranung-Of. od. Jadedite . . . . . 3.—  
Alles auch für torpente Figuren!  
Gebrauch, Kleidungsstücke v. Kanallieren,  
Reisend., aus den feinsten Stoffen  
Berlins, teils von Hoflieferant, tollst  
billig. Strassenbahn-Vergütung!  
Bitte  
Zentral-Keller, Berlin,  
adren  
35 Neanderstr. 35, an der  
3. Station v. Stadtbahn zum Hauptbahnhof.  
**„Neue Zeit“:**  
1883 bis 1906 (auch einzelne Heft)  
kauft  
Buchhandl. Vorwärts  
Berlin



Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)  
Fünfter Verhandlungstag.

Kottbus, 23. März.

Kurz nach Beginn der Verhandlung wurden durch die Erweiterung eines Einzelfalles die

Folgen der Beschwerde eines Arbeiters

bekannt. Nach der Darstellung des Zeugen, Bergarbeiters Bollig, liegt der Fall so: Der Zeuge hat beim Betriebsinspektor Möller um Urlaub für einen Tag nachgesucht. Der Urlaub ist ihm nicht ausdrücklich bewilligt, aber, wie er aus den Äußerungen des Inspektors einnahm, auch nicht verweigert worden. Der Zeuge glaubte deshalb, durch die vorherige Anmeldung beim Inspektor sei sein Ausbleiben genügend entschuldigt. Als der Zeuge, nachdem er einen Tag gefehlt hatte, wieder zur Arbeit kam, belegte ihn der Steiger mit einer Strafe von 1,50 Mark. Als sich der Arbeiter deswegen bei dem Inspektor beschwerte, sagte dieser, es bleibe bei der Strafe, im übrigen könne sich ja der Arbeiter weiter beschweren. Der Zeuge richtete dann eine Beschwerde an den Bergatrat Netto. Dieser stellte die Beschwerde dem Inspektor zu, damit sich derselbe darüber äußere. Inspektor Möller ließ nun den Zeugen rufen, stellte ihn energisch zur Rede, weil er sich an den Bergatrat gewandt und nannte ihn einen Lausjungen. Der Zeuge erhielt vom Inspektor sogleich die Kündigung und auf seine Frage, warum er gekündigt werde, sagte der Inspektor ausdrücklich: Weil er sich beim Bergatrat beschwert habe. Gleichzeitig wurde der Zeuge an eine andere Arbeit gestellt, die er bisher noch nicht gemacht hatte. Da es sich um Akkordarbeit handelte, so wurde unter diesen Umständen der Lohn des Zeugen vermindert.

Durch Befragung des Sachverständigen wird festgestellt, daß die Festsetzung einer Geldstrafe gegen den Arbeiter nach der Arbeitsordnung nicht zulässig ist, er hätte aber mit einer Feiertagsstrafe bestraft werden können. — Gerichtsvorsitzender und Staatsanwalt geben der Meinung Ausdruck, daß es eine besondere Milde der Betriebsleitung sei, wenn sie den Arbeiter mit 1,50 M. bestrafe (!), anstatt ihm eine Feiertagsstrafe aufzuerlegen, wodurch ihm ein Schicksal von der doppelten Höhe der Strafsomme verloren ginge.

Der Gedanke, daß die Verhängung einer Geldstrafe für den Bergarbeiter vorteilhafter ist, als die Ansetzung einer Feiertagsstrafe, scheint am Richtertisch keinen Eingang zu finden.

Betriebsinspektor Möller bestätigt im wesentlichen die Darstellung des Zeugen, glaubt aber nicht, daß er denselben einen Lausjungen genannt hat. Er gebrauche wohl bergmännische Kraftworte, aber „Lausjungen“ sei nicht seine Spezialität.

Während der Vernehmung des Zeugen Möller und den zwischenübergehenden Auslassungen eines Sachverständigen, kommt es zu einem Zwischenfall, durch den die Verhandlung einige Zeit unterbrochen wird. Bekanntlich ist es nach den Dispositionen des Vorsitzenden so, daß über jede einzelne unter Anklage stehende Äußerung sowie über jede einzelne unter Beweis gestellte Tatsache gesondert Beweis erhoben wird. Da die einzelnen Vorgänge, welche bewiesen werden sollen, oft ineinander greifen, so ist es natürlich sehr schwer, diesen Rahmen der Verhandlung nicht gelegentlich zu überschreiten. Auch bei der gegenwärtigen Vernehmung Möllers stellt der Verteidiger einige Fragen zu einem in der Vernehmung bereits berührten Vorgang, der aber augenblicklich nicht Gegenstand der Beweishebung ist. — Der Staatsanwalt bemerkt bei dieser Gelegenheit, der Verteidiger überschreite schon wieder den Rahmen der Dispositionen des Vorsitzenden und mache auch Ausführungen, die ins Plaidoyer gehören. — Der Verteidiger bestreitet das, er mache nicht mehr Ausführungen wie der Staatsanwalt. — Hierauf erwidert der Staatsanwalt, er schränke sein Frageroch auf das Äußerste ein, weil er aus dem bisherigen Gang der Verhandlung wisse, daß die Vernehmung durch den Vorsitzenden den Sachverhalt genügend klarstelle, und weil ja hinterher durch den Verteidiger alles noch einmal aufgedrückt und ausgewärmt werde. — Der Vorsitzende stimmt dem Staatsanwalt zu und bemerkt, er sehe davon ab, den Verteidiger zu unterbrechen, weil dieser sonst einen Gerichtsbeschluss herbeiführen werde, und daß er, der Vorsitzende, nach den bisherigen Erfahrungen nur annehmen könne, daß der Verteidiger durch plaidoyerartige Erörterungen den Fortgang der Verhandlung zu verschleppen suche! — Rechtsanwalt Liebnicht verwahrt sich gegen diese Beschuldigung und beantragt, diese Äußerung des Vorsitzenden in das Protokoll aufzunehmen. — Nachdem das geschehen, wird auf Antrag des Staatsanwalts auch die Bemerkung des Verteidigers protokolliert, daß er keine längeren Ausführungen mache wie der Staatsanwalt. Auf Antrag des Rechtsanwalts Liebnicht wird auch die Bemerkung des Staatsanwalts protokolliert: durch den Verteidiger werde alles nochmal aufgedrückt und ausgewärmt.

Ablehnung des Vorsitzenden und des Referenten

Nachdem die Protokollierung beendet war, will der Vorsitzende in der Verhandlung fortfahren. Der Verteidiger ersuchte nochmals um das Wort, weil das verlesene Protokoll den Vorgang nicht zutreffend wiedergebe. Der Vorsitzende ignorierte diese Wortmeldung. Darauf erwidert sich Rechtsanwalt Liebnicht das Wort, um einen Antrag zu stellen und zu begründen. Er erhält das Wort und führt aus: Schon am ersten Tage beim Beginn der Hauptverhandlung habe der Vorsitzende, als der Angeklagte Gärtner in seiner Aussage von den Angaben der Anklage abwich, gesagt, nach seiner — des Vorsitzenden — Kenntnis der Akten, sei er überzeugt, daß das erwiesen werde, was der Angeklagte bestritt. Bei der Vernehmung des Polizeiwachmeisters Aum habe der Vorsitzende mit Bezug auf eine Äußerung des Angeklagten, die von dem Zeugen Aum vorgebracht wurde, die Bezeichnung „Unverschämtheit“ gebraucht. Als der Zeuge Aum einen der Zeugen Spion nannte, habe der Vorsitzende diese Bezeichnung ungerührt hingehen lassen, während die Bemerkung des Verteidigers, dem Polizeiwachmeister Aum sei ein hohes Maß von Antipathie gegenüber dem Angeklagten Gärtner eigen, Anlaß zu einer Rüge des Verteidigers gegeben habe. Der Vorsitzende habe wiederholt einer dem Angeklagten nicht freundlichen Gesinnung Ausdruck gegeben, er habe grobe Beschuldigungen von Arbeitern durch Betriebsbeamte als nicht gravierend bezeichnet, während der Verteidiger wegen einer der beleidigenden Charaktere durchaus entbehrenden Bemerkung zu dem Sachverständigen, Bergatrat Woselt, in eine Ordnungstrafe genommen wurde. Soeben habe der Vorsitzende dem Verteidiger den Vorwurf gemacht, er beschuldige, die Verhandlung zu verschleppen. Dieser Vorgang sei im Protokoll, an dessen Abfassung der Referent, Landgerichtsrat Meyer, mitgewirkt habe, nicht zutreffend wiedergegeben, es sei nicht richtig, daß der Verteidiger, wie im Protokoll vermerkt, plaidoyerartige Ausführungen gemacht habe. Der Vorsitzende habe, als zur Sprache kam, daß Polizeiwachmeister Aum im Zeugenzimmer sagte, der Sekretär des Angeklagten Gärtner müsse ein Ende gemacht werden, bemerkt, es sei nur zu loben, wenn der Heizer ein Ende gemacht werde. Das Verhalten des Vorsitzenden lasse nach dem Angeführten die erforderliche Objektivität vermischen. Weil aus diesen Gründen die Befangenheit des Vorsitzenden, Landgerichtsrat Buchholz, sowie des Referenten, Landgerichtsrat Meyer, zu bezweifeln sei, so lehnt der Verteidiger im Einverständnis mit dem Angeklagten Gärtner diese beiden Mitglieder des Gerichts ab.

Infolge des Ablehnungsantrages des Verteidigers, der schriftlich formuliert eingereicht und in Gegenwart des Landgerichtspräsidenten verlesen wurde, fand eine mehrstündige Unterbrechung der Sitzung statt. An Stelle der beiden beanstandeten Mitglieder des Gerichtshofes wurden zwei Ersatzrichter herbeigezogen. Die so vervollständigte Kammer beschloß: Der Ablehnungsantrag des Verteidigers wird verworfen. Nach der Strafprozeß-Ordnung sei ein Ablehnungsantrag wegen Befangenheit von Befangenheit nur vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses bei Beginn der Hauptverhandlung zulässig. Wenn der Verteidiger sich darauf berufe, daß die Gründe, welche die Befangenheit der Richter rechtfertigen sollen, erst im Laufe der Verhandlung hervorgetreten seien, so gebe das keinen Anlaß, eine Ausnahme von den Bestimmungen der Strafprozeßordnung zu machen.

Landgerichtsrat Buchholz als Vorsitzender und der Referent Landgerichtsrat Meyer nahmen wieder am Richtertische Platz. — Die Verweigerung über Mißhandlungen und Beschimpfungen von Arbeitern der Stadtgrube durch Borgefeste wird fortgesetzt. — Mit großer Sicherheit behandelte ein Zeuge, Arbeiter Wodenstein: Ein Mann kam aus dem Kontor des Inspektors. Dieser ging hinter dem Manne her, und ohne daß ein Wortwechsel vorausgegangen war, schlug Inspektor Möller den Mann mit einem Stock über den Kopf. Der Mann fiel zu Boden und schrie: Mein Kopf, mein Kopf! Dann kamen zwei Arbeiter aus dem Bedenhaus und schlugen auch auf den Mann ein. Auf Fragen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts, aus welchen Gründen denn die Arbeiter auf einen ihrer Kameraden geschlagen haben sollten, antwortet der Zeuge, er glaube, diese Arbeiter wollten sich dadurch beim Inspektor lieb machen. — Dem Inspektor Möller wird die Aussage des Zeugen Wodenstein feierlich entgegnet. Er sagt zunächst, er könne sich auf einen solchen Vorfall nicht bestimmen. Später erklärt der Inspektor auf eine dahingehende Frage des Verteidigers, die Angaben des Zeugen Wodenstein seien unwahr. — Wodenstein bleibt bei seiner Aussage und erklärt, was er hier mitgeteilt, habe er selbst gesehen, es handele sich nicht um die Mißhandlung des Arbeiters Schiemenz, die hier schon früher erörtert wurde, sondern um einen hier noch gar nicht besprochenen Fall. — Auf eine Frage des Angeklagten Gärtner, ob der Inspektor Möller sich nicht entsinne, daß er, Gärtner, mit ihm über diesen Fall gesprochen habe, antwortet Möller, ja, wenn es der Fall Zimmer sei, dann erinnere er sich desselben. Er gibt nun eine Darstellung eines Zusammenstoßes mit einem Arbeiter Zimmer, bei dem er, der Inspektor, wieder der Angegriffene gewesen sei, der sich des Angreifers nur erwehrt habe. — Es stellt sich jedoch heraus, nachdem der Zeuge Wodenstein Einzelheiten des von ihm behandelten Falles angegeben hat, daß es sich hierbei nicht um den Fall Zimmer, sondern um einen ganz andern Fall handele.

Der „gute Ton“ der Borgefesten

den sie den Arbeitern gegenüber anzuschlagen pflegen, wurde kurz vor Schluss der heutigen Sitzung durch den Steiger Kreisfmann an Gerichtsstelle illustriert. Der Zeuge Wodenstein gibt an, er sei von diesem Steiger anlässlich seiner Arbeitsleistung mit Schlägen bedroht. Der Steiger habe mit erhobenem Stock vor ihm gestanden. — Steiger Kreisfmann wird dem Zeugen gegenübergestellt. Dieser erzählt den Vorgang, in dessen Folge er von dem Steiger mit Schlägen bedroht wurde, in allen Einzelheiten. Dabei ist auch die Rede davon, daß der Zeuge durch den Steiger sich im Arbeitsverhältnis zurückgesetzt fühlte. — Hier fällt Steiger Kreisfmann mit sehr kräftiger Stimme, im unterfälschten Unteroffiziersston ein und schnauzt den Zeugen Wodenstein an: „Reden Sie nicht solch dummes Zeug! Wie soll ich dazu kommen, Sie fragt Rechtsanwalt Liebnicht den Steiger Kreisfmann: Herr Zeuge, pflegen Sie immer in so freundlichem Tone mit den Arbeitern zu verkehren? — Der Steiger bleibt die Antwort auf die Frage schuldig. Aus dem Zuhörerraum erfolgt dagegen der mehrfache Ruf: Ja wohl! Vorsitzender und Staatsanwalt sagten zu dem Auftreten des Zeugen, Steiger Kreisfmann, kein Wort. Steiger Kreisfmann bestreitet auch, daß er den Zeugen Wodenstein mit erhobenem Stock bedroht habe. Nicht, weil er solche Handlungen für unpassend hält, sondern, wie er wörtlich sagte: Wenn ich den Stock erhoben hätte, dann hätte ich Ihnen auch eins übergezogen. Rechtsanwalt Liebnicht: Sie meinen also, man trägt den Stock nicht umsonst.

Das Verbrechen von Courrières.

Ein Stimmungsbild.

Ein deutscher Bergmann schreibt uns unterm 21. März aus Lens: In der Eisenbahnlinie von Douai nach Lens liegen die Gruben und die Courrières-Compagnie. Der Schacht III, der Schauplatz der Explosion, liegt in Merincourt. Das Feuer, welches dort in einem Revier ausgebrochen war, wurde auf Veranlassung der Arbeiter-Lektoreure eingedämmt, aber die Mauer war zu schwach und eine Explosion der Gase brachte das Feuer am 10. März durch Einsturz der Mauer zum Durchbruch. Da Schacht II und IV mit dem Schacht III verbunden sind, diese Gruben auch von Schacht III aus bewettert werden, griff das Feuer nach diesen Schächten über und fand, da hier nicht beriefelt wird, reichliche Nahrung an dem lagernden Kohlenstaub. 1200 Bergleute fanden nach bisheriger Schätzung ihren Tod, 1079 Annapen sind noch im Schacht begraben. Dies und die schlechten Löhne war die direkte Veranlassung, daß ein Streik ausbrach, der sich auf das ganze Kohlenrevier Pas de Calais ausdehnt. Das Revier hat drei Bergarbeiter-Subsidiäre, die sogenannten Waschischen, nach dem Bürgermeister von Lens und sozialistischen Abgeordneten so genannt, bekannt auch unter dem Namen „Fédération régionale pour trois syndicats“. Dieses Syndikat hat circa 30 000 Mitglieder, außerdem besteht noch eine Vereinigung anarchistischer Charaktere, die aber nur 200 Mitglieder zählt, daher ohne Bedeutung ist. Nach Ausbruch des Streiks wurde unter Führung des Generals Jozelet sofort Militär nach Lens geschickt. Militär und Gendarmen durchstreifen die Stadt, aber kümmern sich wenig um die Massen der Demonstranten, die unter Vorantragen einer roten Fahne und unter Abfingung der Internationale die Stadt durchziehen. Am 20. d. Mts. wäre es aber bald zu einem Zusammenstoße gekommen. Die anarchistische Vereinigung unter Leitung ihres Führers führte auf die Mairie los, wo um 2 Uhr die Versammlung der Vertrauensleute der sozialistischen Syndikate stattfand. Berittene Gendarmen hatten auf beiden Seiten der Mairie die Straßen gesperrt. Unter lauten Rufen drangen die Bergleute auf die Gendarmen ein, die aber nur die Menge zurückdrängten, ohne aggressiv zu werden. Wie hätte in Deutschland in einem solchen Falle der Säbel gehaust! Als der Ansturm immer wilder wurde, verhaftete man den Führer, einen bekannten Anarchisten, und es trat etwas Ruhe ein. Das begleitende Musikcorps spielte dabei ruhig weiter und obwohl ich mich mitten im Getümmel begeben hatte, sah ich nicht, daß jemand ein Haar gekrümmt wurde. Die Versammlung verlief erregt! Als Ost hielt der Genosse Wignann, Redakteur der „Deutschen Bergarbeiterztg.“, die Einleitungsrede. Er setzte den französischen Bergleuten untereinander, daß ihre Beiträge erhöht werden müßten, wenn sie den Unternehmern kampfergötter gegenüber treten wollten; jetzt beträgt der Monatsbeitrag 50 Pf. Darauf sprachen Wasch, Curard, Vergnet usw. Bei der Abstimmung über die Frage, ob der Streik fortzuführen sei, wurde mit Einstimmigkeit zustimmend votiert. Die Forderungen wollen die Kapitalisten nur zum Teil erfüllen, an der Forderung eines Minimallohnes scheitern die Herren durchaus keinen Gefallen finden zu können. Die Maximaldividenden lieben sie desto inniger.

Im französischen Bergbau wurde das Ueberflüchtensumwesen ebenso stark forciert wie in Deutschland. Es sollen aber doch wenig Kohlen gelagert sein. Unsere Kameraden des Ruhrgebietes müssen nun dafür sorgen, daß das deutsche Unternehmertum keine Kohlen nach Frankreich liefern kann, indem sie das Verfahren von Ueberflüchten verweigern.

Soweit das Schreiben! Der Bergarbeiterverband wird sich jedenfalls mit der Angelegenheit beschäftigen. In der letzten Nummer des Verbandsorgans lesen wir:

„Zur Unterstützung der Opfer von Courrières hat unser Vorstand zunächst 6000 M. bewilligt. Er wird aber nochmals Stellung zu dieser Sache und auch zu dem jetzt ausgebrochenen Streit nehmen, wenn unser nach dort entsandter Kamerad zurückgekehrt ist und genaue Aufklärung über die Situation gegeben hat.“

Die kapitalistische Presse freut sich mitteilen zu können, daß aus dem Ruhrrevier täglich große Sendungen Kohlen und Koks nach Frankreich abgehen.

Unser Pariser Korrespondent schreibt unterm 22. März:

Was zu befürchten war, ist eingetroffen. Der Gegenlag zwischen den zwei Bergarbeiterorganisationen hat zu heftigen Konflikten, ja Gewalttätigkeiten geführt, die den Unternehmern wie gerufen kommen. Die alte Bergarbeiter-Föderation unter Gailly und Lamendin hatte sich auf Zureden des von der sozialistischen Partei entsandten Genossen Douvri, Deputierten von Montceau-les-Mines beteiligt, eine Delegation der „jungen“ Föderation zu ihrem Kongreß einzuladen, aber statt dieser Delegation kam ein Zug von Anhängern dieses Verbandes in der Absicht, den Kongreß zu sprengen.

Die Situation ist nun so verfahren wie möglich. Der alte Verband ist weitläufiger als der junge, der nur um Lens herum Anhänger hat. Aber die „Jungen“ vereinigen sehr hitzige Elemente und sie haben das populäre Schlagwort der „vier Achten“ für sich: 3 Stunden Arbeit, 8 Stunden Schlaf, 8 Stunden Ruhe, 8 Pf. Lohn. Sehr wenig erfreulich ist die Art, wie sich beide Parteien mit dem Wortvorträtieren, von „Fremden“ geführt zu werden, von „Parlamentarier“ sagen die einen, von „Anarchisten“ die anderen. Sehr seltsam ist aber jedenfalls, daß die Syndikalisten, die das Prinzip der proletarischen Selbstbefreiung so unbedingt festhalten wollen, sich von der Genossin Sorque beraten lassen, einer „Intellektuellen“, die sogar an den wirklich wenig klassenkämpferischen „interparlamentarischen Friedenskonferenzen“ teilnimmt. Uebrigens versichern beide Föderationen noch wie vor ihre Veretlichkeit zur Einigung, leider in Wendungen, die ihre Verwirklichung eher noch zu erschweren scheinen. Wasch hat überdies neben dem Protest gegen die Agitation der „Jungen“, der vom Kongreß mit 171 gegen 4 Stimmen angenommen wurde, als Bürgermeister von Lens ein eigenes Manifest gegen die „von landfremden Individuen geführten Gewalttäter“ verfaßt und anhängen lassen. Es heißt auch, daß einige tausend Anhänger der alten Genossenschaft nach Lens kommen wollen, um gegen die „Jungen“ zu demonstrieren.

Was nun den Streik betrifft, so ist vorläufig der Meinungsgegenlag nicht von praktischer Bedeutung, da auch die „Alten“ auf dem Kongreß das Angebot der Gesellschaften zurückgewiesen haben. Aber sie sind geneigt, mit den Unternehmern ihre einzelnen Forderungen zu diskutieren und geben so den „Jungen“, die die einfache Formel für sich haben, eine gute Gelegenheit zu Angriffen und wohl auch Verbädigungen, die in den erhitzten Gemütern auf einen fruchtbaren Boden fallen.

Ueber die

Streiklage

wird folgendes gemeldet:

Lens, 23. März. In einem Schreiben an den Deputierten Wasch, den Präsidenten des Aien Syndikats, führt der Direktor der Gruben in Lens im Namen sämtlicher Grubenbesitzer aus, er habe alle möglichen Zugeständnisse gemacht, eine neue Zusammenkunft mit den Arbeiterabgeordneten würde unnütz sein und würde im übrigen Hoffnungen erwecken, die zu erfüllen unmöglich wäre. Der Brief schließt, indem er die Hoffnungen ausspricht, daß die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit nicht aufschieben werden, die nur dem Auslande zu gute käme und den Gesellschaften Verluste brächte, die ihnen nicht gestatten würden, die bedingungsweise zugestandenen Vorteile aufrechtzuerhalten. Das Schreiben wird Sonntag dem Arbeiterkongreß mitgeteilt werden.

Lens, 23. März. Die aus Anlaß der Kundgebung vor dem Stadthause am Dienstagvormittag Verhafteten erschienen heute morgen vor dem Justizpolizeigericht. Das Urteil lautete gegen Broutoux auf zwei Monate, gegen drei andere Angeklagte auf 8, bezw. 10 und 20 Tage Gefängnis.

Im Kampfe gegen

das Feuer

kommen die Mannschaften wenig vorwärts; über den Stand der Arbeiten wird berichtet:

Lens, 23. März. Trotz aller Bemühungen machen die deutschen und die französischen Mannschaften keine Fortschritte in ihrem Kampfe gegen die Feuerbrunst und die Schwierigkeiten sind noch immer so groß wie zuvor. Sobald das Feuer auf eine Strecke von einigen Metern gelöscht ist, bricht es immer wieder von neuem aus, noch bevor man an die Erneuerung der Holzverschalung der Schächte gehen kann; und der Kampf muß wieder aufgenommen werden. Meist tritt der Wiederausbruch des Feuers ein, während man die Mauern der Gänge abfließen läßt, um die Verschalung vorzunehmen. Dabei ist aber das Verschalen unumgänglich notwendig, denn das durch das Feuer in morschen Koks umgewandelte Gestein würde zusammenstürzen, wenn nicht große Vorsichtsmaßnahmen getroffen würden. Auch heute nacht gelang es den Feuerwehrlenten nicht, einen Fortschritt zu erzielen. Man geht jetzt daran, das Feuer von zwei Seiten anzugreifen und zu umgeben. Heute morgen wurden zwei Leichen zutage gefördert, die man bei den Aufräumarbeiten unter dem Gestein gefunden hatte. Die Jugendcommission spricht in ihrer heutigen Bekanntmachung aus, daß der Kampf gegen das Feuer, das schwächer zu werden scheint, energisch fortgesetzt werde.

Hilfsleistung für die Hinterbliebenen.

Daß für die Hinterbliebenen ausreichend gesorgt wird, ist nicht mehr als Pflicht der Gesellschaft, die solche Unglücke möglich macht. Wenn die bürgerliche Presse von den Hilfsaktionen so außerordentliches Aufsehen macht, so können wir den Weidwändlungen nicht folgen. Es wird doch nur ein winzig kleiner Teil der Schuld abgetragen, die man sich aufgeladen hat. Mit dem vielen Getöse über die Spenden usw. will man ja schließlich nur das Schlimme retten. Nicht nachträglich geschlagene Wunden etwa zu lindern, ist die Hauptaufgabe, sondern die Verwundungen verhindern. Aber es rührt sich keine Stimme im bürgerlichen Lager, welche nun energisch die endliche Erfüllung der berechtigten Arbeiterforderungen zum Schutze für Gesundheit und Leben verlangt. Mit ein paar hingeworfenen Gnadenbroden glaubt man den Arbeitern gegenüber alles gut machen zu können. Das zeigt sich auch in der „Erkung“ der Rettungsgesellschaften. Mit Gold und Weidwänden will man sie belohnen. Man hat offenbar kein Empfinden dafür, daß dadurch die Zahl der Arbeiter herabgewürdigt wird. Wir schämen die Annapen so sehr, daß wir überzeugt sind: Ihr Werk selbst ist ihr Schandmal! Sie haben es nicht verdient, wie für sportliche Leistungen forciert zu werden.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freieremplaren sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 24. März.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Der Heflerlag.  
Schauspielhaus. Der Erbfolger.  
Deutsches. Oedipus und die Sphinx.  
Neues. Bombardade. Vorher: Die Neuwermählten.  
Berliner. Zar Feodor Joannowitsch.  
Nachmittags 3 Uhr: Schiller-  
vorstellung: Maria Stuart.  
Weiten. Schönenleier.  
Nachmittags 3 Uhr: Emilia Galotti.  
Leistung. Roter Lampe.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Der Vogel im Käfig.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-  
städtisches Theater). Ueber unsere  
Kraft. (1. Teil.)  
Zentral. Die Geisha.  
Metropol. Kuf ins Retropol.  
Walhalla. Heinrich Heine. Die  
Ballhaus-Anna.  
Komische Oper. Hoffmanns Er-  
zählungen.  
Kleines. Kinder der Sonne.  
Reizendes. Der Brinzgemahl.  
Trianon. Loulou.  
Carl Weiß. Die lebende Brücke  
auf Kuba.  
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.  
Thalia. Bis früh um fünf.  
Nachmittags 3 Uhr: Emilia Galotti.  
Zwischen. Der Südensied. Die  
Dienstboten.  
Deutsch-Amerikanisches. Er und  
Ich.  
Kafino. Die Herren Söhne.  
Hoftheater. Das bummelnde Berlin.  
Spezialitäten.  
Herrnsfeld. Familienlag im Hause  
Breitstein.  
Folies Caprice. Der Schmod.  
Dalles u. Co.  
Wintergarten. Saharet: „Die  
Kaiserin der Sahara“. —  
Spezialitäten.  
Velle Alliance. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Vespere. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die Fortschritte  
der Funken-  
Telegraphie.  
Sternwarte. Invaliden-  
str. 57/62.  
Carl Weiß-Theater.  
Or. Neuanfuhrstr. 132  
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung  
(keine Preise).  
Abends 8 Uhr:  
Succowitzchen u. die sieben Zwerge.  
Nur noch wenige Aufführungen  
Die lebende Brücke auf Kuba  
W. Noacks Theater.  
Direktion Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Kostüm-Fest  
des Gesangsvereins „Eintracht“ und  
des Lotterievereins „Sternelle“.  
Sonntag: Othello, der Mohr von  
Venedig.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
Bernhard Rose-Theater  
Gesundbrunnen, Badstraße 56.  
Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Kommas  
Abends 7 Uhr:  
Goldene Berge.  
Billet-Borverkauf Sonntag vor-  
mittag 10-1 Uhr.  
Fröbels Allerlei-Theater  
Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag und Mittwoch:  
Konzert  
Theater, Spezialitäten, Tanz.  
Nachmittags 6 Uhr, Mittwoch 8 Uhr.  
Sonnabende für Sommer-  
feste sind noch frei.  
Palast-Theater  
Burgstr. 24, 2. Min. v. Bh. Börse.  
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Neu! Johnke Compagnie Neu!  
Red. Pantomime.  
Elsa & Magda  
Evolution auf Doppel-Draht  
Montanis  
Hunde und Katzen.  
Margarit und Deltmar  
Tanz-Duo.  
'ne feine Nummer!  
Bücherei von Max Koch

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Der Vogel im Käfig.  
Schausp. in 5 Akten v. El. Großmann.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Die Nacht der Finsternis.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Ehre.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Hofganst.  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wdh. Th.).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Ueber unsere Kraft. (1. Teil).  
Schausp. in 4 Akten von Björnsterne  
Sjörnson.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Romeo und Julia.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Ueber unsere Kraft. (2. Teil).  
Montag, abends 8 Uhr:  
Ueber unsere Kraft. (1. Teil).

**65 Abessinier** in  
**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

**Männerchor „Georgina 1879“**  
(M. d. A.-S.-B.)  
Chormeister: Herr Paul Welrich.  
Sonntag, den 25. März 1906:  
KONZERT  
im Deutschen Hof, Luckauerstraße 15,  
unter Mitwirkung des  
Berliner Sinfonie-Orchesters.  
Dirigent: Maximilian Fischer.  
Liedertexte gratis. — Rau che höchst verboten.  
Nach dem Konzert: **BALL.**  
Anfang präzise 7 Uhr. Entree inkl. Tanz 60 Pf.  
Näheres ergeben die Plakate an den Säulen am 25. März.

**Zirkus**  
**Albert Schumann**  
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:  
XXVII. Grande Soirée High Life.  
Gala-Programm. U. a.:  
Zum 3. Male:  
Die neueste Sensation Berlins!  
Direkt von China importiert.  
**Chinesische Fischer**  
mit ihren hier noch nie gesehenen  
**Cormorants**  
Das gr. Naturwunder.  
Chinesische Fischer fangende  
**Zauberwögel.**  
Mlle. Louise Marys  
**Eisbären.**  
Sonntag: 2 Galavorst., nachm. 3 1/2 Uhr  
(ein Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.

XI. Berliner Saison.  
**Zirkus Busch.**  
Parade-Gala-Abend.  
Um 9 1/2 Uhr! Neu! Dressierte  
**70 Eisbären 70**  
unter persönlicher Vorführung  
des Herrn Hagenbeck.  
Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr):  
Zum 125. Male:  
Die neueste und größte Sehens-  
würdigkeit Berlins:  
◆ **Indien.** ◆  
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.  
Besonders hervorzuheben:  
**Eine Tigerjagd.**  
Avis! Morgen 2 gr. Vorstellungen,  
nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.  
In beiden Vorst.: 70 Eisbären,  
Indien und die vorzüglichsten  
Gala-Programmnummern.

**Apollo-Theater.**  
9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!  
Das bummelnde Berlin.  
Burdette mit Gesang und Tanz in  
drei Akten von Demo Jacobson.  
Musik von Rudolf Nelson.  
Im 3. Akte: **La Hutschiche.**  
Solo: **Liane d'Ève.**  
Vorher 8 Uhr: Die glänzenden  
Spezialitäten.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner  
Luft und Spezialitäten.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute zum 146. Male,  
morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Brinzgemahl.**  
Seltlicher Schwank in 3 Akten von  
L. Kanroß und F. Chancel.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine  
Kammerzofe.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u.  
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Gebrüder  
**Herrnsfeld-Theater.**  
**Familientag**  
im  
**Hause Prellstein**  
mit den Autoren Anton u. Donald  
Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.  
**Voranzeige!**  
Sonntag, den 1. April:  
**Abschieds-Vorstellung**  
mit vorübergehendem Festakt  
u. Verabschiedung eines Souveniers  
in Form eines Albums, welches  
den Bestegang des Herrnsfeld-  
Theaters mit interessanten Ab-  
bildungen enthält.

**Passage-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Das neue März-Programm.  
**Antoinette Sohns**  
Koloratur-Sängerin.  
**Geschwister Flokati,**  
Gesang und Tanz-Duo.  
**Fritz Schönbauer**  
mit seinen lustigen Geschichten.  
14 originelle Spezialitäten.

**Folies Caprice**  
Budapester Possen-Theater  
132 Linienstr. 132.  
Ecke Friedrichstraße.  
Zum 8. Male:  
**Der Schmock**  
und  
**Dalles & Co.**  
Anfang 8 Uhr.  
Kasse den ganzen Tag geöffnet.  
Vorverkauf bei Bertheim.

**WINTERGARTEN**  
Letzte  
Vorstellungen  
der australischen Tänzerin  
**Saharet**  
als  
**Kaiserin der Sahara.**  
Außerdem  
das glänzende März-Programm.

**Otto Pritzkowski**  
**Berliner Abnormitäten-  
und Biograph-Theater**  
Münzstr. 16. Münzstr. 16.  
**Welt-Biograph** seitdem  
Sy Sy ? ? ? ? ?  
Die Wunder - Niliputaner!  
Die Künstlerin!

**Urania** Tauben-  
str. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Die Fortschritte der Funken-  
Telegraphie.  
**Sternwarte** Invaliden-  
str. 57/62.  
**Carl Weiß-Theater.**  
Or. Neuanfuhrstr. 132  
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung  
(keine Preise).  
Abends 8 Uhr:  
Succowitzchen u. die sieben Zwerge.  
Nur noch wenige Aufführungen  
Die lebende Brücke auf Kuba  
W. Noacks Theater.  
Direktion Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Kostüm-Fest  
des Gesangsvereins „Eintracht“ und  
des Lotterievereins „Sternelle“.  
Sonntag: Othello, der Mohr von  
Venedig.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

**Kasino-Theater**  
Polbringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Die Herren Söhne.**  
Vollstück in drei Akten von  
Walter u. Stein.  
Vorher  
das neue bunte Märzprogramm.  
Sonnt. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Neu! Einquartierung.  
Mit Humoreske v. Kewfel  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das sensationelle,  
vollständig neue  
**März-Programm.**  
Nur Schlager.

**Krug zum**  
**Grünen Kranze**  
**Alexanderplatz**  
== (im Keller) ==  
Allabendlich:  
**„Fidelitas!“**  
Damen-Orchester  
Bedienung  
nach Münchener Art.  
**Entree frei.**  
Skia v. 200-1000 Pers. fassend.

Sie empfehlen:  
**„Sozialdemokratische  
Gemeindepolitik“.**  
Kommunalpolitische Abhandlungen.  
Heft 1: Das kommunale Wahlrecht  
von **P. Hirsch**  
und **Dr. Lindemann.**  
Preis 50 Pf.  
Agitationsausgabe 30 Pf.  
Eine Darlegung der historischen  
Entwicklung der Bürgergemeinde  
bis zur heutigen Umwohner-  
gemeinde sowie der heute gelten-  
den Wahlrechte zu den kom-  
munalen Vertretungen.  
Heft 2: Kommunale Arbeiterpolitik  
von **Dr. H. Lindemann.**  
Preis 60 Pf.  
Agitationsausgabe 40 Pf.  
Eine Kritik der Arbeiterpolitik  
der Gemeinden an der Hand  
zahlreicher Beispiele und eine  
ausführliche Begründung für die  
Notwendigkeit der Arbeiter-Tar-  
iforje durch die städtischen Ver-  
waltungen.  
Heft 3: Kommunale Schulpolitik  
von **Dr. Max Quarek.**  
Preis 1.- R.  
Agitationsausgabe 50 Pf.  
Die Broschüre enthält reiches  
Material zur Beurteilung der  
Vollschulkustände im Deutschen  
Reich.  
Heft 4: Kommunale Wohnungspolitik  
von **P. Hirsch.**  
Preis 1.- R.  
Agitationsausgabe 50 Pf.  
Eine Untersuchung der Ursachen  
und eine Schilderung der Folgen  
der Wohnungsnot sowie eine ein-  
gehende Darstellung der bisher  
von den Gemeinden dagegen ge-  
troffenen Maßnahmen, daran an-  
knüpfend die sozialdemokratischen  
Forderungen.  
Heft 5: Steuern und Gebühren  
von **Dr. H. Lindemann.**  
Preis 60 Pf.  
Agitationsausgabe 30 Pf.  
Der Verfasser gibt eine Ueber-  
sicht über die gesetzlichen Bestim-  
mungen in den Einzelstaaten  
und zeigt, wie innerhalb dieser  
eine verhältnismäßig vernünftige  
Steuerpolitik möglich ist.  
**Expedition des Vorwärts**  
Berlin SW. 68  
Laden. Lindenstr. 69. Laden.

**Allen voran**  
sagten wir uns vor einem Jahre, als wir unser Geschäft  
gründeten,  
**auch heute**  
stehen wir wiederum allen voran.  
**Warum? Weil wir**  
mit dem heutigen Tage eigene große Betriebswerkstätten  
eröffneten.  
**9438 Herren**  
tragen während des ersten Jahres unseres Bestehens unsere  
Konfektion. Dieses dürfte ein bereites Zeugnis von unserer  
außerordentlichen Leistungsfähigkeit ablegen. Wir haben auch  
jetzt zur bevorstehenden Frühjahrs-Saison große Abschlüsse mit  
den allerbedeutendsten Fabriken gemacht, so daß wir in der  
Lage sind, unsere alten Grundsätze hochzuhalten.  
**Unsere Grundsätze:**  
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.  
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.  
**Originalentwurf!  
Nachdruck  
verboten.**  
**LESKE & LEHRER**  
78 Kottbuser Damm 78  
**Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Garderobe**  
fertig und nach Maß.  
Da wir unsere sämtlichen Maßsachen in eigenen großen, der Neuzeit entsprechend  
engerichteten Betriebswerkstätten anfertigen lassen, so richten wir an unsere werten  
Kunden die ergebene Bitte, uns Maßbestellungen für die Frühjahrsaison schon jetzt  
zu machen. Wir richten diese ergebene Bitte nur aus dem Grunde an das Publikum,  
damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Sachen auf das sorg-  
fältigste verarbeiten zu können.  
Die jetzt bestellten Sachen können auf Wunsch auch später abgenommen werden.  
Auf vielseitiges Verlangen aus unserem werten Kundenkreise, denen es nicht möglich, am Jubiläums-  
tag ihre Einkäufe zu machen, haben wir uns entschlossen, auch diesen Sonnabend, den 24.  
und Sonntag, den 25. März, beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine hochelegante  
bunte Weste gratis zu verahfolgen.  
Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.  
Eigene große Betriebswerkstätten: Neue Hobrechtstr. 59-60.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Boubouroche.**  
Vorher: Die Neuvermählten.  
Sonntag: Ein Sommernachtsraum.  
Montag: Erdgeist.  
**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Kinder der Sonne.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtsay.  
Abends 8 Uhr: Kinder der Sonne.  
**Zentral-Theater.**  
(Operette.) 8 Uhr:  
**Die Geisha.**  
**Komische Oper.**  
Sonnabend, den 24. März 1906,  
abends 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte  
Preise: Hoffmanns Erzählungen.  
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.  
Montag: Figaros Hochzeit.  
**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Störenfried.**  
Die Dienstboten.  
Sonntag nachm.: Wilhelm Tell.  
Abends: Auf eigenen Füßen.  
Montag: Auf eigenen Füßen.  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die von Hochsattel.**  
Morgen nachm. 3 Uhr: Biederleute.  
Abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.  
**Walhalla-Theater**  
**Heinrich Heine.**  
Auffspiel in 3 Akten von H. Heine.  
Vierauf:  
**Die Ballhaus-Anna.**  
Vosse u. Gell. 1. Akt u. Baum u. Gell.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.  
Deutsch-  
Amerikanisches  
THEATER.  
Jeden Abend  
8 Uhr!!  
Gastspiel  
**Ad. Philipp.**  
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Ueber'n großen Teich.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
(Bezirk 153.)  
Am 20. März verschied unser  
treues Mitglied, der Handeldmann  
**Bernhard Hüffner.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. d. Mts., nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Thomas-Kirch-  
hofes in Rigdort, Hermannstraße,  
aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Wirtler  
**Artur Demuth**  
am 21. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Kaiserlich-Kirchhofes  
in Weihensee aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Helfer  
**Oskar Nimitz**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
115/1 Die Ortsverwaltung.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Mechaniker  
**Paul Huchedai**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 24. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Rogareth-Kirchhofes  
in Reinickendorf, Berlinerstraße,  
aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-  
Verein der Schmiede**  
u. verwandten Gewerbe Deutschl.  
Zahlstelle Berlin III.  
Am Dienstag, den 20. d. Mts.,  
starb unser Mitglied  
**Max Pöhnisch**  
im Alter von 21 Jahren an der  
Proletariatskrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 24. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Luisenstädtischen Fried-  
hofes, Rigdort, Hermannstraße,  
aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Allen Spendern und Teil-  
nehmern bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes sage ich hiermit  
meinen herzlichsten Dank. 5742  
Witwe **Obst**, Götterstr. 36.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige  
**Herren-Garderoben.**  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidmeister,  
Große Frankfurter Str. 87, II,  
Eingang Straußberger Platz.

**Alfred Bernhardt,**  
NW., Alt-Moabit 84  
vis-à-vis der Heilands-Kirche. 573L.  
Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung.  
Hervorragende Auswahl in Frühjahrs-Anzügen und Paletots.  
Allen voran halte ich meine Grundsätze hoch.  
× × Streng reelle Bedienung. × × × Preise konkurrenzlos billig aber streng fest. × ×  
Mitglied verschiedener Rabatt-Spar-Vereine. — Berufskleidung.

**Doppelte Rabatt-Norden-Marken**  
oder 10% in barem Gelde bewilligt  
Sonnabend, den 24. und Sonntag, den 25. d. Mts.  
**M. Levinsohns Herren- und Knabenmoden**  
Berlin, Schönhauser Allee 127.  
Die fertige Konfektion sowie Anfertigung nach Maß werden zu staunend billigen Preisen verkauft.  
**M. Levinsohn, Schönhauser Allee 127.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.  
Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, bei Buggenhagen (Moriuplatz), Drancistr. 147:  
**Allgemeine Branchen-Versammlung der Rohrleger und Helfer**  
Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Branchen-Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission.  
4. Verbandsangelegenheiten.  
Bei der überaus wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt notwendig, dass Ihr recht zahlreich und  
**Kollegen!** pünktlich zu der Versammlung erscheint. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

**Achtung! Schlosser! Achtung!**  
Montag, den 26. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:  
**Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Beschlussfassung über die Vorschläge der Meister-Kommission und unsere  
ferteren Maßnahmen.  
Nicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
In dieser Versammlung wird der Tarif der Meister ausgegeben.  
Die Ortsverwaltung.

**Vereinigung der Maler,  
Lackierer, Anstreicher.**  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Filiale Berlin. Telefon: Amt IV, Nr. 9720.  
Am Sonntag, 25. März, vorm. von 9—12 Uhr, findet in allen Bezirks-  
lokalen die **Urabstimmung** über die **Arbeitslosen-Unterstützung** statt.  
Die Lokale sind folgende:  
Bureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Rest. Mensch, Windstr. 12.  
Rest. Stramm, Ritterstr. 123. Rest. Wagner, Andreadstr. 34.  
John, Landwehrstr. 5. Rest. Weihnacht, Schönstr. 21.  
Ricker, Steinmühlstr. 35. Rest. Kluge, Friedrichsberg, Scham-  
weberstr. 5. Rest. Content, Weihensee, Leichter-  
straße 5. Rest. Dreher, Panlow, Florastr. 35.  
Rafin, Ruppinerstr. 42. Rest. „Volkshaus“, Charlottenburg,  
Kosmenstr. 3.  
Rest. Ratsch, Blümlersdorf, Umland-  
straße 71.  
„Zur Linde“, Friedenau,  
Raiser-Allee.  
Reihen, Groß-Lichterfelde,  
Ehaussestr. 104.  
Freil, Rigdort, Rosenstr. 24.  
Ein jedes Mitglied hat die Pflicht, an dieser Abstimmung sich zu beteiligen. Die Ortsverwaltung.

**Anzüge**  
neuester Mode  
**Robert Bohn,**  
Berlin N., Invalidenstr. 135.  
Herren- u. Knaben-  
Garderoben  
fertig u. nach Maß.  
Streng reell!

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Bureau: Linienstr. 215. Geöffnet von 9—1 u. 4—8 Uhr. Tel.: Amt 3, 933.  
Sonntag, den 25. März 1906, mittags 12 1/2 Uhr, im Lokale von  
**Senfleben, Johannisthal, Friedrichstraße, Ecke Köpenickerstraße:**  
**Kombinierte Versammlung**  
der Bezirke Schöneweide-Johannisthal.  
Tagesordnung: 1. Die Zweckmäßigkeit der Einführung eines einheit-  
lichen Beitrages (Lokalbeitrag). Ref.: Bruns. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden, zu dieser Versammlung bestimmt und pünkt-  
lich zu erscheinen. 64/8 Die Bezirksleitungen.

**Achtung! Kleber! Achtung!**  
Som 26. März bis 9. April tritt für die Kleber die große Kontroll-  
marke in Kraft und muß sich dieselbe im sechsten Felde der Karte befinden.  
Die Marken werden verabsolgt  
Sonntag, den 25. März, von 9 bis 12 Uhr, in folgenden Lokalen:  
**Krüger, Lohmeierstr. 8; Stephan, Wienerstr. 31; Döhling,**  
**Kolbergerstr. 29/29; Rieker, Steinmühlstr. 35; Pankow, Verleberger-**  
**straße 32; Büttner, Fruchtstr. 54;**  
sowie Sonnabend und Sonntag bei:  
**Merker, Bergstr. 10; Ralk, Charlottenburg, Vestalozstr. 82,**  
Ouergebäude I und im **Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 35,**  
177/18 Die Verbandsleitung.

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 29/14\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10—2, 5—7. Sonntag 10—12, 2—4  
**Raucht Spree-Blume-**  
Zigaretten.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Achtung! Bürstenmacher! Achtung!**  
Sonnabend, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter,  
Haberstraße 62:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. „Bilder vom russischen Freiheitskampf“. Referent Genosse  
Tarnow. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.  
Um zahlreichen Besuch ersucht  
Die Branchenkommission.

**Branche der Bohner.**  
Sonntag, den 25. März 1906, vormittags Punkt 10 Uhr,  
bei Ahrens, Fruchtstr. 20:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere Stellung im Verbands. 2. Diskussion. 3. Aufnahme  
neuer Mitglieder. 4. Wahl einer Kommission.  
Die Kommission.

**Möbelpolierer.**  
Montag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Königstadt-  
Kasino“, Holzmarktstr. 72:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der Gaukonferenz. Referent: Kol. Schreiber.  
2. Diskussion.  
3. Branchenangelegenheiten, Maßfeier.  
4. Verschiedenes.  
Obige Tagesordnung verpflichtet die Kollegen, Mann für Mann zu erscheinen.  
Die Branchenleitung.  
NB. Wir weisen die Kollegen noch auf den heute abend in der  
„Königsbank“ stattfindenden Maskenball hin.

**Einsetzer!**  
Sonntag, den 25. März, vormittags 9 Uhr, finden in folgenden  
Lokalen die  
**Bezirks-Sitzungen**  
statt:  
1. Bezirk: Blumenstr. 38 bei Kubat.  
2. „Schönhäuser Allee 135 bei Sauer.  
3. „Bredowstr. 11 bei Müller.  
4. „Rosenstr. 24, Rigdort, bei Freil.  
5. „Blowstr. 59 bei Lehmann.  
6. „Falkenstr. 59 bei Mix.  
7. „Volkshaus, Charlottenburg, Kosmenstr. 3.  
8. „Weihenstr. 29 bei Ziets.  
Die Adresse der Obliste ist:  
**W. Kusche, Goldammerstr. 84.**  
**P. Thomalske, Oppelnerstr. 14.**

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.**  
Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauereiarbeiter).  
Geschäftsstelle Berlin C. 54, Unionstr. 191. Fernspr. VII, 2340.  
Sonntag, den 25. März, nachmittags 2 1/2 Uhr,  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 1:  
**Vereins-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Die Aufgaben des nächsten Verbandstages und Anträge zu  
demselben. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 3. Innere  
Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

**Branche der Kistenmacher.**  
Montag, den 26. März 1906, abends 8 1/2 Uhr,  
in den „Andreas-Festfälen“, Andreasstr. 21:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Branchenangelegenheiten. 2. Stellungnahme zum 1. Mal.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.  
Der Obmann.  
**Zur Beachtung!** Die Zahlstelle 51 ist von Alte Jakobstraße  
nach Seidelstr. 22 bei Gärtner  
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Steinarbeiter.**  
Berlin I.  
Sonntag, den 25. März 1906, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung in den Richt-Zimmungs-  
geschäften. 2. Die vorliegenden Anträge zum Verbandstage. 3. Verschiedenes.  
Es sind besonders die Kollegen aus den Grabsteingeschäften ein-  
geladen und auch alle diejenigen Kollegen, die bei Steinsehern oder in ähn-  
lichen Geschäften arbeiten. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Der Vorstand.

**Achtung! Asphaltreue und Pappdachdecker!**  
Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engel-Ufer 15:  
**Versammlung**  
aller in Asphalt- und Pappdachdeckereien beschäftigten  
Arbeiter Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Stellen wie und zum Lohn? 2. Verbands-  
angelegenheiten. 3. Verschiedenes. 290/9  
Es ist Pflicht aller Asphaltarbeiter, hier zu erscheinen!  
Die Ortsverwaltung.

**Wo?** machen wir diesen Sommer unsere Landpartien den?  
Ruch  
Pichelworder **alten Freund.**  
zum  
Partien bis 1500 Personen haben bei schönstem Wetter bequem Platz.  
Es ladet ganz ergebenst ein  
Der alte Freund.  
Küche stets in altbekanntem Güte.

# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

## Besond. vorteilhaft. Angebot für Hausfrauen u. Restaurateure

von Sonnabend den 24. März bis Dienstag den 27. März cr. incl. so lange Vorrat:

## ca. 15000 Dosen Gemüse-Conserven

	2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose		2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose
	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.
Leipziger Allerlei, extra fein	0.90	0.50	Kohlrabi	0.26	—
Leipziger Allerlei, Ia	0.70	0.40	Riesen-Stangenspargel	1.70	0.90
Leipziger Allerlei I	0.48	—	Stangenspargel, stark	1.60	0.85
Kaiser-Schoten, extra fein	1.20	0.65	Stangenspargel, mittel	1.10	0.55
Junge Schoten, I	0.80	0.45	Stangenspargel, dünn	0.95	0.50
Junge Schoten, II	0.55	0.30	Bruchspargel, Riesen mit Köpfen	1.25	0.65
Gemüse	0.38	0.25	Bruchspargel, stark mit Köpfen	1.05	0.55
Spinat	0.45	—	Bruchspargel, dünn mit Köpfen	0.65	0.40
Pfefferlinge	0.50	—	Bruchspargel, ohne Köpfe	—	0.35
Wirsingkohl	0.42	0.23			

## Pa. Brech- u. Schneidebohnen stramme Packung

2 Pfund-Dose 25 Pf.

3 Pfund-Dose 37 Pf.

5 Pfund-Dose 62 Pf.

## ca. 5000 Dosen Frucht-Conserven

	2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose		2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose		2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose
	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.		Mk.	Mk.
Birnen weiss und rot	0.68	0.40	Stachelbeeren	0.65	0.35	Apricosen	1.10	0.60
Pflaumen	0.50	0.30	Ananas-Erdbeeren	1.00	0.55	Pfirsiche	1.10	0.60
Kirschen	0.65	0.35	Melange	—	0.48	Heidelbeeren	0.55	0.30

## Fleischwaren

Pommersche Schlackwurst  
Pommersche Salami  
Prima Jagdwurst

Pfd. 1.10 Mk.  
Pfd. 1.10 Mk.  
Pfd. 1.00 Mk.

Pommersche Zwiebelleberwurst  
Pommersche Rotwurst  
Ia Bratenschmalz

Pfd. 0.50 Mk.  
Pfd. 0.50 Mk.  
Pfd. 0.52 Mk.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

**Eine Mark**  
wöchentl. Teilzahlung  
Lieferung elegant, fertige  
**Herren-Moden.**  
Ersatz für Maß.  
**Maß-Anfertigung**  
feinste Verarbeitung  
Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
An der Jannowitz-Brücke 1, I.  
Direkt am Bahnhof.



Kein Waren-Kredithaus.

**Neu eröffnet! Neu eröffnet!**

## Centrale für Herrenmoden S. LITTMANN

nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2, Station Hochbahn Oranienstraße.

**!! Jeder Käufer erhält ein Geschenk!!**

**Elegante Paletots Herren-Anzüge Konfirmanden-Anzüge Herren-Beinkleider**  
von 10,50 Mark an. von 11,50 Mark an. von 9,50 Mark an. von 2,50 Mark an.

Meine Konfektion zeichnet sich aus durch tadellosten Sitz, vorzügliche Verarbeitung, solideste Stoffe.

**Neu eröffnet! nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2. Neu eröffnet!**



**W. Zapel,**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
Größtes Spezial-Geschäft  
für Seiden- und Filz-Hüte.  
Lager in Schirmen und Mützen.

**Schmöckwitz** Gasthaus zur Palme am Seebüsch.  
(Endstation der „Störn“-Dampfer)

**Hermann Peter.** Telefon: Grünau No. 39.  
Grasfelle mein allbekanntes, herrlich am Bald und Wasser belegenes  
Sofal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.  
Aufspannung und Dampferstege, Regeldampfer, große Matzeckische  
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

„Seglerschloß“ Hankels Ablage a. Zeuthener See u. Wald  
gelogen, ist den vor-  
ehrten Vereinen, Ge-  
sellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle.  
Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich.

**New-Departure-Freilauf-Bremsnabe**  
Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch  
Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.



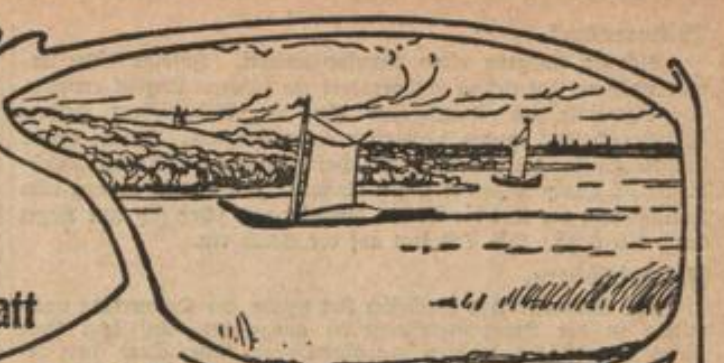







# Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 70. Sonnabend, den 24. März 1906.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Aus Industrie und Handel.

Was sie „verdienen“.

Die Verwaltung der Maschinenfabrik Knyffhäuser hat das Mißfallen der Börsenleute und Aktionäre erregt, weil die diesjährige Dividende nicht die vorjährige von 20 Proz. erreicht. Allerdings für die Knyffhäuser Aktionäre ist das ein harter Schlag, sie sind an ganz andere „Papierlöhne“ gewöhnt. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1897 mit einem Kapital von 400 000 M. gegründet. An Dividenden wurden verteilt bis 1903: 10, 13, 16, 17 1/2, 20, 45 und 60 Proz., in sieben Jahren 181 1/2 Proz.! In derselben Zeit sind circa 550 000 M. für Abschreibungen und Reserven verwandt. Es ist in der genannten Zeit das Aktienkapital 1 1/2 mal in Gestalt von Dividenden zurückgezahlt worden und 1 1/2 mal wurde das Kapital abgeschrieben. Damit waren die Herren Aktionäre aber nicht zufrieden, sie wollten auch den Wertstand ihres Papierbesitzes steigern durch Einführung an der Börse. Zu diesem Zwecke mußte das Aktienkapital auf eine Million Mark erhöht werden. Das geschah, die Aktien wurden zu 312 Proz. eingeführt, der Aktionär konnte sein Papier zu einem mehr als dreifachen Preis verkaufen. Den höchsten Kurs erreichten die Aktien mit 399,50 Proz. Allerdings die Dividende ging zurück! Das erhöhte Kapital arbeitete noch nicht mit, war aber gleich dividendenberechtigt. Es mußte erst der Betrieb erweitert und neue Fabrikation aufgenommen werden. Trotzdem wurden für 1904 doch noch 20 Proz. Dividende verteilt. Lohnt man den Umfang der Kapitalerhöhung unberücksichtigt, so ergibt sich für die acht Jahre Geschäftstätigkeit eine Ausbeute von 946 000 Mark auf 400 000 Mark Kapital. Das „verdienen“ die Aktionäre!

**Bitteres vom Zucker.** Infolge stärkeren Verbrauches, insbesondere durch Exportsteigerung hervorgerufen, ist der Preis des Zuckers auf den Hauptmärkten seit dem 1. März um circa 45 Pfennig pro 100 Kilogramm gestiegen. Der Inlandkonsum ist minimal, der Export um circa 35 Prozent gestiegen. Schlechte Verhältnisse auf Kuba sind die Ursache. Man erwartet noch ein weiteres Anziehen der Ausfuhr nach Amerika, wenn das herrschende Regenwetter auf Kuba noch länger anhält.

**Produktionsrückgang — Ueberschußsteigerung!** Bei der Verg. Bau- u. G. Maschinen ging infolge des Vergarbeiterstreiks die Förderung pro 1905 auf 478 024 Tonnen zurück; die Förderung des Vorjahres belief sich auf 505 464 Tonnen. Trotz des Minus von 6,48 Proz. bei der Produktion stieg der Betriebsüberschuß bei der Kohlenförderung um rund 130 000 M., von 300 162 M. auf 519 327 M. Die Selbstkosten gingen zurück — von 8,15 M. auf 7,94 M. pro Tonne — die Preise stiegen! Auch die Arenbergsche A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb erzielte bei vermindelter Produktion höheren Gewinn. Die Förderung betrug in 1904: 1 401 296 Tonnen, in 1905 nur 1 394 643 Tonnen, der Betriebsgewinn stieg aber und zwar von 3 500 327 M. auf 3 793 803 M. So erholt sich das Kapital von den Streikwunden.

Die Kommission zur Hebung der deutschen Wolllucht hielt kürzlich eine Sitzung ab, an der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und der Landwirtschaft teilnahmen. Es wurde darüber geklagt, daß durch ungeeignete Ernährung der Schafe und mangelhafte Behandlung der Wolle nach der Schur die Qualität sehr leide, wodurch der Landwirtschaft jährlich viele Millionen Mark verloren gingen. Weitere Materialsammlung und entsprechende Verwertung, event. die Abhaltung von Wanderversammlungen, sollen erzielten, der notleidenden Landwirtschaft zu zeigen, wie — ohne Schutzzoll — noch mehr wie bisher aus den landwirtschaftlichen Betrieben herausgeholt werden kann.

Die Bauwirtschaft hat im laufenden Jahre sehr zeitig eingeleitet. Durch die Witterungsverhältnisse äußerst begünstigt, herrscht im Baugewerbe vielerorts schon eine rege Tätigkeit. Seit Jahren schon war die Arbeitslosigkeit im Februar nicht so niedrig gewesen wie im laufenden Jahre. Es waren im Verbands der Zimmerer nur 13,18 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 19,01 im Februar 1905. Am wenigsten entwidelt hat sich das Baugewerbe bisher in Ost- und Westpreußen, teilweise wegen ungünstiger Witterung; dagegen wird besonders in Danzig, Graudenz, Königsberg, Kemel eine lebhaftere Saison erwartet. In der Provinz Brandenburg wird schon flott gebaut, in Frankfurt a. O. wird die Fertigstellung der im Bau begriffenen Häuser ganz besonders forciert, da für das Frühjahr erhebliche Forderungen und in Verbindung damit lebhaftere Arbeitskämpfe erwartet werden. Nennlich unbefriedigend ist die Lage in der Provinz Sachsen; die Anfänge der Frühjahrsebelegung zeigen sich nur recht spärlich, die Ausbauten werden in Dresden, Chemnitz, Leipzig als ungenügend, zum mindesten als mäßig bezeichnet. Auch in Schlesien herrscht noch vielfach Ruhe im Baugewerbe, nur in Breslau und Liegnitz wird schon flott gebaut. In Westfalen, Ologau und Götting ist der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe noch mäßig.

**Zollreform in Dänemark.** Seit längerer Zeit ist man in Dänemark mit der Vorbereitung einer Reform des in verschiedener Hinsicht veralteten, aus dem Jahre 1863 stammenden Zolltarifes beschäftigt. In deutschen Presseorganen ist mehrfach der Vermutung Ausdruck verliehen worden, daß diese Reform im protektionistischen Sinne erfolgen werde. Hierzu schreibt der Handelsvertragsverein:

Ein Sieg der dänischen Schutzzöllner ist auf absehbare Zeit nicht zu befürchten. Dies ergibt sich neuerdings wieder aus einer handelspolitischen Programmrede des dänischen Finanzministers Wih. Lassen, in der er am 16. März im Folkething die leitenden Prinzipien der Zollreform darlegte. Danach erfolgt die Ausarbeitung der Regierungsvorlage unter folgenden Gesichtspunkten:  
1. Es wird festgehalten an dem Prinzip des Einheitstarifes. Wir werden nur einen Tarif vorschlagen und unser handelspolitisches Verhältnis zum Auslande wird wie bisher auf dem System der Meistbegünstigung beruhen, das auch die Basis für unsere Handelsverträge bilden wird. Freihandel ist deshalb für uns die einzig mögliche Politik.  
2. Die Regierungsvorlage wird im allgemeinen eine Ermäßigung des bestehenden Zollschutzes bringen in Uebereinstimmung mit der früheren Stellung des Folkething und seiner letzten Abstimmung über das Zollgesetz.  
3. In Verbindung mit der Ermäßigung der Schutzzölle geht eine Herabsetzung der Zölle auf wichtige Rohmaterialien.  
4. Endlich wird die Vorlage teils Zollermäßigungen, teils Zollfreiheit für verschiedene wichtige und unentbehrliche Konsumartikel bringen, wie Petroleum, Reis, Kaffee, Salz.

Der Minister fügte noch hinzu, daß in Verbindung mit der Zollreform keine Erhöhung der Branntweinsteuer oder Biersteuer vorgeschlagen werden wird. Ebensovienig soll eine Abänderung des jetzigen Verhältnisses zwischen Zuckergoll und Zuckersteuer im fiskalischen Interesse erfolgen.

Unseren Genossen geht das Zugeständnis natürlich nicht weit genug, sie fordern nicht Herabsetzung, sondern Aufhebung der Zölle auf alle Konsumartikel.

**Deutschlands Außenhandel mit Erdöl im Januar 1906.** Nach dem Jahrbuch 1906 der „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel“ betrug die deutsche Einfuhr von Erdöl im Januar 1906 im Spezialhandel 196 440 Tonnen gegen 185 197 und 157 188 in den beiden Vorjahren, daher mehr 41 243 und 39 252 Tonnen, die Ausfuhr nur 1423 gegen 1517 und 1533 Tonnen. An der Einfuhrsteigerung sind hauptsächlich beteiligt: gereinigtes Erdöl mit fast 40 000 Tonnen (Gesamteinfuhr 174 377 gegen 134 600 und 139 174 Tonnen). Die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland und Oesterreich-Ungarn sind an dieser Zunahme beteiligt. Da der Zoll derselbe geblieben ist, ist die Zunahme auf die Tarifänderung nicht zurückzuführen. Trotz der jetzigen Ermäßigung des Schmierölzollens von 100 auf 60 M. für die Tonne hat die Schmieröleinfuhr um über 1300 Tonnen zugenommen. Auch hier sind die Vereinigten Staaten an der verstärkten Zufuhr hauptsächlich beteiligt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Achtung! Am Sonntag, den 25. März, wird Genosse Eduard Bernstein in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, präzis 2 Uhr nachmittags, einen Vortrag über**

**Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung** halten. — Es ergeht hiermit die Bitte, besonders an die älteren Genossen, diese Versammlung recht zahlreich besuchen zu wollen. Einer oder der andere unserer alten Parteifreunde dürfte noch im Besitze von Material sein, welches aus der Zeit von 1860—1890 herrührt. Speziell für die Periode vor und während des Sozialistengesetzes sind Dokumente, Schriften, Flugblätter und Nachrichten, die sich auf jene Zeit beziehen, schon recht selten zu erlangen. Auch Porträts der damaligen führenden Genossen, Bilder der Versammlungsorte, wie z. B. Alhambra, Alter Handwerkerverein, Universum, Alte Linde sind für die Ausarbeitung der Geschichte der Berliner Sozialdemokratie, die Genosse Bernstein im Auftrage Groß-Berlins schreibt, von ungemeinem Interesse.

Wer im Besitze solcher Dinge ist, wird gebeten, diese leihweise dem Genossen Eduard Bernstein, Berlin W. 30, Eisenaderstr. 36/37, zu überlassen oder in der Versammlung zu übergeben. Für Rücklieferung im Originalzustande wird garantiert und kann jeder Genosse, der im Besitze passenden Materials ist, das Werk dadurch fördern helfen.

Um zahlreichen Besuch der Versammlung ersucht  
Der Aktions-Ausschuß.

**Zur Lokalliste.** Das Restaurant von Emil Paschke, Interlaken bei Woltersdorf ist für die organisierte Arbeiterchaft geipert. Die Lokalkommission.

**Schwabbe.** Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt diesmal aus. Sonntag, den 8. April findet eine Volksversammlung bei Heinrich Pantelsablage, statt. Tagesordnung: Agitation zum Austritt aus der Landeskirche. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

**Wilmersdorf.** Am Sonntag, den 25. März, früh 7 1/2 Uhr findet eine Handzettelerbreitung statt. Die Genossen werden dringend ersucht, sich in den Bezirkslokalen recht zahlreich einzufinden.

**Deutsch-Busterhausen.** Morgen nachmittag 3 Uhr findet bei Hoffmann eine Volksversammlung statt, in welcher Fräulein Ottilie Baader einen Vortrag über: „Die Lebensmittel-Verteuerung und der heutige Klassenkampf“ hält. Des interessanten Vortrages wegen ist es Pflicht sämtlicher Einwohner Deutsch-Busterhausens und Umgegend, besonders der Frauen zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Der Einberufer.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindevahlbewegung.

**Johannisdahl.** Am Mittwoch, den 21. März, war von bürgerlicher Seite eine öffentliche Wählerversammlung einberufen, zu welcher außer unseren Genossen nur circa 25—30 Herren erschienen waren. Unsere Parteigenossen waren in einer Stärke von mehr als 100 Personen vertreten. Ein Herr Nibel eröffnete die Versammlung und hielt zugleich einen Vortrag, in welchem er bewies, wes Geistes Kind er ist. Geradezu komisch und erheiterns würdig war es, als er ausführte: Dismard — Er meinte jedenfalls Nilow — habe im Herrenhause erklärt: Der Kampf gegen die Sozialdemokratie müsse mit aller Kraft geführt werden, diesergalt wäre auch diese Versammlung einberufen. Unter anderem behauptete er, daß Leute, die Tags über vom Orte abwesend seien, die Verhältnisse des Ortes nicht genügend kennen und deshalb auch nicht ins Dorfparlament gehören. Wir raten diesem Herrn, er möge sein Stellmacher-Handwerk an den Nagel hängen und als Agitator in den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eintreten, um dort seine Weisheit zu verzapfen. Abbruch können uns solche Leute nicht tun, sondern nur für uns werden. Nachdem trat Herr Stockhausen, seines Leidens Drogen- und Parfümeriehändler, in die Arena, und wies auf die neuliche „Vorwärts“-Notiz hin, in der er als berühmter Durchfallskandidat bezeichnet worden sei. Den Schreiber der Notiz kenne er sehr gut, wolle ihn aber nicht nennen; bestritt auch, sich berührt gemacht zu haben. Wir wünschten diesem Herrn, daß er am 25. nicht wie bei der letzten Wahl 5 Stimmen erhält, sondern nur eine — nämlich seine Stimme selbst — damit sich in seiner königstreuen Brust die Ueberzeugung durchringt, daß von seiner Verühmtheit nur er selbst überzeugt ist.

Dann erschien Herr Weite, Hauptmann des Kriegervereins und der Feuerwehr auf der Bildfläche und bedauerte, daß der alte und friedliche Ort jetzt durch Kanalisation und Reispflasterungen der Straßen beglückt sei, wodurch erhebliche Kosten verursacht würden; heute hätte der Ort Schulden und früher so schönes Geld. Dieser gute Hauptmann scheint den alten vorläufigen Standpunkt als ein Ideal zu betrachten, was bei den allzeitgeflimmten Spielern nicht

zu verwundern ist. Der Gemeindevorsteher Herr Kober widerlegte diese rückwärtigen Anschauungen und meinte, es sei schon vom hygienischen Gesichtspunkte eine Pflicht, für den Ausbau des Ortes zu sorgen — worin wir ihm durchaus beistimmen. Genosse Dieder, welcher als erster in die Rednerliste eingetragen war, wurde gehindert, zu Worte zu kommen, weil die Polizeistunde eingetreten war. Trotzdem ergriff derselbe das Wort. Im Namen der sozialdemokratischen Arbeiter erklärte er, daß er sich die Waffenbrüderschaft des Grundbesitzervereins verbitten müsse. Die Arbeiter werden aus eigener Kraft siegen. Dem Herrn Nibel wünschte er, daß er sich als Sturmbock an der Sozialdemokratie die Hüner einrennen möge. Unsere Genossen werden nunmehr beweisen, daß die 3. Klasse einzig und allein der Sozialdemokratie gehört.

Genossen! Erkennt am 25. März trotz der ungünstigen Zeit von 12—2 Uhr Mann für Mann an der Wahlurne und sorg! dafür, daß wir mit großer Majorität als Sieger aus derselben hervorgehen.

Darum aufgewacht, alle zur Wahl!

**Schmargendorf.** Die Schmargendorfer Gemeindevahl steht vor der Tür. Hatte man früher die Erledigung der Gemeindegeschäfte vertrauensvoll den Bürgerlichen überlassen, so sieht diesmal die hiesige Arbeiterschaft auf dem Standpunkt, daß sie ihre Interessen in der Gemeinde selbst vertritt. Wie allenfalls, so hat auch hier die egoistische Interessenvertretung der „Ordnungsvertreter“ die Arbeiterschaft zu selbständiger Gemeindepolitik getrieben. Wie sehr der hiesigen Arbeiterschaft die bürgerliche Vertretung im Magen liegt, bewies eine am Donnerstag in „Sonsouci“ tagende öffentliche Wählerversammlung, in welcher Genosse Freiwaldt-Pankow über das Kommunalprogramm referierte. In der hierauf folgenden äußerst regen Diskussion wurde das Sündenregister des Gemeindeparlamentes aufgelesen. Am Montag, den 26. März, nachmittags von 4—8 Uhr, findet im Rathause die Wahl statt und ist es Pflicht aller fortgeschrittenen Wähler Schmargendorfs dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Salosfer Paul Guibier die Stimme zu geben. Ein von uns an die Gemeinde gerichtetes Ersuchen, uns gegen Erstattung der Unkosten eine Abschrift der Wählerliste zukommen zu lassen, wurde abgelehnt und ist es uns nicht möglich, jeden Wähler schriftlich an seine Pflicht zu erinnern. Wir erwarten aber, daß jeder an dem Wahltag erscheint. Auch die Wähler, die sich nicht sicher sind, ob sie in der Wählerliste stehen, haben zu erscheinen — selbst auf die Gefahr, zurückgewiesen zu werden.  
Setze jeder seine ganze Kraft ein und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

**Petershagen bei Frederdsdorf.** Arbeiter, Parteigenossen! Wie Euch bekannt ist, findet heute abend in der Zeit von 5 1/2 bis 7 Uhr die Stichwahl der dritten Klasse statt. Wir müssen, wollen wir das Mandat erobern, alle unermüdblich tätig sein. Hier darf sich niemand auf einen anderen verlassen, weil der sich an der Wahl beteiligende Personenkreis ein kleiner ist und schon deshalb jede Stimme schwer ins Gewicht fällt. Bringe also jeder ein Opfer und unser Genosse Erwin Höfelbarth wird als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen.

### Wahlergebnisse.

**Reinickendorf.** Bei der gestrigen Gemeindevahl in der II. Klasse siegte der bürgerliche Kandidat mit großer Majorität über unseren Genossen.

**In Karlshorst** errangen unsere Genossen bei der am Donnerstag stattgefundenen Gemeindevahl einen ansehnlichen Wählererfolg. Auf unseren Genossen stürmte er entfielen 139 Stimmen, während die vereinigten Gegner 265 Stimmen aufbrachten. Wenn man bedenkt, daß Karlshorst eine Villenkolonie ist, unsere Genossen erst im letzten Jahre, infolge Zugewand einer Reihe taikräftiger Parteimitglieder, festen Fuß gefaßt haben, so können wir mit diesem ersten Wahlergebnis — Karlshorst wählte diesmal zum ersten Male als selbständiger Bezirk — zufrieden sein. Das nächste Mal wird's hoffentlich noch besser werden.

**Reichendorf.** Am Donnerstagnachmittag fand die Gemeindevortretterwahl bei einer noch nie dagewesenen starken Beteiligung statt. In der dritten Abteilung wurden 144 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Vorsitzenden des Wahlvereins Genossen August Siedow 94, auf den Vorsitzenden des Kriegervereins 60 Stimmen. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in das Dorfparlament ein. In der zweiten Abteilung wurden für fünf Kandidaten 62 Stimmen abgegeben, 12 Stimmen davon entfielen auf unsere Genossen Glos und Grahnid. Da kein Kandidat die Majorität erhielt, findet eine am 26. März festgesetzte Stichwahl statt. Da unsere beiden Genossen gleiche Stimmenzahl erhielten, wurde durch Los der Genosse Grahnid als Stichwahlkandidat nominiert. Der Wahlsieg bedeutet eine empfindliche Niederlage der Gegner. Nicht nur hatte man die Wahl auf die denkbar ungünstigste Zeit für Arbeiter angelegt, man hatte sogar das von der Arbeiterschaft boykottierte Lokal, den Gasthof Rood, als Wahllokal bestimmt.

**Krausnick.** Einen recht erfreulichen Sieg errangen unsere Genossen bei der am 22. März stattgefundenen Gemeindevortretterwahl. Durch die rege Beteiligung fielen ihnen von 4 Mandaten 2 in der III. und 1 in der II. Klasse zu, so daß sie nur des Mandats in der I. Klasse nicht habhaft werden konnten.

### Charlottenburg.

Die Freie Volkshöhne Charlottenburg veranstaltet am 30. März, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshause (Rosinensstraße 3) einen Kunst-Abend, zu dem auch Nichtmitglieder als Gäste Zutritt haben. Das reichhaltige, aus Rezitationen, Gesang, Violin- und Klavier-vorträgen bestehende Programm ist dem Andenken Heinrich Heines gewidmet, dessen 50. Todestag das deutsche Proletariat vor kurzem gefeiert hat. Außer dem Dichter selber, von dem Balladen, Satiren, Jöhnen und zahlreiche Nieder zum Vortrag gebracht werden, sollen auch diejenigen seiner Zeitgenossen zu Worte kommen, deren Streben und Schaffen für die Epoche, in der Heine lebte und wirkte, besonders charakteristisch ist. Jene Epoche der Reaktion und Revolution hat mit der Zeit, in der wir leben, bekanntlich mannigfache Berührungspunkte, und so dürfte mehr als eines der vorgeführten Werke den Einbruch hervorgerufen, als sei es direkt auf Zustände und Ereignisse des gegenwärtigen Zeitalters gemünzt — eines Zeitalters, von dessen herbeikommenden Wirte ja gerade die polizeilich gemahregelte Charlottenburger Volkshöhne in der letzten Zeit am eigenen Leibe manche lehrreiche Probe erfahren hat. Bedeutende Künstler haben sich für diesen Abend in den Dienst unserer Sache gestellt und ihr Entgegenkommen ermöglicht es dem Vorstand, das Eintrittsgeld auf den niedrigen Satz von 30 Pf. (inklusive Garderobe) festzusetzen. Die Eintrittskarten sind bei den Kassisten und an der Abendkasse erhältlich.

